



Verwaltungssitz  
Franz-Stahlmecke-Platz 2, 59872 Meschede  
Telefon: +49 (0)291 205-0, E-Mail: post@meschede.de  
www.meschede.de

Stadtverwaltung, 59872 Meschede

Hochsauerlandkreis  
-Der Landrat-  
vertr. durch Herrn Ulrich Bork  
Steinstraße 27  
59872 Meschede

Fachbereich	Planung und Bauordnung
Ansprechpartner/in	Sebastian Struwe
Technisches Rathaus	Sophienweg 3   Zimmer 104
Telefon	0291/205-285
Telefax	0291/205-5285
E-Mail	sebastian.struwe@meschede.de
Aktenzeichen	00275-25-12

Meschede, 10.09.2025

## Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie Veränderung der Stellplatzanlage

Meschede, Steinwiese 3  
Gemarkung Meschede-Land  
Flur 2  
Flurstück(e) 667

### Baugenehmigung

gemäß § 74 Abs. 1 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW 2018) vom 21. Juli 2018 (GV NRW S. 421 / SGV NRW 232) jeweils in den zurzeit geltenden Fassungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag erteile ich Ihnen, unbeschadet privater Rechte Dritter, die Genehmigung, das vorgenannte Vorhaben entsprechend den beigefügten und als zu gehörig gekennzeichneten Bauvorlagen auszuführen.

Die Baugenehmigung lässt aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtungen zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen, Erlaubnissen und Zustimmungen oder zum Erstellen von Anzeigen unberührt.

Gemäß § 31 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der zurzeit geltenden Fassung wird Befreiung von den nachfolgend angegebenen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 116 der Kreis- und Hochschulstadt Meschede „Gewerbegebiet Enste-Nord“ gewährt:

- Überschreitung der Baugrenze (ca.1,50) in südlicher Richtung

**Öffnungszeiten**  
mo., di. und fr. 8:00 - 12:00 Uhr, do. 13:00 - 17:00 Uhr

**Bankverbindungen**  
Sparkasse Mitten im Sauerland  
Volksbank Sauerland eG

IBAN: DE80 4645 1012 0000 0001 58 BIC: WELADED1MES  
IBAN: DE11 4606 2817 0621 1781 00 BIC: GENODEM1SMA

**Digitaler Rechnungseingang**  
erechnung@meschede.de  
**Gläubigeridentifikationsnummer**  
DE02ZZZ000000068706  
**Steuernummer**  
334/5779/0206



Die nachstehend oder in den Anlagen enthaltenen Nebenbestimmungen sowie die Grüneintragungen sind Bestandteile dieser Genehmigung.

Die Hinweise sind bei der Ausführung zu beachten.

**Die Gebührenfestsetzung entnehmen Sie bitte dem beigefügten Gebührenbescheid.**

**Nebenbestimmungen:**

1. Vor Baubeginn ist der Bauaufsichtsbehörde ein Nachweis eines öffentlich-bestellten Vermessungsingenieurs vorzulegen, dass die Feinabsteckung nach den in den genehmigten Lageplänen und Bauzeichnungen festgelegten Abmessungen und Höhenlagen erfolgt ist.
2. Mit der Anzeige des Baubeginns ist mir die Bescheinigung über die Prüfung des Standsicherheitsnachweises und des dazugehörigen bautechnischen Nachweises von einer oder einem staatlich anerkannten Sachverständigen vorzulegen. Gleichzeitig ist mir eine schriftliche Erklärung vorzulegen, wonach er/sie mit der stichprobenhaften Kontrolle beauftragt wurde.
3. Mit der Anzeige über die abschließende Fertigstellung ist mir die Bescheinigung des/der staatlich anerkannten Sachverständigen vorzulegen, dass sie sich durch stichprobenhafte Kontrollen während der Bauausführung davon überzeugt hat, dass die Anlagen entsprechend der erstellten Nachweise über die Standsicherheit errichtet wurde.
4. Mit der Anzeige des Baubeginns ist mir die Bescheinigung und der Nachweis über den Wärmeschutz vorzulegen, der von einer oder einem staatlich anerkannten Sachverständigen aufgestellt oder geprüft wurde. Gleichzeitig ist mir eine schriftliche Erklärung vorzulegen, wonach er/sie mit der stichprobenhaften Kontrolle beauftragt wurde.
5. Mit der Anzeige über die abschließende Fertigstellung ist mir die Bescheinigung des/der staatlich anerkannten Sachverständigen vorzulegen, dass sie sich durch stichprobenhafte Kontrollen während der Bauausführung davon überzeugt haben, dass die Anlagen entsprechend den erstellten Nachweisen über den Wärmeschutz errichtet wurde.
6. Vor Baubeginn ist der Bauaufsichtsbehörde namentlich ein Fachbauleiter Brandschutz zu benennen.
7. Mit Anzeige der Fertigstellung ist der Unteren Bauaufsicht eine Bescheinigung des Fachbauleiters Brandschutz vorzulegen, dass die Ausführung dem Brandschutzkonzept entspricht.
8. Die Rettungswege einschließlich ihrer Ausgänge müssen jederzeit sicher begehbar sein.

**Öffnungszeiten**

mo., di. und fr. 8:00 - 12:00 Uhr, do. 13:00 - 17:00 Uhr

**Bankverbindungen**

Sparkasse Mitten im Sauerland  
Volksbank Sauerland eG

IBAN: DE80 4645 1012 0000 0001 58 BIC: WELADED1MES  
IBAN: DE11 4606 2817 0621 1781 00 BIC: GENODEM1SMA

**Digitaler Rechnungseingang**

rechnung@meschede.de

**Gläubigeridentifikationsnummer**  
DE02ZZZ00000068706

**Steuernummer**  
334/5779/0206





9. Die Brandmeldeanlage ist über eine Übertragungseinrichtung auf die Leitstelle des Hochsauerlandkreises aufzuschalten.
10. Die Erweiterung der Garage (Großgarage) ist flächendeckend mit in den Überwachungsumfang der vorhandenen automatischen Brandmeldeanlage gemäß DIN 14675 aufzunehmen.  
Die Feuerwehrlaufkarten sind dem Vorhaben entsprechend anzupassen.
11. Die im Brandschutzkonzept beschriebenen Öffnungen ins Freie für den Rauch- und Wärmeabzug (Tore der Fahrzeughalle) sind mit einer geeigneten Brandfallsteuerung auszustatten. Es ist sicherzustellen, dass die Anforderungen gemäß § 138 (4) SBauVO eingehalten werden.
12. Die Konzeption der Brandmeldeanlage ist mit der Brandschutzdienststelle abzustimmen.
13. Der zu überarbeitende Feuerwehrplan ist der Bauaufsichtsbehörde zur Prüfung vorzulegen. Ferner ist die Endfassung der Bauaufsichtsbehörde für die Bauakte zur Verfügung zu stellen.
14. Die Technischen Anschlussbedingungen nichtöffentlicher Brandmeldeanlagen des Hochsauerlandkreises in Verbindung mit dem Kommunalen Teil der Stadt Meschede sind bei der Planung und Errichtung der Brandmeldeanlage zu beachten.
15. Die sicherheitsrelevanten Gewerke sind gemäß Prüfverordnung NRW von Prüfsachverständigen erstmalig vor Inbetriebnahme des Gebäudes und wiederkehrend zu überprüfen.
16. Durch den Bau, das Bestehen sowie die Nutzung und Unterhaltung des Bauvorhabens dürfen die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der BAB A46 nicht beeinträchtigt werden.
17. Von der geplanten Maßnahme dürfen (auch während der Bauphase) keine Emissionen, wie z. B. Rauch, Staub, Licht etc. ausgehen, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der BAB A46 beeinträchtigen können.
18. Die der Stellungnahme des Fachdienstes Wasserwirtschaft des Hochsauerlandkreises mit Aktenzeichen 45/66.50.01-02-X-0086-25 vom 21.05.2025 ist beigelegt und Bestandteil dieser Baugenehmigung und in vollem Umfang zu beachten.
19. Die Fertigstellung des Rohbaus sowie die abschließende Fertigstellung sind mir rechtzeitig jeweils eine Woche vorher anzuzeigen.

#### Hinweise:

- Anlagen der Außenwerbung in Ausrichtung auf die Verkehrsteilnehmer der BAB A46 in einer Entfernung bis zu 40 m vom äußeren befestigten Rand der Fahrbahn sind grundsätzlich unzulässig. In einer Entfernung von 40 bis 100 m vom äußeren befestigten Rand der Fahrbahn bedürfen sie – auch an der Stätte der Leistung – einer gesonderten Zustimmung des

#### **Öffnungszeiten**

mo., di. und fr. 8:00 - 12:00 Uhr, do. 13:00 - 17:00 Uhr

#### **Bankverbindungen**

Sparkasse Mitten im Sauerland  
Volksbank Sauerland eG

IBAN: DE80 4645 1012 0000 0001 58 BIC: WELADED1MES  
IBAN: DE11 4606 2817 0621 1781 00 BIC: GENODEM1SMA

#### **Digitaler Rechnungseingang**

rechnung@meschede.de

#### **Gläubigeridentifikationsnummer**

DE02ZZZ00000068706

#### **Steuernummer**

334/5779/0206







Fernstraßen-Bundesamtes. Bei Errichtung in einer Entfernung von mehr als 100 m wird auf §§ 33, 46 StVO verwiesen.

- Bundeseigene Flächen dürfen nicht überbaut, beeinträchtigt, gefährdet oder in Anspruch genommen werden. Einrichtungen der Bundesautobahn, wie z.B. Lärmschutzanlagen, Entwässerungs- oder Fernmeldeanlagen, dürfen nicht beeinflusst, beeinträchtigt oder mitbenutzt werden. Oberflächen- und sonstiges Wasser darf nicht den Entwässerungsanlagen der Autobahn zugeführt werden bzw. darf generell nicht in den Autobahngrund eingeleitet werden. Eine ordnungsgemäße Entwässerung auf dem Grundstück ist jederzeit zu gewährleisten.

- Konkrete Bauvorhaben (auch nach anderen Vorschriften verfahrensfreie Vorhaben) im Bereich der Anbauverbots- und Beschränkungszonen der BAB bedürfen der Genehmigung/Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes.

#### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Klage beim

Verwaltungsgericht Arnsberg, Jägerstraße 1, 59821 Arnsberg, erheben.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Der Klage nebst Anlagen sollen so viele Abschriften beigelegt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803).

Hinweis:

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite [www.justiz.de](http://www.justiz.de).

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Klaus Wahle  
Fachbereichsleiter

#### **Öffnungszeiten**

mo., di. und fr. 8:00 - 12:00 Uhr, do. 13:00 - 17:00 Uhr

#### **Bankverbindungen**

Sparkasse Mitten im Sauerland  
Volksbank Sauerland eG

IBAN: DE80 4645 1012 0000 0001 58 BIC: WELADED1MES  
IBAN: DE11 4606 2817 0621 1781 00 BIC: GENODEM1SMA

**Digitaler Rechnungseingang**  
[rechnung@meschede.de](mailto:rechnung@meschede.de)

**Gläubigeridentifikationsnummer**  
DE02ZZZ00000068706

**Steuernummer**  
334/5779/0206





Verwaltungssitz  
Franz-Stahlmecke-Platz 2, 59872 Meschede  
Telefon: +49 (0)291 205-0, E-Mail: post@meschede.de  
www.meschede.de

Stadtverwaltung, 59872 Meschede

Hochsauerlandkreis  
-Der Landrat-  
vertr. durch Herrn Ulrich Bork  
Steinstraße 27  
59872 Meschede

Fachbereich	Infrastruktur
Ihr Ansprechpartner	Judith Tillmann
Gebäude   Zimmer	Gebäude Sophienweg 3   307
Telefon	+49 (0)291 205-159
Telefax	+49 (0)291 205-5 159
E-Mail	judith.tillmann@meschede.de
Geschäftszeichen	66.700.29

Meschede, 15.05.2018

## Ermittlung der bebauten und befestigten Grundstücksflächen für die Festsetzung der Niederschlagswassergebühr

### Bauvorhaben:

Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie Veränderung der Stellplatzanlage

Grundstück: Meschede, Steinwiese 3

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihrem Grundstück wurde das oben näher bezeichnete Bauvorhaben genehmigt. Hierdurch ergeben sich Veränderungen an der bebauten oder befestigten Fläche, welche in aller Regel Auswirkungen auf die Größe der für die Erhebung der Niederschlagswassergebühr maßgeblichen Grundstücksfläche haben. Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasseranlage erhebt die Kreis- und Hochschulstadt Meschede eine getrennte Abwassergebühr für Schmutz- und Niederschlagswasser.

Grundlage für die Berechnung der Schmutzwassergebühr ist die aus dem öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsnetz verbrauchte Frischwassermenge, die über einen Wasserzähler ermittelt wird.

Die Niederschlagswassergebühr wird nach der Größe der bebauten oder befestigten und in das Kanalnetz einleitenden Flächen berechnet. Dies sind Flächen, auf denen das Niederschlagswasser nicht auf natürlichem Wege auf Ihrem Grundstück versickern kann (z.B. Terrassenflächen ohne Regenablauf mit Gefälle zum Rasen oder Blumenbeet), sondern in die öffentliche Abwasseranlage abgeleitet wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob dies unmittelbar über eine Kanalanschlussleitung oder aber oberirdisch auf Grund des zur Straße hin vorhandenen Gefälles erfolgt und das von den

**Öffnungszeiten**  
mo., di. und fr. 8:00 - 12:00 Uhr, do. 13:00 - 17:00 Uhr

**Bankverbindungen**  
Sparkasse Mitten im Sauerland  
Volksbank Sauerland eG

IBAN: DE80 4645 1012 0000 0001 58 BIC: WELADED1MES  
IBAN: DE11 4606 2817 0621 1781 00 BIC: GENODEM1SMA

**Digitaler Rechnungseingang**  
rechnung@meschede.de

**Gläubigeridentifikationsnummer**  
DE02ZZZ000000068706

**Steuernummer**  
334/5779/0206



Grundstücken abfließende Oberflächenwasser dort über Straßeneinläufe der Kanalisation zugeführt wird. Zu diesen kanalwirksamen Flächen zählen nicht nur vollversiegelten Flächen aus Asphalt oder Verbundsteinpflaster, sondern auch teildurchlässige Flächen aus Öko-Pflaster oder Schotter.

Bei der Einführung der getrennten Abwassergebühr wurden im Mai 2006 die bebauten und befestigten Flächen anhand von Luftbildern ermittelt und die gewonnenen Daten um die Angaben der Grundstückseigentümer zur Art der Befestigung und zum Einleitverhalten ergänzt.

Nach der Überfliegung vorgenommene bauliche Veränderungen auf den jeweiligen Grundstücken konnten im Zuge der Ersterfassung noch nicht berücksichtigt werden und sind daher manuell zu erfassen und in die Datenbank einzupflegen. Auf Ihrem Grundstück wurde nach der Ersterfassung das oben näher bezeichnete Bauvorhaben genehmigt. Hierdurch ergeben sich Veränderungen an der bebauten oder befestigten Fläche, die bislang noch nicht oder noch nicht vollständig erfasst wurden.

Ich darf Sie daher bitten, den beigefügten Erhebungsbogen auszufüllen und diesen **unmittelbar nach Fertigstellung** bzw. nach Anschluss der bebauten und befestigten Flächen an die öffentliche Kanalisation unaufgefordert an die Kreis- und Hochschulstadt Meschede zurückzusenden.

Dem Erhebungsbogen sind ein **Lageplan** oder andere geeignete Unterlagen beizufügen, aus denen alle neu entstandenen bebauten und befestigten Flächen (Gebäude, Nebenanlagen, Terrassen, Zufahrten oder Stellplätze) entnommen werden können. Soweit erforderlich, kann die Stadt die Vorlage weiterer Unterlagen fordern.

Weitere Hinweise zum Ausfüllen des Erhebungsbogens entnehmen Sie bitte auch dem beigefügten Merkblatt sowie dem Auszug aus der Ortssatzung.

In diesem Zusammenhang darf ich noch einmal darauf hinweisen, dass mit der zum 12. Mai 2005 in Kraft getretenen Änderung des Landeswassergesetzes NRW eine Überlassungspflicht für das Niederschlagswasser eingeführt worden ist und dieses den Kommunen nunmehr grundsätzlich zur Beseitigung zu überlassen und der öffentlichen Kanalisation zuzuführen ist.

Eine Beseitigung des anfallenden Niederschlagswassers über eine Versickerungsanlage auf dem eigenen Grundstück ist daher nur in begründeten Ausnahmefällen möglich und Bedarf neben einer wasserrechtlichen Erlaubnis der Unteren Wasserbehörde auch der vorherigen Befreiung der Kommune von der bestehenden Überlassungspflicht für das Niederschlagswasser.

**Dies bitte ich bereits bei Ausführung Ihres Bauvorhabens zu berücksichtigen, um die Herstellung einer nachträglichen Anschlussmöglichkeit für das Niederschlagswasser, die erfahrungsgemäß nur mit einem erheblichen größeren baulichen und finanziellen Aufwand realisiert werden kann, zu vermeiden.**

Für Ihre Mitwirkung bedanke ich mich schon jetzt.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrage

gez. Bernhard Kramer  
Fachbereichsleiter

#### Öffnungszeiten

mo., di. und fr. 8:00 - 12:00 Uhr, do. 13:00 - 17:00 Uhr

#### Bankverbindungen

Sparkasse Mitten im Sauerland  
Volksbank Sauerland eG

IBAN: DE80 4645 1012 0000 0001 58 BIC: WELADED1MES  
IBAN: DE11 4606 2817 0621 1781 00 BIC: GENODEM1SMA

#### Digitaler Rechnungseingang

erechnung@meschede.de

#### Gläubigeridentifikationsnummer

DE02ZZZ00000068706

#### Steuernummer

334/5779/0206





**Auszug aus der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meschede vom  
19.12.2005**

**§ 12  
Niederschlagswassergebühr**

- (1) Grundlage der Gebührenberechnung für das Niederschlagswasser ist die Quadratmeterzahl der bebauten und/oder befestigten Grundstücksflächen, von denen Niederschlagswasser leitungsgebunden oder nicht leitungsgebunden in die öffentliche Abwasseranlage gelangen kann.

Eine nicht leitungsgebundene Zuleitung liegt insbesondere vor, wenn von bebauten und/oder befestigten Flächen oberirdisch aufgrund des Gefälles Niederschlagswasser in die gemeindliche Abwasseranlage gelangen kann.

- (2) Für die Gebührenfestsetzung sind die örtlichen Verhältnisse am 01.09. eines jeden Jahres für die nachfolgende Gebührenperiode maßgeblich. Die für die Bemessung der Niederschlagswassergebühr maßgeblichen Flächen können durch gesonderten Bescheid festgesetzt werden.

- (3) Die bebauten und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Selbstveranlagung von den Eigentümern der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Stadt auf Anforderung die Quadratmeterzahl der bebauten und/oder befestigten Fläche auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Hierzu hat er auf Anforderung der Stadt einen Lageplan oder andere geeignete Unterlagen vorzulegen, aus denen sämtliche bebaute und/oder befestigte Flächen entnommen werden können. Soweit erforderlich, kann die Stadt die Vorlage weiterer Unterlagen fordern.

Die im Wege der Selbstveranlagung gemachten Angaben werden mit den sich aus den amtlichen Katasterunterlagen ergebenden und im Rahmen einer Überfliegung und anschließenden Digitalisierung der Luftbildaufnahmen gewonnenen Daten abgeglichen und ergänzt. Der damit verbundene Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist von den Gebühren- und Abgabepflichtigen zu dulden. Die Auskunftspflicht bezieht sich auf die Größe, die Befestigungsarten und die Nutzungsarten aller Teilflächen der Grundstücke, sowie auf die Art der Ableitung und Verwendung des Niederschlagswassers von diesen Teilflächen (Grundstücksdaten).

Kommt der Grundstückseigentümer seiner Mitwirkungspflicht überhaupt nicht nach oder liegen für ein Grundstück keine geeigneten Angaben / Unterlagen des Grundstückseigentümers vor, wird die bebaute und/oder befestigte Fläche von der Stadt geschätzt.

- (4) Wird auf dem Grundstück erstmals eine bebaute und/oder befestigte Fläche hergestellt oder die Größe der bebauten und/oder befestigten Fläche verändert, so hat der Grundstückseigentümer dies der Stadt innerhalb eines Monats nach Abschluss der Herstellung / Veränderung anzuzeigen. Für die Anzeige gilt § 12 Abs. 3 entsprechend.

- (5) Die Grundstücksflächen nach Absatz 1 werden in 3 Klassen unterteilt:

- Klasse 1 (wasserundurchlässige Flächen, insbesondere Asphalt, Beton, Pflaster, Verbundsteine, Normaldächer (Dächer die keine Gründächer sind) etc.)
- Klasse 2 (eingeschränkt wasserdurchlässige Flächen, insbesondere Schotter, Rasengittersteine, Porenpflaster, etc.)
- Klasse 3 (Gründächer – Dachflächen mit einer dauerhaft geschlossenen Pflanzendecke, die dauerhaft einen verzögerten oder verringerten Abfluss des Niederschlagswassers bewirken).

Die Nachweispflicht für die eingeschränkte Wasserdurchlässigkeit bzw. Wasserrückhaltefähigkeit der Grundstücksflächen nach den Klassen 2 und 3 obliegt dem Grundstückseigentümer. Bestehen Zweifel an der Einordnung der Flächen in die Klassen 2 oder 3, hat er die Versickerungsfähigkeit bzw. Wasserrückhaltefähigkeit der jeweiligen Flächen auf seine Kosten durch Einholung eines geeigneten Sachverständigengutachtens zu belegen.

- (6) Grundstücksflächen der Klasse 1 sind ohne Abzug gebührenpflichtig.

Grundstücksflächen der Klasse 2 werden infolge ihrer zumindest eingeschränkten Wasserdurchlässigkeit bzw. Wasserrückhaltefähigkeit nur zu 70 % als bebaute und/oder befestigte Fläche veranlagt.

Grundstücksflächen der Klasse 3 werden nur zu 50 % als bebaute und/oder befestigte Fläche veranlagt.

- (7) Wenn der Gebührenpflichtige auf seinem Grundstück Niederschlagswasser, das von bebauten und/oder befestigten Grundstücksflächen nach § 12 Absatz 1 dieser Satzung abfließt, in einer Regenwasserrückhalteinlage (z.B. einer Zisterne) oder einer Brauchwasseranlage sammelt, die mit einem (Not-) Überlauf an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sind und deren Rückhaltevolumen eine Mindestgröße von 30 Litern Niederschlagswasser pro m<sup>2</sup> dieser bebauten/und befestigten Grundstücksflächen aufweist, werden auf Antrag des Gebührenpflichtigen nur 70 % dieser Grundstücksflächen als gebührenpflichtig veranlagt. Voraussetzung für die Anwendung der vorgenannten Regelung ist, dass das Speichervolumen der Anlage mindestens 2 m<sup>3</sup> beträgt. Befinden sich auf dem Grundstück des Gebührenpflichtigen mehrere Anlagen, sind die jeweiligen Speichervolumina zur Berechnung des erforderlichen Mindestvolumens zu addieren.

**§ 18**  
**Auskunftspflichten**

- (1) Die Beitrags- und Gebührenpflichtigen haben alle für die Berechnung der Beiträge und Gebühren erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie Daten und Unterlagen zu überlassen. Sie haben zu dulden, dass Beauftragte der Stadt das Grundstück betreten, um die Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.
- (2) Werden die Angaben verweigert oder sind sie aus sonstigen Gründen nicht zu erlangen, so kann die Stadt die für die Berechnung maßgebenden Merkmale unter Berücksichtigung aller sachlichen Umstände schätzen oder durch einen anerkannten Sachverständigen auf Kosten des Beitrags- und Gebührenpflichtigen schätzen lassen.
- (3) Die vorstehenden Absätze gelten für den Kostenersatzpflichtigen entsprechend.

**Auszug aus der Entwässerungssatzung der Kreis- und Hochschulstadt Meschede vom 15.12.2014**

**§ 9**  
**Anschluss- und Benutzungszwang**

- (1) Jeder Anschlussberechtigte ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, sein Grundstück in Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 53 Abs. 1 c LWG NRW an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald Abwasser auf dem Grundstück anfällt (Anschlusszwang).
- (2) Der Anschlussnehmer ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, das gesamte auf seinem Grundstück anfallende Abwasser (Schmutzwasser und Niederschlagswasser) in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungszwang), um seine Abwasserüberlassungspflicht nach § 53 Abs. 1 c LWG NRW zu erfüllen.

**§ 21**  
**Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
  5. § 9 Absatz 2  
das Abwasser nicht in die öffentliche Abwasseranlage einleitet.





# Erhebungsbogen

über die bebauten und / oder befestigten Flächen Ihres Grundstücks für die Festsetzung der Niederschlagswassergebühr

bitte zurücksenden an:

Kreis- und Hochschulstadt Meschede  
Fachbereich 66  
Sophienweg 3

59872 Meschede

Grundstückseigentümer / Bauherr:

Lage des Grundstücks:

Vorname / Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Gemarkung: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Flur/ Flurstück: \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_

Bauvorhaben: \_\_\_\_\_

!! Zeitpunkt des Anschlusses bzw. der Einleitung des Niederschlagswassers: \_\_\_\_\_ !!

Die befestigten Außenanlagen (Terrassen / Zufahrten / Wege) sind endgültig hergestellt: ja ☐ nein ☐

## Dachflächen

Bez.	Größe	Dachart		Das Niederschlagswasser wird entsorgt über		
		Normaldach	Gründach	Kanal bzw. Straße	Zisterne mit Notüberlauf	Versickerung* oder Gewässer
D1	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
D2	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
D3	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
D4	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
D5	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

\* Die Versickerung in den Untergrund / in das Grundwasser bedarf grundsätzlich der Genehmigung der Unteren Wasserbehörde des HSK und der vorherigen Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang durch die Stadt.

## Befestigte Flächen

Bez.	Größe	Befestigungsart		Das Niederschlagswasser wird entsorgt über		
		wasserun- durchlässig	teildurch- lässig	Kanal bzw. Straße	Zisterne mit Notüberlauf	Versickerung oder Gewässer
V1	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
V2	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
V3	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
V4	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
V5	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bitte wenden!

**Speichervolumen (mind. 2 m³):**

 $m^3$ 

Bitte diesem Erhebungsbogen einen **Lageplan** mit Bemaßung beifügen, aus dem alle aufgeführten bebauten und befestigten Flächen ersichtlich sind.

Nach § 12 der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meschede vom 19.12.2005 hat der Grundstückseigentümer die erstmalige Herstellung einer bebauten und/oder befestigten Fläche auf seinem Grundstück oder die Veränderung der Größe dieser Flächen der Kreis- und Hochschulstadt Meschede innerhalb eines Monats nach Abschluss der Herstellung / Veränderung anzuzeigen.

Die bebauten und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Selbstveranlagung von den Eigentümern der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Stadt die Quadratmeterzahl der bebauten und/oder befestigten Fläche auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Hierzu hat er auf Anforderung der Stadt einen Lageplan oder andere geeignete Unterlagen vorzulegen, aus denen sämtliche bebaute und/oder befestigte Flächen entnommen werden können. Soweit erforderlich, kann die Stadt die Vorlage weiterer Unterlagen fordern.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben wird bestätigt:

Ort, Datum	<div style="text-align: center;">X</div> Unterschrift des Eigentümers/Nutzungsberechtigten/Verwalters      Telefon (Für evtl. Rückfragen bitte Ihre Telefonnummer neben der Unterschrift angeben!)
------------	---





## Erhebungsbogen

über die bebauten und / oder befestigten Flächen Ihres Grundstücks für die Festsetzung der Niederschlagswassergebühr

bitte zurücksenden an:

**Kreis- und Hochschulstadt Meschede**  
**Fachbereich 66**  
**Sophienweg 3**

**59872 Meschede**

Grundstückseigentümer / Bauherr:

Lage des Grundstücks:

Vorname / Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Gemarkung: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Flur/ Flurstück: \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_

Bauvorhaben: \_\_\_\_\_

!! Zeitpunkt des Anschlusses bzw. der Einleitung des Niederschlagswassers: \_\_\_\_\_ !!

Die befestigten Außenanlagen (Terrassen / Zufahrten / Wege) sind endgültig hergestellt: ja ☐ nein ☐

### Dachflächen

Bez.	Größe	Dachart		Das Niederschlagswasser wird entsorgt über		
		Normaldach	Gründach	Kanal bzw. Straße	Zisterne mit Notüberlauf	Versickerung* oder Gewässer
D1	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
D2	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
D3	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
D4	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
D5	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

\* Die Versickerung in den Untergrund / in das Grundwasser bedarf grundsätzlich der Genehmigung der Unteren Wasserbehörde des HSK und der vorherigen Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang durch die Stadt.

### Befestigte Flächen

Bez.	Größe	Befestigungsart		Das Niederschlagswasser wird entsorgt über		
		wasserun- durchlässig	teildurch- lässig	Kanal bzw. Straße	Zisterne mit Notüberlauf	Versickerung oder Gewässer
V1	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
V2	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
V3	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
V4	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
V5	m <sup>2</sup>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bitte wenden!

## Zisterne

Speichervolumen (mind. 2 m³):

\_\_\_\_\_ m³

### Beizufügende Unterlagen:

Bitte diesem Erhebungsbogen einen **Lageplan** mit Bemaßung beifügen, aus dem alle aufgeführten bebauten und befestigten Flächen ersichtlich sind.

### Hinweise:

Nach § 12 der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meschede vom 19.12.2005 hat der Grundstückseigentümer die erstmalige Herstellung einer bebauten und/oder befestigten Fläche auf seinem Grundstück oder die Veränderung der Größe dieser Flächen der Kreis- und Hochschulstadt Meschede innerhalb eines Monats nach Abschluss der Herstellung / Veränderung anzuzeigen.

Die bebauten und/oder befestigten Flächen werden im Wege der Selbstveranlagung von den Eigentümern der angeschlossenen Grundstücke ermittelt. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Stadt die Quadratmeterzahl der bebauten und/oder befestigten Fläche auf seinem Grundstück mitzuteilen (Mitwirkungspflicht). Hierzu hat er auf Anforderung der Stadt einen Lageplan oder andere geeignete Unterlagen vorzulegen, aus denen sämtliche bebaute und/oder befestigte Flächen entnommen werden können. Soweit erforderlich, kann die Stadt die Vorlage weiterer Unterlagen fordern.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben wird bestätigt:

_____	X	_____
Ort, Datum	Unterschrift des Eigentümers/Nutzungsberechtigten/Verwalters	Telefon:
	(Für evtl. Rückfragen bitte Ihre Telefonnummer neben der Unterschrift angeben!)	

**Bevor Sie den Erhebungsbogen bearbeiten, lesen Sie bitte die Erläuterungen zu den Begriffsinhalten. Ein Exemplar des Erfassungsblattes verbleibt bei Ihnen, ein Exemplar senden Sie bitte an die Stadt Meschede zur weiteren Verarbeitung zurück.**

**Begriffsinhalte:**

<b>Grundstückseigentümer / Bauherr</b>	Hier ist die aktuelle Anschrift einzutragen.
<b>Grundstück</b>	Das Grundstück/Abrechnungsgrundstück ist in Ihrem Eigentum, Ihrer Verwaltung oder Nutzung. Gemarkung, Flur und Flurstück können Sie in aller Regel der erteilten Baugenehmigung entnehmen.
<b>Dachflächen</b>  Die Flächen sind mit D1, D2 usw. bezeichnet und in den beizufügenden Lageplan entsprechend darzustellen.	Es sind sämtliche noch nicht erfasste und aufgrund der erteilten Baugenehmigung erstellten Dachflächen aufzuführen. Sie können in Abhängigkeit von der Dachform oder der Anzahl von Nebengebäuden auch mehrere Teilflächen bilden. Die Dachfläche wird aus der überbauten Grundfläche <u>zzgl. vorhandener Dachüberstände</u> berechnet.  <i>Normaldach:</i> Bedeckung aus gut ableitendem Material (Ziegel, Schiefer, Bitumenbahn o.ä.) <i>Gründach:</i> Dachflächen mit einer dauerhaft geschlossenen Pflanzendecke, die dauerhaft einen verzögerten oder verringerten Abfluss des Niederschlagswassers bewirkt.
<b><u>Befestigte Flächen</u></b>  Die Flächen sind mit V1, V2 usw. bezeichnet und in den beizufügenden Lageplan entsprechend darzustellen.	Es sind sämtliche bisher noch nicht erfasste befestigte Flächen (Terrassen, Wege Zufahrten, Stellplätze) aufzulisten. Sie sind in Abhängigkeit von der Lage, der Befestigungsart und dem Einleitverhalten in mehrere Teilflächen zu unterteilen. Bitte die zutreffende Befestigungsart ankreuzen.  <i>wasserundurchlässig:</i> vollversiegelte Flächen, insbesondere Asphalt, Beton, Pflaster, Verbundsteine; <i>teildurchlässig:</i> eingeschränkt wasserdurchlässige Flächen, insbesondere Schotter, Kies, Splitt, Rasengittersteine, Rasenfugenpflaster, Porenpflaster / Ökopflaster;
<b>Bez. (Bezeichnung)</b>	In dieser Spalte erfolgt eine Unterteilung nach einzelnen <b><u>Dachflächen</u></b> D1, D2 usw., weiter unten nach <b><u>Befestigte Flächen</u></b> V1, V2 usw., die Sie für Ihre Angaben nutzen können.
<b>Größe</b>	In dieser Spalte ist die Größe der einzelnen Flächen in Quadratmetern anzugeben. Es sind nur volle Quadratmeter anzusetzen (z. B.: 46,7 m <sup>2</sup> = 46 m <sup>2</sup> ).

**Angaben zum Einleitverhalten der Flächen**

<b>Niederschlagswasser wird entsorgt über Kanal bzw. Straße</b>	Setzen Sie bitte hier das Kreuz, wenn von der entsprechenden Fläche Niederschlagswasser in den Kanal eingeleitet wird. Es ist dabei nicht von Bedeutung, ob das Niederschlagswasser unmittelbar in den Anschlusskanal des Grundstückes oder aufgrund des zur Straße hin vorhandenen Gefälles über diese öffentlichen Flächen (Straßen, Plätze und Wege) in die Straßenkanalisation eingeleitet wird. <b>Auch teildurchlässige Flächen sind hier anzugeben, wenn aufgrund von Regenabläufen auf dem Grundstück oder aufgrund des Gefälles zur Straße hin, das Niederschlagswasser in die Kanalisation gelangen kann.</b>
<b>Niederschlagswasser</b>	Diese Spalte ist anzukreuzen, wenn Sie das Niederschlagswasser von der

<b>wird entsorgt über</b> Zisterne mit Notüberlauf	entsprechenden Fläche in speziellen Anlagen zunächst auf ihrem Grundstück zurückhalten, diese Anlagen aber einen <b>Notüberlauf</b> in den Kanal aufweisen. Sie geben damit Auskunft, ob die entsprechende Fläche an eine Zisternenanlage zur Nutzung des Wassers im Haushalt (Brauchwasser z. B. für die Toilettenspülung) oder/und im Garten angeschlossen ist. Dann muss ebenfalls (siehe unten) das Speichervolumen angegeben werden.
<b>Niederschlagswasser wird entsorgt über</b> Versickerung / Gewässer	In dieser Spalte geben Sie Auskunft darüber, ob das Niederschlagswasser der entsprechenden Fläche zulässiger Weise <b>vollständig</b> auf dem Grundstück versickert (ohne Notüberlauf zum Kanal) oder in ein Gewässer eingeleitet wird. Es darf keine Verbindung zur Kanalisation bestehen. Die Einleitung / Versickerung von Niederschlagswasser in den Untergrund bzw. in das Grundwasser bedarf regelmäßig einer <b>wasserrechtlichen Erlaubnis</b> der Unteren Wasserbehörde des HSK und der <b>vorherigen Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang</b> durch die Stadt, da nach den Bestimmungen des Landeswassergesetzes eine Überlassungspflicht auch für das Niederschlagswasser besteht. Ökopflaster- oder Schotterflächen, von denen Niederschlagswasser aufgrund des Gefälles zur Straße in die Kanalisation gelangen kann, sind <b>hier nicht</b> aufzuführen, sondern in der Spalte „Kanal bzw. Straße“

Angaben zu evtl. vorhandenen wassertechnischen Anlagen	
Zisterne	In diesen Feldern geben Sie Auskunft über das Speichervolumen des Regenwasserspeichers oder der Brauchwasseranlage und die Art der Nutzung. Ab 2 m <sup>3</sup> Fassungsvermögen werden nur 70 % der an diese Zisterne angeschlossenen Flächen gebührenpflichtig veranlagt, wenn je m <sup>2</sup> angeschlossener Fläche ein <u>Rückhaltevolumen von mindestens 30 Litern</u> vorhanden ist. <b>Hinweis:</b> Wird das Niederschlagswasser im Haushalt verwendet und als Abwasser entsorgt, so ist die Wassermenge durch einen geeichten Wasserzähler zu messen und der Stadt Meschede zu melden!

### **Mehrfache Angaben zum Einleitverhalten der Flächen sind nicht zulässig.**

Sollten die vorgegebenen Teilflächen D1 – D5 und V1 – V5 für Ihre Angaben nicht ausreichen, können Sie handschriftlich noch weitere Teilflächen hinzufügen. Wenn Flächen nur teilweise in den Kanal einleiten, bitten wir Sie ebenfalls um Bildung der entsprechenden Teilfläche und Darstellung in der Lageskizze.

**Wir bitten Sie nochmals das Erfassungsblatt auszufüllen, zu unterschreiben und unmittelbar nach Fertigstellung des Bauvorhabens bzw. unmittelbar nach Anschluss an die öffentliche Kanalisation an die Kreis- und Hochschulstadt Meschede zurück zu senden. Sofern Außenanlagen wie Zufahrten, Terrassen oder Stellplätze erst später hergestellt werden, sind diese Flächen nach Fertigstellung un- aufgefördert mitzuteilen.**

**Der Zeitpunkt des Anschlusses der neuen Flächen an die öffentliche Kanalisation ist ebenfalls anzugeben.**

Wenn sich künftig auf Ihrem Grundstück durch weitere bauliche Maßnahmen Änderungen ergeben (Anbauten am Haus, Ver- und Entsiegelung von Flächen u. ä.), sind diese erneut mitzuteilen und die entsprechenden Unterlagen einzureichen.



0024

**Hinweise, die bei der Bauausführung beachtet werden sollten:**

Bei der Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung oder dem Abbruch baulicher Anlage sowie anderer Anlagen und Einrichtungen im Sinne des § 1 Abs. 1 der Bauordnung sind die **Bauherrin/der Bauherr** und im Rahmen ihres Wirkungskreises die anderen am Bau **Beteiligten** (§§ 58,59,59a BauO NRW) dafür verantwortlich, dass die öffentlich-rechtlichen Vorschriften eingehalten werden.

Die Baugenehmigung einschließlich der zugehörigen Bauvorlagen müssen an der **Baustelle** von Baubeginn an vorliegen. Die Baugenehmigung erlischt, wenn innerhalb von drei Jahren nach Erteilung der Genehmigung mit der Ausführung des Bauvorhabens nicht begonnen wird oder die Bauausführung ein Jahr unterbrochen worden ist. Die Verlängerung der **Gültigkeitsdauer** der Baugenehmigung ist auf schriftlichen Antrag bei Vorliegen der Voraussetzungen jeweils bis zu einem Jahr möglich.

An der Baustelle ist ein Schild, das die Bezeichnung des Bauvorhabens und die Namen und Anschriften de(r)s Entwurfsverfasser(in)s und der Unternehmer(in) für den Rohbau **sowie de(r)s Bauleiter(in)s** enthalten muss, dauerhaft und von der öffentlichen Verkehrsfläche sichtbar anzubringen. Als **Baustellenschild** kann auch der mit der Baugenehmigung ausgehändigte Vordruck benutzt werden.

Soweit erforderlich, ist die Baustelle mit einem **Bauzaun** abzugrenzen, mit Schutzvorrichtungen gegen herabfallende Gegenstände zu versehen und zu beleuchten. Sofern für die Aufstellung eines Bauzaunes, einer Baubude, eines Baugerüsts, von Baumaschinen oder für die Lagerung von Baustoffen Straßenflächen in Anspruch genommen werden sollen, hat die Bauherrin/der Bauherr für diese **Son-demutzung** rechtzeitig eine Erlaubnis bei der Straßenbaubehörde zu beantragen. Vor Erteilung darf die Straße nicht in Anspruch genommen werden.

Während der Bauarbeiten sind die ober- und unterirdischen Teile von gefährdeten **Straßenbäumen** gemäß DIN 18920 - Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen – vor Beschädigungen jeder Art zu schützen.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der unteren Denkmalbehörde der Stadt (02 91/20 52 75) und dem Westfälischen Museum für Archäologie/Amt für Bodendenkmalpflege, Außenstelle Olpe (0 27 61/9 37 50, Fax: 24 66) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens 3 Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten, falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen.

Der Gesetzgeber schreibt für bestimmte Gebäude und Anlagen vor, dass diese „**barrierefrei**“ zu errichten sind. Informationen hierzu erhalten Sie u.a. auf den Internetseiten des Hochsauerlandkreises.

Die Nutzung von **Brauchwasser** (z. B. für die Toilettenspülung) ist mitteilungs- bzw. anzeigepflichtig. Zuständig sind der örtliche Wasserversorger (Hochsauerlandwasser GmbH, Gewerbegebiet Enste, Auf'm Brinke 11, 59872 Meschede ☎ 02 91/99 20 13) und das Gesundheitsamt des Hochsauerlandkreises.

Gebäudeeinführungen für Rohre und Kabel (Wasser, Gas, Strom, Telekommunikation usw.) sind gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik (DIN 18322, DIN 18195, DVGW VP 601) dauerhaft gas- und wasserdicht auszuführen. Nähere Informationen, z.B. zum Einbau einer geeigneten Mehrspartenhauseinführung, erhalten Sie bei der Hochsauerlandwasser GmbH.

Soll das Bauvorhaben **abweichend von der Genehmigung** oder den genehmigten Unterlagen ausgeführt werden, muss zunächst eine Genehmigung unter Vorlage aller erforderlichen Unterlagen (Zeichnungen usw.) zu der Änderung eingeholt werden. Ungenehmigte Abweichungen bei der Bauausführung können mit einer Geldbuße bis zu **500.000,00 Euro** geahndet werden. Außerdem setzt die Bauherrin/der Bauherr sich der Gefahr aus, dass wegen der ungenehmigten Abweichungen die Stilllegung der Bauarbeiten angeordnet wird.

**Der Bauleiter** hat den **Ausführungsbeginn** des Vorhabens mindestens eine Woche vorher der Bauaufsichtsbehörde schriftlich mitzuteilen (Anzeige des Baubeginns). Gleichzeitig sind der Unteren Bauaufsicht die **bautechnischen Nachweise** sowie die **Erklärung eines beauftragten Sachverständigen** (gem. §68 BauO 2018) über die **Durchführung der stichprobenhaften Kontrollen während der Ausführung**, z.B. für den Wärmeschutz und Standsicherheit (siehe auch Nebenbestimmungen der Baugenehmigung), vorzulegen.

Die **Fertigstellung des Rohbaus** sowie die **abschließende Fertigstellung** des Bauvorhabens sind der Bauaufsichtsbehörde ebenso jeweils **eine Woche** vorher anzuzeigen, um der Behörde eine Besichtigung des Bauzustandes zu ermöglichen):

- a) Der Rohbau ist fertiggestellt, wenn die tragenden Teile, Schornsteine, Brandwände und die Dachkonstruktionen vollendet sind. Zur Besichtigung des Rohbaus sind die Bauteile, die für die Standsicherheit und, soweit möglich, die Bauteile, die für den Brand- und Schallschutz sowie für die Abwasserführung wesentlich sind, derart offen zu halten, dass Maß und Ausführungsart geprüft werden können.
- b) Die abschließende Fertigstellung umfasst die Fertigstellung auch der Wasserversorgungsanlagen und Abwasseranlagen.

Bei der Errichtung oder Änderung von Schornsteinen sowie beim Anschluss von Feuerstätten an Schornsteine oder Abgasleitungen ist von der/dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegermeister(in) bescheinigen zu lassen, dass der Schornstein oder die Abgasleitung sich in einem ordnungsgemäßen Zustand befindet und für die angeschlossenen Feuerstätten geeignet ist. Bei der Errichtung von Schornsteinen ist auch eine Besichtigung im Rohbauzustand erforderlich. Bitte informieren und **beauftragen** Sie frühzeitig Ihre/n zuständigen Bezirksschornsteinfeger(in).

**Schmutz- und Regenwasser (Niederschlagswasser)** sind der öffentlichen Kanalisation zuzuführen. Für den Anschluss an das öffentliche Kanalnetz muss unmittelbar an der Grundstücksgrenze auf eigenem Grundstück ein Kontrollschacht angeordnet werden. Arbeiten für die Herstellung von Hausanschlüssen (Entwässerung) dürfen nur noch von einer vom Ruhrverband bestimmten Fachfirma ausgeführt werden. Die Arbeiten zur Durchführung des Anschlusses sind 4 Wochen vor Baubeginn beim Ruhrverband, Hansasträße 3, in 59821 Arnsberg, Herrn Juckenhöfel, ☎ 0 29 31/55 11 77, E-Mail: mju@ruhrverband.de, zu beantragen. Ein vorheriger Ortstermin mit allen Versorgungsträgern wird empfohlen, damit aus Kostengründen ggfs. alle Ver- und Entsorgungsleitungen in einem Graben verlegt werden können. Räume, in denen Rückstau auftreten kann, müssen nach den technischen Bestimmungen für den Bau von **Grundstücksentwässerungsanlagen** DIN 1986 gegen Rückstau abgesichert sein. Insbesondere sind Bodeneinläufe, Ausgüsse usw., die tiefer als Oberkante Straße an der Anschlussstelle der Grundstücksentwässerung liegen, gegen Rückstau zu sichern. Für Schäden, die durch Rückstau aus dem Abwassernetz entstehen, haften der Ruhrverband und die Stadt nicht (§ 19 Abs. 3 Entwässerungssatzung der Stadt Meschede). Bei der Einleitung von Leichtflüssigkeiten oder Fetten ist gegebenenfalls ein Abscheider erforderlich.

Die **nicht überbauten Flächen** des Grundstückes sind zu begrünen und so zu unterhalten, soweit diese Flächen nicht für eine andere zulässige Verwendung benötigt werden.

Zur **Fortführung des Liegenschaftskatasters** sind Eigentümer/innen, Erbbau- oder Nutzungsrechte verpflichtet, die neu errichteten oder in ihrem Grundriss veränderten Gebäude nach deren abschließender Fertigstellung auf ihre Kosten von einer/einem öffentlich-bestellten Vermessungsingenieur(in) einmessen zu lassen.

Bei der Errichtung von Gebäuden sind gem. § 42 a BauO NRW Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie auf den dafür geeigneten Dachflächen zu installieren und zu betreiben.

Datum:  
Absender:  
Hochsauerlandkreis  
-Der Landrat-  
vertr. durch Herrn Ulrich Bork  
Steinstraße 27  
59872 Meschede

Reichen Sie bitte diese Anzeige eine Woche vor  
dem betreffenden Termin ein (§ 82 BauO NRW)

Aktenzeichen **00275-25-12**

An die  
Kreis- und Hochschulstadt Meschede  
Fachbereich Planung und Bauordnung  
Sophienweg 3

59872 Meschede

- Vorhaben Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie Veränderung der Stellplatzanlage

Grundstück Meschede, Steinwiese 3

Gemarkung Meschede-Land  
Flur 2  
Flurstück 667

## Mitteilung Baubeginn

Mit der Ausführung des Bauvorhabens wird begonnen am: \_\_\_\_\_

Tätig als Bauleiter im Sinne von § 56 BauO NRW 2018\*: \_\_\_\_\_

Die Absteckung der Grundrissfläche und die Angabe der festgelegten Höhenlage habe ich vornehmen  
lassen durch den Vermessungsingenieur: \_\_\_\_\_

Der amtliche Nachweis über die Einhaltung ist als Anlage beigefügt/wird bis \_\_\_\_\_ nachgereicht.

Folgende bautechnische Nachweise gem. § 68 BauO 2018 sind dieser Baubeginnanzeige beigefügt:

Standsicherheit	<input type="checkbox"/>	Schallschutz	<input type="checkbox"/>
Wärmeschutz	<input type="checkbox"/>	Brandschutz	<input type="checkbox"/>

Folgende schriftliche Erklärungen über die Beauftragung zur Durchführung von stichprobenhaften  
Kontrollen während der Bauausführung gem. §68 BauO NRW 2018 sind als Anlage beigefügt:

Standsicherheit	<input type="checkbox"/>	Schallschutz	<input type="checkbox"/>
Wärmeschutz	<input type="checkbox"/>	Brandschutz	<input type="checkbox"/>

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Bauleiter

\* (Überwachung der Einhaltung öffentlich-rechtlicher Vorschriften)

Datum:  
Absender:  
Hochsauerlandkreis  
-Der Landrat-  
vertr. durch Herrn Ulrich Bork  
Steinstraße 27  
59872 Meschede

Reichen Sie bitte diese Anzeige eine Woche vor  
dem betreffenden Termin ein (§ 82 BauO NW)!

---

Aktenzeichen **00275-25-12**

An die  
Kreis- und Hochschulstadt Meschede  
Fachbereich Planung und Bauordnung  
Sophienweg 3

59872 Meschede

-- Vorhaben Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie Veränderung der Stellplatzanlage

Grundstück Meschede, Steinwiese 3

Gemarkung Meschede-Land  
Flur 2  
Flurstück 667

---

## **Absteckungsbescheinigung**

Hiermit wird bescheinigt, dass das oben näher bezeichnete Bauvorhaben

[ ] gemäß Vorgaben des genehmigten Lageplanes in der Örtlichkeit feinabgesteckt

und

[ ] dass die Höhen vom vorhandenen Gelände entsprechend der Schnitt- bzw. Ansichtszeichnungen  
festgelegt wurden.

Der amtliche Nachweis über die Einhaltung ist als Anlage beigefügt.

---

Unterschrift



Bitte in Klarsichtfolie an der Baustelle anbringen

# Baustellenschild

Aktenzeichen **00275-25-12**

Bauherrin/Bauherr Hochsauerlandkreis  
-Der Landrat-  
vertr. durch Herrn Ulrich Bork  
Steinstraße 27  
59872 Meschede

Bauvorhaben Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie Veränderung der Stellplatzanlage

Grundstück Meschede, Steinwiese 3

Gemarkung Meschede-Land  
Flur 2  
Flurstück 667

**Entwurfsverfasserin/Entwurfsverfasser:**

**Unternehmerin/Unternehmer für den Rohbau:**  
(Name, Anschrift, Telefon)

**Bauleiterin/Bauleiter:**

Die Baugenehmigung für dieses Bauvorhaben wurde am 10.09.2025 erteilt.

**Stadt Meschede**  
**Der Bürgermeister**

**-Untere Bauaufsichtsbehörde-**

Bei der Ausführung genehmigungspflichtiger Bauvorhaben nach § 63 Abs.1 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) hat der Bauherr an der Baustelle ein Schild, das die Bezeichnung des Bauvorhabens und die Namen und Anschriften des Entwurfsverfassers und der Unternehmer für den Rohbau enthalten muß, dauerhaft und von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar anzubringen. Gemäß Nr. 14.3 der Verwaltungsvorschrift zur Landesbauordnung (VV BauO NRW) wird die Verpflichtung nach § 14 Abs. 3 BauO NRW durch dauerhafte Anbringung dieses Baustellenschildes an einer von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbaren Stelle erfüllt.

Datum:  
Absender:  
Hochsauerlandkreis  
-Der Landrat-  
vertr. durch Herrn Ulrich Bork  
Steinstraße 27  
59872 Meschede

Reichen Sie bitte diese Anzeige eine Woche vor  
dem betreffenden Termin ein (§ 82 BauO NRW)

---

Aktenzeichen **00275-25-12**

An die  
Kreis- und Hochschulstadt Meschede  
Fachbereich Planung und Bauordnung  
Sophienweg 3

59872 Meschede

- Vorhaben Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie Veränderung der Stellplatzanlage

Grundstück Meschede, Steinwiese 3

Gemarkung Meschede-Land  
Flur 2  
Flurstück 667

---

## Anzeige über die Rohbaufertigstellung

Hiermit zeige ich gemäß § 84 Abs. 1 BauO NRW die Fertigstellung des Rohbaus bis

zum \_\_\_\_\_ an.

---

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift Bauleiter(in) \_\_\_\_\_

Datum:  
Absender:  
Hochsauerlandkreis  
-Der Landrat-  
vertr. durch Herrn Ulrich Bork  
Steinstraße 27  
59872 Meschede

Reichen Sie bitte diese Anzeige eine Woche vor  
dem betreffenden Termin ein (§ 82 BauO NRW)!

---

Aktenzeichen **00275-25-12**

An die  
Kreis- und Hochschulstadt Meschede  
Fachbereich Planung und Bauordnung  
Sophienweg 3

59872 Meschede

- Vorhaben Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie Veränderung der Stellplatzanlage

Grundstück Meschede, Steinwiese 3

Gemarkung Meschede-Land

Flur  
Flurstück  
2  
667

---

### Anzeige über die abschließende Fertigstellung

Hiermit zeige ich gemäß § 63 / 84 BauO NRW 2018 die abschließende Fertigstellung bis zum

\_\_\_\_\_ an.

Für telefonische Terminvereinbarung bin ich tagsüber zu erreichen unter: \_\_\_\_\_

---

Datum

Unterschrift Bauleiter(in)/Fachbauleiter(in)

Hochsauerlandkreis · Der Landrat · Steinstraße 27 · 59872 Meschede

Stadt Meschede  
FB Planung und Bauordnung  
z. Hd. Herrn Struwe  
Sophienweg 3  
59872 Meschede

Steinstraße 27  
59872 Meschede

Andreas Zdrenka  
Zimmer 664

T 0291/94-1635  
F 0291/94-26137

T 0291 94-0 Zentrale

andreas.zdrenka  
@hochsauerlandkreis.de

[www.hochsauerlandkreis.de](http://www.hochsauerlandkreis.de)

Aktenzeichen: 45/66.50.01-02-X-0086-25

Datum: 21. Mai 2025

## Anlage zur Baugenehmigung

### Stellungnahme Fachdienst Wasserwirtschaft

**Antragsteller:** Hochsauerlandkreis, Steinstraße 27, 59872 Meschede  
**Vorhaben:** Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie Veränderung der Stellplatzanlage  
**Grundstück:** Steinwiese 3, 59872 Meschede, Enste

**Ihr Ersuchen um Stellungnahme vom 10.03.2025, Az.: 00275-25-12**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Vorhaben liegt im Wasserschutzgebiet „Meschede-Stockhausen“, Schutzzone III B.

Das Vorhaben in Schutzzone III B umfasst die Erweiterung der Fahrzeughalle und den Neubau eines Unterstandes sowie Veränderung der Stellplatzanlage einschließlich der Erdarbeiten, der Kanalisation und der Errichtung von Parkplätzen und ist damit genehmigungspflichtig.

Gemäß § 9 Abs. 6 der Wasserschutzgebietsverordnung bedarf es keiner besonderen Genehmigung nach den Vorschriften der Wasserschutzgebietsverordnung für Handlungen, die nach anderen Bestimmungen einer Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung, bergrechtlichen Betriebsplanzulassung oder sonstigen behördlichen Zulassung bedürfen, wenn dies von der Unteren Wasserbehörde oder mit deren Einvernehmen erteilt wird.

Das Einvernehmen zum Bauvorhaben wird hiermit erteilt, wenn folgende Nebenbestimmungen in den Genehmigungsbescheid übernommen werden:

#### 1. Nebenbestimmungen

- 1.1. Der Beginn der Baumaßnahme und das Bauende sind rechtzeitig der Unteren Wasserbehörde und dem Gesundheitsamt des Hochsauerlandkreises und der HochsauerlandWasser GmbH schriftlich mitzuteilen. Es sind die Baufirma sowie eine verantwortliche Bauleitung schriftlich zu benennen (Name, Telefonnummer, E-Mail-Adresse) und ein Terminplan schriftlich vor
- 1.2. Die Bauausführung ist -wie in dem Antrag dargestellt- durchzuführen. Wesentliche Änderungen in der Bauausführung sind mir rechtzeitig mitzuteilen.



## 2 Anlage zur Baugenehmigung

- 1.3. Es ist ein Bautagebuch anzulegen und zu führen und mir bei Bedarf vorzulegen. Die Maßnahmen zum Schutz der Wassergewinnung sind durch die verantwortliche Bauleitung arbeitstäglich zu kontrollieren und im Bautagebuch zu protokollieren.
- 1.4. Das gesamte bauausführende Personal ist vor Beginn der Maßnahmen über die Schutzmaßnahmen im Wasserschutzgebiet zu unterrichten und einzuweisen. Das gesamte bauausführende Personal ist vor Beginn der Maßnahme über die Schutzmaßnahmen in der Schutzzone III B des Wasserschutzgebietes „Stockhausen“ sowie den Alarmplan zu unterrichten und einzuweisen. Der Alarmplan und ein Lageplan des Geländes mit den Wasserschutzgebietszonen sind auf der Baustelle für das bauausführende Personal gut sichtbar anzubringen.

Vor Beginn der Baumaßnahme ist ein gemeinsamer Unterweisungstermin zwischen dem AG, dem bauausführenden Personal, der HochsauerlandWasser GmbH und der Unteren Wasserbehörde abzustimmen. Die Dokumentation der Unterweisung des bauausführenden Personals ist mir in schriftlicher Form vorzulegen.

- 1.5. Es ist sicherzustellen, dass keine oberflächigen Abschwemmungen und Bodenerosionen ermöglicht werden. Die Erdarbeiten sind möglichst bei Trockenwetter durchzuführen und bei über Nieselregen hinausgehenden Regen einzustellen. Die Erdarbeiten sind auf das unumgänglich notwendige Maß zu begrenzen. Die Erdarbeiten müssen zügig abgewickelt werden, so dass der Bodeneingriff auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt bleibt.
- 1.6. Für einen eventuellen Schadensfall (Bodenverunreinigung) sind notwendiges Material und Gerät zur Schadensminimierung (Bindemittel, Schaufeln, Folien usw.) und geeignete Auffangvorrichtungen bereitzuhalten. Ausgetretene wassergefährdende Stoffe sind unverzüglich mit geeigneten Mitteln zu binden. Das verunreinigte Material ist aufzunehmen sowie ordnungsgemäß und schadlos zu verwerten oder zu beseitigen.
- 1.7. Für die Baustelleneinrichtung ist eine befestigte Fläche zu benennen und herzurichten, welche in das öffentliche Kanalisationsnetz entwässert. Auf dieser Fläche sind die notwendigen Betriebsmittel für Unbefugte unzugänglich (z.BV. verschlossener Container) zu bevorraten und das Betanken von Baumaschinen vorzunehmen. Ebenso können hier die notwendigen Toilettensysteme eingerichtet werden.
- 1.8. Maschinen und Geräte sind vor ihrem Einsatz durch die örtliche Bauleitung auf ihren einwandfreien technischen Zustand zu überprüfen. Der Einsatz von Baumaschinen und -geräten, bei denen Öl- oder Treibstoffverluste erkennbar sind, ist nicht zulässig.
- 1.9. Es dürfen nur Baumaschinen mit biologisch schnell abbaubaren Betriebs- und Schmierstoffen (Biodiesel, Bioschmierstoffe) eingesetzt werden, die als „nicht wassergefährdend“ bzw. höchstens in die Wassergefährdungsklasse 1 (WGK 1) gemäß AwSV (Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen) eingestuft werden.  
  
Kommen Geräte zum Einsatz, die nachweislich nicht auf diese schnell biologisch abbaubaren Treibstoffe bzw. Schmiermittel umzurüsten sind bzw. betrieben werden können so sind weitere Sicherheitsmaßnahmen (z.B. Abstellen der Geräte auf Schutzfolien wie PE-Folien mit 1,5 bis 2 mm, gewebeverstärkt) einzuplanen
- 1.10. Reparatur-, Reinigungs- und Wartungsarbeiten an Baumaschinen, Geräten und Fahrzeugen, bei denen wassergefährdende Stoffe freigesetzt werden können, sind nicht zulässig.



- 1.11. Bei den Baumaßnahmen dürfen keine wassergefährdenden, auswaschbaren oder auslaugbaren Stoffe verwendet werden, von denen eine Gefährdung für das Wasserschutzgebiet ausgehen kann. Der Einbau von Recyclingmaterial ist nicht zulässig.
- 1.12. Die Baumaßnahme ist zügig abzuwickeln. Vom Baustellenbetrieb darf keine Gefährdung für das Grundwasser ausgehen.
- 1.13. Die Abwasseranlagen sind nach den Vorgaben des DWA-Arbeitsblattes A 142 (Abwasserkanäle und -leitungen in Wasserschutzgebieten) der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser, Abfall e. V. zu errichten.

Hierfür sind einwandige Rohr-/Ableitungssysteme zulässig, die die Anforderungen für das Gefährdungspotential „weniger hoch“ nach dem DWA-Arbeitsblatt erfüllen. Nach den vorliegenden Informationen erfüllt das Rohrsystem KG 2000 diese Anforderungen.

- 1.14 Die Abwässer sind dem öffentlichen Kanal mit nachgeschalteter zentraler Kläranlage zuzuleiten. Dazu ist ein entsprechender Antrag bei der zuständigen Stadt bzw. Gemeinde zu stellen.
- 1.15 Die Verlegung der Abwasserleitungen hat durch geeignete, anerkannte Sachkundige zu erfolgen. Für wiederkehrende Dichtheitsüberprüfungen der Rohrleitungen sind Revisionsöffnungen/Kontrollschächte vorzusehen.
- 1.16 Nach Verlegung der Abwasserleitungen sind die Zustands- und Funktionsprüfung der Abwasserleitungen nach den Regelungen der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw) durchzuführen. Eine Kopie der Bescheinigung der durchgeführten Zustands- und Funktionsprüfung, einschl. der Anlagen zur Bauabnahme vorzulegen.

## 2. Hinweise

- 2.1 Das Vorhaben befindet sich in einem sensiblen Wasserschutzgebiet. Machen Sie sich deshalb bitte mit den Regelungen der Wasserschutzgebiets-Verordnung eingehend vertraut. Bei Verstößen müssen Sie u. U. auch mit haftungsrechtlichen Konsequenzen rechnen.
- 2.2 Das Vorhaben liegt in der Schutzzone III B des Wasserschutzgebiets „Meschede-Stockhausen“. Fachlich erforderliche schutzgebietsbezogene Regelungen sind in dieser Genehmigung eingeschlossen. Aufgrund des erteilten Einvernehmens ist eine besondere Genehmigung nach Wasserschutzgebiets-Verordnung „Meschede-Stockhausen“ somit nicht erforderlich.
- 2.3 Es wird empfohlen, die ordnungsgemäße Bauausführung gem. den allgemein anerkannten Regeln der Technik in geeigneter Form zu dokumentieren.

## 3. Hinweise an die Genehmigungsbehörde

- 3.1 Aufgrund des Einvernehmens zu dem Bauvorhaben ist der Unteren Wasserbehörde eine Kopie der erteilten Baugenehmigung zuzuleiten..
- 3.2 Es erfolgt kein Umgang mit wassergefährdenden Stoffen. Das anfallende Niederschlagswasser wird in die öffentliche Kanalisation eingeleitet.

## 4. Begründung für Nebenbestimmungen

Die Nebenbestimmungen begründen sich aus dem Besorgnisgrundsatz und den Vorgaben der Wasserschutzgebiets-Verordnung. Die Nebenbestimmungen wurden

festgesetzt, um eine Gefährdung der Wassergewinnungsanlagen weitestgehend zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund sind diese geeignet, erforderlich und angemessen, um die Wassergewinnungsanlagen zu schützen und entsprechen damit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Anlage zur Baugenehmigung

Technische Fragen beantwortet:

Christine Mehwald, 0291/94-1631, christine.mehwald@hochsauerlandkreis.de

### **3. Durchschriften HSW und GA per eMail zur Kenntnis**

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Gez.

Susewind

**Anlage**



Fernstraßen-Bundesamt, Friedrich-Ebert-Straße 72-78, 04109 Leipzig

Hochsauerlandkreis

- Der Landrat -,

FD 15 Stephan Grawinkel

Steinstraße 27

59872 Meschede



Friedrich-Ebert-Straße 72-78  
04109 Leipzig

Tel.: 0341 49611-475

bearbeitet von:  
Lars Kehbein

Referat S1

anbau@fba.bund.de

www.fba.bund.de

**Bundesautobahn (BAB) A 46, Abschnitt (AS) 57, KM 79,102 (links)**

**Erteilung einer Ausnahmegenehmigung gemäß § 9 Abs. 8**

**Bundesfernstraßengesetz (FStrG)**

**Erweiterung der Fahrzeughalle am Kreisfeuerwehrzentrum**

**Az. der Stadt Meschede: 00246-23-05**

**Ihre Bauvoranfrage vom 06.03.2023**

Leipzig, 21.03.2023

Gz.: 2023-0698E

Seite 1 von 4

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum o. g. Vorhaben erlässt das Fernstraßen-Bundesamt folgenden

### Bescheid

Für die Erweiterung der Fahrzeughalle am Kreisfeuerwehrzentrum gemäß den eingereichten Planunterlagen vom 06.03.2023 (M 1:500 vom 23.02.2023) wird nach § 9 Abs. 8 FStrG unter Einhaltung nachstehender Nebenbestimmungen eine Ausnahme vom Anbauverbot des § 9 Abs. 1 FStrG in Aussicht gestellt:

1. Werbeanlagen jeder Art dürfen weder auf Straßengebiet noch in einem Abstand bis zu 40 m neben der BAB, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, errichtet oder angebracht werden. Bis zu einem Abstand von 100 m neben der BAB bedürfen Anlagen (z.B. Schriftzüge, Logos) einer gesonderten Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes. Dies gilt auch für Werbeanlagen bauausführender Firmen.





Seite 2 von 4

2. Schmutz- und Abwasser – auch in geklärtem Zustand – sowie sonstiges gesammeltes Wasser dürfen dem Straßeneigentum der BAB weder unmittelbar noch mittelbar zugeleitet werden.
3. Vom Straßeneigentum der BAB dürfen keine Arbeiten an der Baumaßnahme ausgeführt werden. Auch das Aufstellen von Geräten und Fahrzeugen und das Lagern von Baustoffen, Bauteilen, Boden- und Aushubmassen oder sonstigen Materialien sind auf Straßeneigentum nicht zulässig.
4. Der Zustand des Geländes zwischen dem Bauvorhaben und der BAB darf ohne Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes auch später nicht geändert werden. Dies gilt insbesondere für die Anlage von Garagen, Schuppen, Parkplätzen sowie der nachträglichen Einrichtung von Außenbeleuchtung die die BAB beeinträchtigt.
5. Weder der Bauherr noch etwaige Rechtsnachfolger können Entschädigungsansprüche, die sich durch das Vorhandensein oder den Betrieb auf der BAB ergeben oder ergeben können – z.B. Geräusch-, Geruchs- oder Staubbelästigungen – geltend machen. Dies gilt auch bei einer Zunahme des Verkehrs und wenn auf der BAB Instandsetzungs- oder Ausbauarbeiten ausgeführt werden.

#### I. Sachverhalt

Mit Schreiben vom 06.03.2023 hat die Stadt Meschede das Fernstraßen-Bundesamt im oben näher bezeichneten Bauvorbescheidsverfahren beteiligt. Das Vorhaben betrifft die Erweiterung der Fahrzeughalle am Kreisfeuerwehrzentrum auf dem Grundstück Gemarkung Meschede-Land, Flur 2, Flurstück 667, postalische Anschrift: Steinwiese 3, 59872 Meschede. Es befindet sich in einem Abstand von 38,45 m gemessen vom äußeren Fahrbahnrand der Zufahrtsrampe der Anschlussstelle Meschede-Enste der BAB A 46, AS 57, KM 79,102 (links), entfernt. Im unmittelbaren Umfeld des Vorhabens befindet sich eine dichte Bebauung mit Hallengebäuden, die einen noch geringeren Abstand zum Fahrbahnrand der Zufahrtsrampe der Anschlussstelle Meschede-Enste der BAB A 46 aufweisen.

Die Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Westfalen, wurde an dem Vorgang beteiligt.

#### II. Begründung

Bei dem geplanten Vorhaben handelt es sich um die Errichtung eines Hochbaus in der Anbauverbotszone im Sinne des § 9 Abs. 1 FStrG, welche



Seite 3 von 4

grundsätzlich verboten ist. Dies umfasst den Bereich bis zu 40 m gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn der BAB, bzw. 20 m gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn der Bundesstraße in Bundesverwaltung.

Das Fernstraßen-Bundesamt kann hiervon gemäß § 9 Abs. 8 FStrG eine Ausnahme zulassen. Dies kann nur erfolgen, wenn im Einzelfall eine vom Gesetzgeber offenbar nicht beabsichtigte Härte vorliegt und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder Gründe des Wohls der Allgemeinheit eine Abweichung vom Verbot erforderlich machen.

Das Bauvorhaben befindet sich gemäß der eingereichten Planunterlagen 38,45 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn der Zufahrtsrampe von der BAB entfernt. Das Vorhaben darf damit grundsätzlich nicht errichtet werden.

Vorliegend konnte eine Ausnahme vom Anbauverbot erteilt werden, weil die Ablehnung des Bauvorhabens eine unbillige Härte darstellen würde.

Eine unbillige Härte liegt vor, wenn das Anbauverbot nachhaltig in das Eigentumsrecht des Straßennachbarn eingreift und ihm dadurch ein erhebliches Opfer auferlegt, das über die jedermann treffenden Auswirkungen der gesetzlichen Regelung hinausgeht (BVerwG 04.04.1975 - BVerwG IV C 43.72). Die Härte muss außerdem unbeabsichtigt sein, d.h. dass die Beachtung des Anbauverbots im Hinblick auf das Schutzgut der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im konkreten Einzelfall nicht erforderlich ist (BVerwG, Urt. v. 04.04.1975, BVerwGE 48, 123 [BVerwG 04.04.1975 - BVerwG IV C 55.74] (130, 131) = DVBl 1976, 105 (108) [BVerwG 04.04.1975 - BVerwG IV C 55.74]; Fickert, § 25 Rn. 30; Lorenz, § 22 Rn. 24.). Darüber hinaus dürfen keine öffentlichen Belange, wie z.B. die künftige Verkehrssituation oder jedenfalls realistische Ausbauabsichten entgegenstehen (BVerwG, Urt. v. 17.09.1964, BVerwGE 19, 238 (243) [BVerwG 17.09.1964 - I C 26/63]; Fickert, § 25 Rn. 33; Kodal, S. 956; Lorenz, § 22 Rn. 25.).

Vorliegend würde die Ablehnung des Vorhabens eine unbillige Härte darstellen, weil die Überschreitung nur geringfügig ist und die nähere Umgebung ebenfalls baulich vorbelastet ist. Denn es existiert eine geschlossene Bebauung mit Hallengebäuden innerhalb der Anbauverbotszone, wobei sich einzelne Bestandsbauten in einem noch geringeren Abstand zur äußeren Fahrbahnkante der Zufahrtsrampe der BAB befinden als das Vorhaben. Somit kann der Sinn und Zweck der Anbauverbotszone vorliegend nicht mehr vollständig erreicht werden.



Seite 4 von 4

Schließlich wird vorliegend die Vorbelastung auch nicht verfestigt, weil die Baulinie aktuell in einem Abstand von 37,50 m zur BAB liegt und nicht weiter in Richtung der äußeren Fahrbahnkante verschoben wird.

Die Abweichung ist auch mit öffentlichen Belangen vereinbar, weil durch das Vorhaben weder die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gefährdet noch die Straßenbaugestaltung beeinträchtigt ist.

Die Nebenbestimmungen zu 1. bis 4. mussten ausgesprochen werden, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der BAB zu gewährleisten. Die Nebenbestimmung zu 5. folgt aus der Kenntnis des Antragstellers von den örtlichen Gegebenheiten.

Sollten sich im weiteren Verfahren oder zu einem späteren Zeitpunkt Abweichungen ergeben, die von meiner Ausnahmegenehmigung abweichen, ist eine erneute Beteiligung erforderlich.

Diese Ausnahmegenehmigung verliert ihre Gültigkeit, sofern die Baugenehmigung nicht innerhalb von drei Jahren rechtswirksam geworden ist. Sie ist nur für die Dauer der erteilten Genehmigung wirksam.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch beim Fernstraßen - Bundesamt, Friedrich-Ebert-Straße 72-78, 04109 Leipzig, erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Lars Kehbein  
Technischer Sachbearbeiter

**Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes  
sowie Veränderung der Stellplatzanlagen**  
am Zentrum für Feuerschutz und Rettungswesen



Bauherrin/Bauherr

Hochsauerlandkreis Der Landrat, Steinstraße 27, 59872 Meschede

Grundstück (Ort, Straße)

59872 Meschede - Enste, Steinwiese 3

Gemarkung(en) Flur(en) Flurstück(e)

Meschede Land, Flur 002, Flurstück 667

**Inhaltsanagabe**

- 1) Liegenschaftskarte
- 2) Vollmacht
- 3) Bauantragsformular
- 4) Baubeschreibungsformular
- 5) Betriebsbeschreibungsformulare
- 6) Bauzeichnungen
- 7) Berechnung der GRZ und BMZ
- 8) Berechnung der notwendigen Stellplätze mit Anlage aus Genehmigung
- 9) Berechnung der Herstellungssumme
- 10) Baustatistik
- 11) Brandschutzkonzept
- 12) Antrag auf Befreiung mit Anlage Bescheid vom Fernstraßen Bundesamt

Dortmund, 20.02.2025

# Vollmacht

**Bauherr** (ggf. vertreten durch):

**Architekt** oder Arbeitsgemeinschaft  
von Architekten, im Folgenden  
"Architekt" genannt:

Hochsauerlandkreis Der Landrat  
Steinstraße 3  
59872 Meschede  
vertreten durch  
Herrn Ulrich Bork

WFD Derwald Projektentwicklung  
GmbH & Co KG  
Walter-Bruch-Straße 9  
44263 Dortmund

Ich/Wir bevollmächtige(n) den Architekten  
bezüglich meines/unseres Bauvorhabens

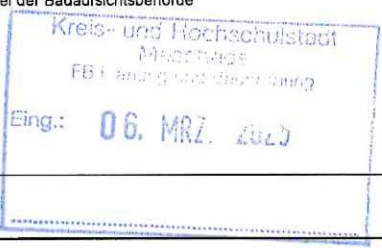
**Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie  
Veränderung der Stellplatzanlage am Zentrum für Feuerschutz- und  
Rettungswesen HSK, Steinwiese 3, 59872 Meschede - Enste**

die Bauvoranfrage bei der Bauaufsichtsbehörde einzureichen, Schriftverkehr und  
Verhandlungen mit der Bauaufsichtsbehörde zu führen, Bescheide und Mitteilungen  
der Bauaufsichtsbehörde einschließlich Zustellungen entgegenzunehmen.

Unterschrift der Bauherrin / des Bauherren

J. A. Kunkel

Dortmund, 20.02.2025

An die untere Bauaufsichtsbehörde Stadt Meschede Technisches Rathaus Fachbereich 61 - Planung und Bauordnung Sophienweg 3		Eingangsstempel der Bauaufsichtsbehörde 	
PLZ, Ort 59872 Meschede		Aktenzeichen	
<input checked="" type="checkbox"/> <b>Bauantrag</b> <input type="checkbox"/> <b>Antrag auf Vorbescheid</b> <b>Großer Sonderbau § 50 Absatz 2 BauO NRW 2018</b>		<b>Baugenehmigungsverfahren</b> <b>§ 65 BauO NRW 2018</b>	
<b>Bauherrschaft (§ 53 BauO NRW 2018)</b>		<b>Entwurfsverfassende (§ 54 Absatz 1 BauO NRW 2018)</b>	
Name, Vorname, Firma HOCHSAUERLANDKREIS DER LANDRAT		Name, Vorname, Büro WFD Derwald Projektentwicklung GmbH & Co. KG	
Straße, Hausnummer Steinstraße 27		Straße, Hausnummer Walter-Bruch-Straße 9	
PLZ, Ort 59872 Meschede		PLZ, Ort 44263 Dortmund	
vertreten durch: (§ 53 Absatz 3 BauO NRW 2018) Name, Vorname, Anschrift Herr Ulrich Bork		bauvorlageberechtigt: (§ 67 Absatz 3 BauO NRW 2018) Name, Vorname Dipl.-Ing. (Arch.) Thomas Pape  Mitgliedsnummer der Architekten- oder der Ingenieurkammer des Landes A-24709-NRW	
Telefon (mit Vorwahl) 0291 / 94 - 0	Telefax -	Telefon (mit Vorwahl) 0231 / 8407 - 152	Telefax 0231 / 8407 - 199
E-Mail ulrich.bork@hochsauerlandkreis.de		E-Mail t.pape@derwald.de	
<b>Baugrundstück</b>			
Ort, Straße, Hausnummer, gegebenenfalls Ortsteil 59872 Meschede - Enste, Steinwiese 3			
Gemarkung(en) 051520 Meschede Land	Flur(e) 002	Flurstück(e) 667	
<b>Gebäudeklassen (§ 2 BauO NRW 2018):</b> 1 <input type="checkbox"/> 2 <input type="checkbox"/> 3 <input type="checkbox"/> 4 <input checked="" type="checkbox"/> 5 <input type="checkbox"/> Sonstige bauliche Anlagen <input type="checkbox"/>			
<b>Bezeichnung des Vorhabens</b> (Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung gemäß § 60 BauO NRW 2018) Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie Veränderung der Stellplatzanlage			
<b>Das Bauvorhaben bedarf einer</b> <input type="checkbox"/> Ausnahme (§ 31 Absatz 1 BauGB) <input checked="" type="checkbox"/> Befreiung (§ 31 Absatz 2 BauGB) <input type="checkbox"/> Abweichung (§ 69 BauO NRW 2018)			
<b>Hinweis:</b> Der Antrag ist hinreichend bestimmt auf separater Anlage zu begründen.			
<b>Bei Vorbescheid (§ 77 BauO NRW 2018)</b> planungsrechtliche Zulässigkeit <input type="checkbox"/> bauordnungsrechtliche Zulässigkeit <input type="checkbox"/>			
<b>Fragestellung:</b>			
<b>Bindungen zur Beurteilung des Vorhabens</b>	Bescheid vom	erteilt von (Behörde)	Aktenzeichen
<input type="checkbox"/> Vorbescheid			
<input type="checkbox"/> Teilungsgenehmigung			
<input type="checkbox"/> Baulast Nr.			
<input type="checkbox"/> Denkmalrechtliche Erlaubnis			
<input checked="" type="checkbox"/> Baugenehmigung	05.08.2014	Stadt Meschede	00200-14-03
<b>Fortsetzung Blatt 2</b>			



**Die erforderlichen Bauvorlagen sind beigelegt:**

(Einem Antrag auf Vorbescheid sind nur die für die Klärung der Fragestellung erforderlichen Unterlagen beizufügen.)

1. ☒ 3-fach Lageplan/~~amtlicher Lageplan~~ (§ 3 BauPrüfVO; Anforderungen an Planersteller/in sind zu beachten)
2. ☒ 3-fach Berechnung des Maßes der baulichen Nutzung (§ 3 Absatz 2 BauPrüfVO)  
(nur im Bereich eines Bebauungsplanes oder einer Satzung nach BauGB)
3. ☐ 3-fach Beglaubigter Auszug aus der Flurkarte (§ 2 Absatz 2 BauPrüfVO)  
(nur bei Vorhaben nach den §§ 34 oder 35 BauGB; Auszug nicht erforderlich bei Vorlage eines  
amtlichen Lageplanes)
4. ☐ 3-fach Auszug aus der amtlichen Basiskarte 1 : 5 000 (§ 2 Absatz 3 BauPrüfVO)  
(nur bei Vorhaben nach den §§ 34 oder 35 BauGB)
5. ☒ 3-fach Bauzeichnungen (§§ 4 und 12 BauPrüfVO)
6. ☒ 3-fach Baubeschreibung auf amtlichem Vordruck (§ 5 Absatz 1 BauPrüfVO)
7. ☒ 3-fach Brandschutzkonzept (§ 9 BauPrüfVO i.V.m. § 54 Absatz 3 BauO NRW 2018)
8. ☐ 3-fach Barrierefrei-Konzept (§ 9a BauPrüfVO)
9. ☐ 3-fach Betriebsbeschreibung für gewerbliche oder landwirtschaftliche Betriebe auf amtlichem Vordruck  
(§ 5 Absatz 2 oder 3 BauPrüfVO)
- 10.1 ☒ 2-fach Bei Gebäuden: Berechnung des umbauten Raumes nach DIN 277 (§ 6 Nummer 1 BauPrüfVO) oder
- 10.2 ☐ 2-fach Bei Gebäuden, für die landesdurchschnittliche Rohbauwerte je m³ Bruttorauminhalt nicht festgelegt sind, die  
Berechnung der Rohbaukosten einschließlich Umsatzsteuer (§ 6 Nummer 1 BauPrüfVO)
- 10.3 ☒ Bei der Änderung von Gebäuden oder bei baulichen Anlagen, die nicht Gebäude sind, ist die voraussichtliche  
Herstellungssumme einschließlich Umsatzsteuer gemäß Tarifstelle 3.1.1.3 AVerwGebO NRW zwingend aufzuführen:

Herstellungssumme:

Spätestens mit Anzeige des Baubeginns werden gemäß § 68 Absatz 2 Satz 2 BauO NRW 2018 eingereicht:

- 11.1 ☐ 2-fach Bescheinigung zusammen mit dem Nachweis des Schallschutzes, soweit erforderlich aufgestellt oder geprüft  
durch eine/einen staatlich anerkannte/n Sachverständige/n
- ☐ 2-fach Bescheinigung zusammen mit dem Nachweis des Wärmeschutzes, soweit erforderlich aufgestellt oder  
geprüft durch eine/einen staatlich anerkannte/n Sachverständige/n
- ☒ 2-fach Bescheinigung zusammen mit dem Nachweis der Standsicherheit, soweit erforderlich geprüft durch  
eine/einen staatlich anerkannte/n Sachverständige/n

11.2 Abweichend von Nr. 11.1 wird – soweit erforderlich – eine Prüfung durch die Bauaufsichtsbehörde beantragt für:

- ☐ den Nachweis des Schallschutzes
- ☐ den Nachweis des Wärmeschutzes
- ☐ den Nachweis der Standsicherheit

12. ☒ Erhebungsbogen für die Baustatistik gemäß Hochbaustatistikgesetz

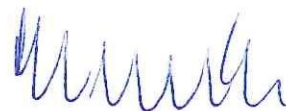
13. ☐ Angaben zum Artenschutz gemäß § 44 BNatSchG

Ort, Datum  
Meschede, den

Ort, Datum  
Dortmund, den 20.02.2025

Für die Bauherrschaft:

Die/Der bauvorlageberechtigte Entwurfsverfassende:

J.A. 

**WFD DERWALD** GmbH  
Projektentwicklung  
44263 Dortmund, Walter-Bruch-Str.9



Unterschrift\*

Unterschrift\*


\*Angesichts des Wegfalls des gesetzlichen Schriftformerfordernisses müssen die Vordrucke nicht unterschrieben werden. Die Unterschriftsfelder tragen lediglich dem Umstand Rechnung, dass vielfach der Wunsch besteht, Anträge unterschreiben zu können, auch wenn dies nicht mehr gesetzlich vorgeschrieben ist.

Hinweis: Der Wegfall des gesetzlichen Schriftformerfordernisses entbindet nicht von der notwendigen Bauvorlageberechtigung gemäß § 67 BauO NRW.

<b>Bauantrag / Antrag auf Vorbescheid vom 18.02.2025</b>  Im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren sind Angaben zu den gekennzeichneten Ziffern 8 bis 10 nicht erforderlich.		<b>Baubeschreibung</b>																					
Bauherrschaft Hochsauerlandkreis Der Landrat																							
Grundstück (Ort, Straße, Haus-Nr.) 59872 Meschede - Enste, Steinwiese 3																							
1	<b>Bezeichnung des Vorhabens</b>	Erweiterung der Fahrzeughalle u. Neubau Unterstand / Veränderung Stellplatzanlage																					
2	<b>Art der Nutzung</b> <input checked="" type="checkbox"/> Betriebsbeschreibung ist beigefügt	Fahrzeughalle zur Abstellung der Feuerwehreinsatzfahrzeuge / Unterstand zur Abstellung von Containern																					
3	<b>Angaben zum Grundstück</b> geschützter Baumbestand	<input type="checkbox"/> ja																					
	Trinkwasserversorgung	<input checked="" type="checkbox"/> durch zentrale Wasserversorgung <input type="checkbox"/> durch Brunnen																					
	Löschwasserversorgung (Art und Entfernung zur Entnahmestelle)	vorhanden in der Straße (siehe Brandschutzkonzept)																					
	Grundstücksentwässerung	<input checked="" type="checkbox"/> durch öffentliche Sammelkanalisation <input checked="" type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> durch Kleinkläranlage <input type="checkbox"/> fertiggestellt bis zum <input type="checkbox"/> durch sonstige Anlage; Art:																					
	Sonstiges																						
4	<b>Barrierefreies Bauen</b>	<input checked="" type="checkbox"/> eingehalten bei: <input type="checkbox"/> Gebäudeklasse 3 bis 5 mit Wohnungen <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich zugänglichen baulichen Anlagen <input type="checkbox"/> unverhältnismäßiger Mehraufwand aufgrund von: <input type="checkbox"/> schwierigen Geländeverhältnissen oder <input type="checkbox"/> ungünstiger vorhandener Bebauung (Nachweis ist beigefügt)																					
5	<b>Anzahl der notwendigen Stellplätze</b> Bedarfsermittlung gegebenenfalls als Beiblatt	<table border="0"> <tr> <td>insgesamt auf dem Baugrundstück:</td> <td>in Garagen + 42</td> <td>im Freien</td> <td>=</td> <td>42</td> </tr> <tr> <td>fremden Grundstück mit Baulast:</td> <td></td> <td></td> <td>=</td> <td></td> </tr> <tr> <td>durch Ablösung</td> <td></td> <td></td> <td>=</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td><b>Summe:</b></td> <td></td> <td>42</td> </tr> </table>		insgesamt auf dem Baugrundstück:	in Garagen + 42	im Freien	=	42	fremden Grundstück mit Baulast:			=		durch Ablösung			=				<b>Summe:</b>		42
insgesamt auf dem Baugrundstück:	in Garagen + 42	im Freien	=	42																			
fremden Grundstück mit Baulast:			=																				
durch Ablösung			=																				
		<b>Summe:</b>		42																			
		davon für Menschen mit Behinderungen: 1																					
6	<b>Anzahl der Stellplätze mit Leitungsinfrastruktur für Elektromobilität</b> Bedarfsermittlung gegebenenfalls als Beiblatt	Zu errichtende Wohngebäude mit mehr als 5 Stellplätzen (§ 6 GEIG) Anzahl Stellplätze mit Leitungsinfrastruktur Zu errichtende Nichtwohngebäude mit mehr als 6 Stellplätzen (§ 7 GEIG) Anzahl Stellplätze mit Leitungsinfrastruktur Anzahl Ladepunkte <input type="checkbox"/> Dem bestehenden oder erwarteten Bedarf an Ladeinfrastruktur in einer oder mehreren Liegenschaften wird dadurch Rechnung getragen, dass die Gesamtzahl der zu errichtenden Ladepunkte zusammen in einer oder mehreren Liegenschaften errichtet wird. Eine Planung für alle betroffenen Nichtwohngebäude und Stellplätze ist zugrunde gelegt (§ 10 Absatz 2 und 3 GEIG).																					



<b>Baubeschreibung Blatt 2</b>		Bauherrschaft:		Bauantrag vom: 18.02.2025	
<b>7 Anzahl der notwendigen Fahrradstellplätze</b> Bedarfsermittlung gegebenenfalls als Beiblatt	insgesamt auf dem Baugrundstück: in Garagen + 15 im Freien = 15				
	fremden Grundstück mit Baulast: <b>Anlage zur Baugenehmigung</b> =				
	durch Ablösung =				
	Summe: 15				
davon für Menschen mit Behinderungen:					
<b>8 Schutz gegen schädliche Einflüsse</b>	vertikale und horizontale Gebäudeabdichtung gegen Feuchtigkeit				
<b>9 Angaben zur Wärmeerzeugung und zur Energiebereitstellung</b>	Gesamt -Nennwärmeleistung:				350 kW
	<input checked="" type="checkbox"/> Heizraum				
	<input type="checkbox"/> Aufstellraum				
<b>Angaben zur Brennstofflagerung</b>	<input type="checkbox"/> fester Brennstoff		<input type="checkbox"/> Heizöl		m³
	<input checked="" type="checkbox"/> Gas		<input type="checkbox"/> Flüssiggas		m³
	<input type="checkbox"/> unterirdischer Lagerbehälter		<input type="checkbox"/> Lagerraum		<input type="checkbox"/> sonstiger Raum:
<b>10 Lüftung</b>					
Lüftungsanlage für Mittel- oder Großgarage	<input type="checkbox"/> ja	Art der Anlage:			
sonstige genehmigungspflichtige Lüftungsanlage	<input checked="" type="checkbox"/> ja	Art der Anlage: Zu- und Abluft mit Wärmerückgewinnung			
	<input checked="" type="checkbox"/> Lüftungsanlage überbrückt Gebäudetrennwände oder Geschossdecken: <input type="checkbox"/> Schematische Darstellung entsprechend den Bildern der Lüftungsanlagenrichtlinie und Beschreibung der Lüftungsanlagen mit Angabe der Feuerwiderstandsdauer und Baustoffklasse der Bauteile und Lüftungsabschnitte ist beigelegt.				
<b>11 weitere Angaben, sofern wegen Ortsatzungen oder Denkmalschutz erforderlich</b>					
äußere Gestaltung	Wände Stahlkonstruktion mit Thermopaneelen, Ausführung analog zu Bestand				
	Dachflächen und Dachaufbauten Foliendächer, teilweise mit Kiesschüttung, Ausführung analog zu Bestand				
	Türen und Fenster Aluminium, Farbe anthrazit, Ausführung analog zu Bestand				
Spielplatz für Kleinkinder (Größe und Ausstattung)	-				
Befestigung, Gestaltung und Eingrünung - der Zufahrten - der Stellplätze im Freien	Asphaltflächen, teilweise mit Pflaster abgesetzt				
Gestaltung und Bepflanzung der nicht überbauten Flächen	gärtnerische Gestaltung und Pflege der Grünflächen				

<b>Baubeschreibung Blatt 3</b>	Bauherrschaft:	Bauantrag vom: 18.02.2025
<b>12</b> Sonstiges		
Die/Der Entwurfsverfassende:		Genehmigungsvermerk
Name, Vorname, Büro WFD Derwald Projektentwicklung GmbH & Co. KG		
Straße, Hausnummer Walter-Bruch-Straße 9		
PLZ, Ort 44263 Dortmund		
Datum, Unterschrift* 20.02.2025  <b>WFD DERWALD</b> GmbH Projektentwicklung 44263 Dortmund Walter-Bruch-Str.9		

\*Angesichts des Wegfalls des gesetzlichen Schriftformerfordernisses müssen die Vordrucke nicht unterschrieben werden. Die Unterschriftsfelder tragen lediglich dem Umstand Rechnung, dass vielfach der Wunsch besteht, Anträge unterschreiben zu können, auch wenn dies nicht mehr gesetzlich vorgeschrieben ist.

<b>Bauantrag / Antrag auf Vorbescheid vom 18.02.2025</b>		<b>Betriebsbeschreibung für gewerbliche Anlagen</b>													
Bauherrschaft: Hochsauerlandkreis Der Landrat		Betreibende: Hochsauerlandkreis													
Grundstück (Ort, Straße, Hausnummer) 59872 Meschede - Enste, Steinwiese 3		<b>Anlage zur Baugenehmigung</b>													
<b>1</b>	<b>Art des Betriebes oder der Anlage</b>	Zentrum für Feuerschutz und Rettungswesen im Hochsauerlandkreis													
	<b>Erzeugnisse</b>	-													
	<b>Dienstleistung</b>	Rettungseinsätze													
	<b>Rohstoffe, Materialien, Betriebsstoffe, Reststoffe, Waren</b>	-													
<b>2</b>	<b>Betriebszeit</b>	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <th colspan="2">an Werktagen</th> <th colspan="2">an Sonn- und Feiertagen</th> </tr> <tr> <td>von</td> <td>bis</td> <td>von</td> <td>bis</td> </tr> <tr> <td>0</td> <td>24</td> <td>0</td> <td>24</td> </tr> </table>		an Werktagen		an Sonn- und Feiertagen		von	bis	von	bis	0	24	0	24
an Werktagen		an Sonn- und Feiertagen													
von	bis	von	bis												
0	24	0	24												
<b>3</b>	<b>Gesamtbeschäftigte am Betriebsort</b>														
<b>4</b>	<b>Immissionsschutz</b>														
<b>4.1</b>	<b>Luftverunreinigung</b> (z. B. durch Rauch, Ruß, Staub, Gase, Aerosole, Dämpfe, Geruchsstoffe) <b>Art der Verunreinigung</b>	-													
	<b>Lage der Emissionsöffnungen</b> (Grundriss- und Höhenangaben)	-													
	<b>Maßnahmen zur Vermeidung schädlicher Luftverunreinigungen</b>	-													
<b>4.2</b>	<b>Geräusche</b> (z.B. durch Anlagen, Tätigkeiten, Fahrzeugverkehr auf dem Grundstück) <b>Ursache, Dauer, Häufigkeit</b>	ELA Analage (Durchsagen) tagsüber innen und außen, nachts nur innen  Tageszeit von - bis 7:00 - 22:00	Nachtzeit (22.00 – 6.00) von - bis 22:00 - 7:00												
	<b>Lage der Geräuschquellen</b> (Austrittsöffnungen, ggf. Richtungsangaben)	Außenlautspr. (Hinterhof, Haupteingang, Parkplatz), Innenlautspr. (Flure, Räume)													
	<b>Maßnahmen zur Vermeidung schädlicher Geräusche</b>	Zeitsteuerung und Lautstärkeregelung													
<b>4.3</b>	<b>Erschütterungen, mechanische Schwingungen</b>	Tageszeit von – bis	Nachtzeit (22.00 – 6.00) von - bis												
	<b>Art, Ursache, Dauer und Häufigkeit</b>														
	<b>Lage der Erschütterungs- oder Schwingungsquellen</b>														
	<b>Maßnahmen zur Vermeidung schädlicher Erschütterungen oder Schwingungen</b>														

4.4	<b>Abfallstoffe</b> Art, Menge pro Zeiteinheit			
	<b>Zwischenlagerung</b> Art, Ort und Menge			
	<b>Art der Beseitigung</b>			
4.5	<b>Besonders zu behandelnde Abwässer</b> Art, Menge pro Zeiteinheit			
	<b>Art und Ort der Behandlung</b>			
	<b>Verbleib der Rückstände</b>			
5	<b>Verfahren nach anderen Rechtsvorschriften</b> (z.B. Genehmigung, Erlaubnis, Eignungsfeststellung nach Wasser-, Gewerbe-, Immissionsschutzrecht) <b>Art des Verfahrens, Gegenstand, Antragsdatum</b>			
		Bescheid(e) vom	durch	Aktenzeichen
	(Ergänzung zu Nummer 5 des Bauantrags)			
Die/Der Entwurfsverfassende:		Genehmigungsvermerk		
Name, Vorname, Büro WFD Derwald Projektentwicklung GmbH & Co. KG				
Straße, Hausnummer Walter-Bruch-Straße 9				
PLZ, Ort 44263 Dortmund				
Datum, Unterschrift*      20.02.2025 <b>WFD DERWALD</b> GmbH Projektentwicklung 44263 Dortmund, Walter-Bruch-Str.9				

\*Angesichts des Wegfalls des gesetzlichen Schriftformerfordernisses müssen die Vordrucke nicht unterschrieben werden. Die Unterschriftsfelder tragen lediglich dem Umstand Rechnung, dass vielfach der Wunsch besteht, Anträge unterschreiben zu können, auch wenn dies nicht mehr gesetzlich vorgeschrieben ist.

Hinweis: Der Wegfall des gesetzlichen Schriftformerfordernisses entbindet nicht von der notwendigen Bauvorlageberechtigung gemäß § 67 BauO NRW.



**Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes  
sowie Veränderung der Stellplatzanlagen**  
am Zentrum für Feuerschutz und Rettungswesen HSK

Bauherrin/Bauherr

Hochsauerlandkreis Der Landrat, Steinstraße 27, 59872 Meschede

Grundstück (Ort, Straße)

59872 Meschede - Enste, Steinwiese 3

Gemarkung(en) Flur(en) Flurstück(e)

Meschede Land, Flur 002, Flurstück 667

## **6. Bauzeichnungen**

- 1) BA-100 Grundriss Untergeschoss Erweiterung Fahrzeughalle
- 2) BA-101 Schnitt Erweiterung Fahrzeughalle
- 3) BA-102 Ansicht Ost Erweiterung Fahrzeughalle
- 4) BA-103 Ansicht West Erweiterung Fahrzeughalle
- 5) BA-104 Ansicht Süd Erweiterung Fahrzeughalle
- 6) BA-200 Grundriss Neubau Unterstand
- 7) BA-201 Ansichten und Schnitt Neubau Unterstand
- 8) V-100 Lageplan mit Erweiterung
- 9) V-101 Lageplan mit Abstandsflächen
- 10) V-102 Lageplan mit Baustelleneinrichtung

Dortmund, 20.02.2025

# Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie Veränderung der Stellplatzanlagen am Zentrum für Feuerschutz und Rettungswesen HSK

Bauherrin/Bauherr

Hochsauerlandkreis Der Landrat, Steinstraße 27, 59872 Meschede

Grundstück (Ort, Straße)

59872 Meschede - Enste, Steinwiese 3

Anlage zur Baugenehmigung

Gemarkung(en) Flur(en) Flurstück(e)

Meschede Land, Flur 002, Flurstück 667

## 6.0 Flächenaufstellung

### Gebäude

Bestand		= 2.751,42 m <sup>2</sup>
Erweiterung Halle	= 35,10 m x 11,30 m	= 396,63 m <sup>2</sup>
Neubau Unterstand	= 18,92 m x 8,20 m	= 155,14 m <sup>2</sup>
<b>Summe</b>		<b>= 3.303,19 m<sup>2</sup></b>

### Befestigte Fläche

Bestand		= 5.632,61 m <sup>2</sup>
- Halle		= -396,63 m <sup>2</sup>
- Unterstand (anteilig)		= -70,82 m <sup>2</sup>
+ Umfahrt (nach cad)		= 415,76 m <sup>2</sup>
+ Stellplätze (nach cad)		= 387,55 m <sup>2</sup>
<b>Summe</b>		<b>= 5968,47 m<sup>2</sup></b>

## 6.1 Berechnung Grundflächenzahl (GRZ)

Anlage zur Baugenehmigung

Grundstücksfläche nach cad = 12.990,49 m<sup>2</sup>

Überbaute Fläche (Gebäude) nach cad = 3.303,19 m<sup>2</sup>

Befestigte Fläche nach cad = 5.968,47 m<sup>2</sup>

Grünfläche nach cad = 3.718,83 m<sup>2</sup>

**GRZ I** = 3.303,19 m<sup>2</sup> / 12.990,49 m<sup>2</sup> = 0,25 < 0,80

**GRZ II** = (3.303,19 m<sup>2</sup> + 5.968,47 m<sup>2</sup>) / 12.990,49 = 0,71 < 0,80

## 6.2 Berechnung umbauter Raum (BRI)

Bestand (gem. Baugenehmigung vom 05.08.2014) = 23.191,73 m<sup>3</sup>

Erweiterung Halle = 35,10 m x 11,30 m x 6,70 m = 2.657,42 m<sup>3</sup>

Neubau Unterstand = 18,92 m x 8,10 m x 4,55 m = 697,30 m<sup>3</sup>

**Summe** = 26.546,45 m<sup>3</sup>

## 6.3 Berechnung Baumassenzahl (BMZ)

Grundstücksfläche = 12.990 m<sup>2</sup>

zulässige BMZ gem. Bebauungsplan = 12

**BMZ vorhanden** = 26.546 m<sup>3</sup> / 12.990 m<sup>2</sup> = 2,04 m < 12

Dortmund, 20.02.2025

**WFD DERWALD** GmbH  
Projektentwicklung  
44263 Dortmund, Walter-Bruch-Str.9



**Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes  
sowie Veränderung der Stellplatzanlagen**  
am Zentrum für Feuerschutz und Rettungswesen HSK

Anlage zur Baugenehmigung

Bauherrin/Bauherr

Hochsauerlandkreis Der Landrat, Steinstraße 27, 59872 Meschede

Grundstück (Ort, Straße)

59872 Meschede - Enste, Steinwiese 3

Gemarkung(en) Flur(en) Flurstück(e)

Meschede Land, Flur 002, Flurstück 667

### **8.1 Ermittlung der notwendigen PKW - Stellplätze**

Gemäß Genehmigung vom 05.8.2014 stehen auf dem Grundstück 42 PKW-Pflichtstellplätze und 10 Stellplätze für Einsatzfahrzeuge in der Fahrzeughalle zur Verfügung (s. Anlage 2 Stellplatznachweis)

**Die Umbaumaßnahme selbst löst keinen neuen Bedarf aus, weil sich nichts an den personenbezogenen Flächen im Gebäude ändert.**

Nach der Erweiterungs- und Neubaumaßnahme stehen auch weiterhin die **42 PKW-Pflichtstellplätze** auf dem Grundstück zur Verfügung.

Die folgenden zusätzlichen Stellplätze und Abstellmöglichkeiten sind **keine Pflichtstellplätze**:

Für Einsatzfahrzeuge erhöht sich die Anzahl der Stellplätze um 4 auf insgesamt 14. Zusätzlich befinden sich in dem geplanten Unterstand 6 Abstellplätze für Container. Weiterhin sind auf dem Grundstück 17 PKW-Stellplätze geplant.

### **8.2 Ermittlung der notwendigen Fahrrad - Stellplätze**

Für die Fahrradstellplätze hat sich die Berechnungsgrundlage ebenfalls nicht geändert. Auf dem Grundstück stehen 15 Fahrradstellplätze zur Verfügung.

Dortmund, 20.02.2025

**WFD DERWALD** GmbH  
Projektentwicklung  
44263 Dortmund, Walter-Bruch-Str.9



Bauherrin/Bauherr

Hochsauerlandkreis Der Landrat, Steinstraße 27, 59872 Meschede

Anlage zur Baugenehmigung

Grundstück (Ort, Straße, Haus-Nr.)

Meschede-Enste, Steinwiese

Gemarkung(en)

Meschede-Land

Flur(en)

1

Flurstück(e)

667

# Stellplatzermittlung

Vorbemerkung: Bei dem Kreisfeuerwehrzentrum sind einige Nutzungen nicht nach den Richtzahlen für den Stellplatzbedarf zu ermitteln. Aus diesem Grund haben wir in der beiliegenden Flächenaufstellung die notwendigen Stellplätze über die Nutzungseinheiten hinweg mit einem fiktiven m<sup>2</sup> Schlüssel plausibilisiert. Dabei ist berücksichtigt, dass der gesamte Bereich der Schulung außerhalb der normalen Verwaltungszeiten stattfindet und dass hier ebenfalls pro Schulungsteilnehmer eine erheblich große Fläche für Umkleiden, Pausen, Aufrüsten, unterschiedlichste Übungen, etc. vorgehalten wird.

Die Fläche der Fahrzeughalle produziert keinen PKW - Fahrverkehr, sondern ist "Unterstand" für im nachrückenden Einsatz befindliche Fahrzeuge. Diese werden mit dem vorhanden Personal aus der Leitstelle besetzt.

In der nachfolgenden Ermittlung sind die insgesamt 57 + 10 SP über die Richtzahlen für den Stellplatzbedarf sowie der Mitarbeiteranzahl verifiziert worden, wobei differenziert wird, daß die unter 8.4. genannten Schulungen außerhalb der Arbeitszeiten der Abteilungen 2.1. und 9.1. liegen (Schulungen Abends und am Wochenende). Durch die mögliche Doppelbelegung reduzieren sich die Pflichtstellplätze.

0.0 Leitstelle Schichtüberschneidend 12 MA	= 12 SP
2.1 Allgemeinräume und Verwaltung 447 m <sup>2</sup> /30 m <sup>2</sup> pro SP	= 15 SP
8.4 Schulen, Hochschulen 1 SP je 3 Studierende von 60	= 20 SP
9.1 Handwerksbetriebe -Schirrmeisterei 480 m <sup>2</sup> /50 m <sup>2</sup>	= 10 SP
PKW Stellplätze ges.	57 SP
Besucher	5 SP

Stellplatzbedarf außerhalb der Dienstzeiten 2.1 und 9.1

8.4 Schulen, Hochschulen 1 SP je 3 Studierende von 60	= -20 SP
Pflichtstellplätze	42 SP
Fahrzeughalle FW	10 SP

Die Stellplatzanlage vor dem Betriebsgebäude weist 42 Stellplätze aus. In der Fahrzeughalle befinden sich 10 Sp, so dass die Pflichtstellplätze auf dem Baugrundstück untergebracht sind. Bei den 21 südlich angeordneten Stellplätzen handelt es sich somit nicht um Pflichtstellplätze.

Dortmund, den 27.6.2014

Prof. Dr. Ingrid B. GMBH  
44145 Dortmund - Burgweg 26

Geprüft!

02. JUL. 2014

Siedl Meschede

*[Handwritten signature]*

## **Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie Veränderung der Stellplatzanlagen**

am Zentrum für Feuerschutz und Rettungswesen HSK

Bauherrin/Bauherr

Hochsauerlandkreis Der Landrat, Steinstraße 27, 59872 Meschede

Grundstück (Ort, Straße)

59872 Meschede - Enste, Steinwiese 3

Gemarkung(en) Flur(en) Flurstück(e)

Meschede Land, Flur 002, Flurstück 667

### **9. Berechnung der Herstellungssumme nach Punkt 7.3 Bauantragsformular**

#### **Bruttorauminhalte**

Erweiterung Fahrzeughalle = 2.657 m<sup>3</sup>

Neubau Unterstand = 697 m<sup>3</sup>

#### **Baukosten Rohbauwerte**

Erweiterung Fahrzeughalle = Hallenbau Bauart mittel = 71 € / m<sup>3</sup>

Neubau Unterstand = Hallenbau Bauart leicht = 62 € / m<sup>3</sup>

#### **Berechnung**

$$(2.657 \text{ m}^3 \times 71 \text{ € / m}^3) + (697 \text{ m}^3 \times 62 \text{ € / m}^3) = 231.861,- \text{ €}$$

Die geschätzten Kosten für den Erweiterungsbau der Fahrzeughalle und den Neubau des Unterstandes belaufen sich auf: **231.861,-€.**

Dortmund, 20.02.2025

**WFD DERWALD** GmbH  
Projektentwicklung  
44263 Dortmund Walter-Bruch-Str.9





## Statistik der Baugenehmigungen

Bitte lesen Sie vor dem Ausfüllen die dazugehörigen Erläuterungen.

**10759592**

Identifikationsnummer

Bauscheinnummer/Aktenzeichen

### 1 Allgemeine Angaben **1** (Blockschrift)

#### Bauherr/Bauherrin

Name/Firma: Hochsauerlandkreis

der Landrat

Anschrift: Steinstraße 27

59872 Meschede

#### Anschrift des Baugrundstücks

Straße, Nummer: Steinwiese 3

Postleitzahl, Ort: 59872 Meschede

#### Lage des Baugrundstücks

Gemeinde: Meschede

Gemeindeteil: Enste

Datum der Baugenehmigung bzw. Genehmigungsfreistellung .....                
Monat Jahr

### 2 Art der Bautätigkeit **2**

**Nur Neubau** Errichtung eines neuen Gebäudes – überwiegend

in konventioneller Bauart ..... 1 ☐

im Fertigteilbau (auch serielles/modulares Bauen) ..... 2 ☐

Baumaßnahme an bestehendem Gebäude ..... 3 ☒

#### Bei Baumaßnahme an bestehendem Gebäude

Ändert sich der Nutzungsschwerpunkt des Gebäudes zwischen Wohnbau und Nichtwohnbau? Ja Nein  
1 ☐ 2 ☒

Falls „Ja“, bitte frühere Nutzung angeben:

Wurde ein Abgangsbogen ausgestellt? Ja Nein  
1 ☐ 2 ☒

#### Bei Wiederaufbau, Ersatzbau, Wiederherstellung

In welchem Jahr wurde das Gebäude (Gebäudeteil) abgebrochen, zerstört o. Ä.? .....         
Ja Nein

Wurde ein Abgangsbogen ausgestellt? 1 ☐ 2 ☐

**BG**

Füllen Sie den Fragebogen aus bei ...

- ... Neubau (für jedes Gebäude 1 Erhebungsbogen).
- ... Baumaßnahmen an einem bestehenden Gebäude.
- ... Änderung des Nutzungsschwerpunkts zwischen Wohnbau und Nichtwohnbau (bitte zusätzlich einen Abgangsbogen ausfüllen).

Information und Technik  
Nordrhein-Westfalen  
Statistisches Landesamt

S2 \* Bautätigkeit  
Auf der Schulbreite 4  
33098 Paderborn  
Telefon: 0211 9449 - 4664  
E-Mail: bautaetigkeit@it.nrw.de

**Kenntnisgabe, Anzeige bzw. Genehmigungsfreistellung entspricht jeweiligem Landesrecht** ... Ja Nein  
1 ☐ 2 ☐

Sonstige landesrechtliche Angaben

Ansprechperson für Rückfragen (freiwillige Angabe)

Dipl.-Ing. (Arch.) Thomas Pape

Name (z. B. Architekt/-in, Planverfasser/-in)

0231-84072-152 t.pape@derwald.de

Telefon und/oder E-Mail

### 3 Angaben zum Gebäude **3**

#### Bauherr

Öffentlicher Bauherr .. 1 ☒ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung

#### Unternehmen

Wohnungsunternehmen ..... 2 ☐

Immobilienfonds ..... 3 ☐

Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei ..... 4 ☐

Produzierendes Gewerbe ..... 5 ☐

Privater Haushalt ..... 7 ☐

Organisation ohne Erwerbszweck ..... 8 ☐

#### Wohngebäude (ohne Wohnheim)

(auch Ferienhaus privat vom Eigentümer genutzt)

ohne Eigentumswohnungen ..... 1 ☐

mit Eigentumswohnungen ..... 2 ☐

Wohnheim ..... 3 ☐

Nichtwohngebäude – Bitte Nutzungsart angeben:

Zentrum für Feuerschutz und Rettungswesen HSK

(z. B. Bankgebäude, Werkhalle, Ferienhaus zur gewerblichen Nutzung, Schule)

#### Haustyp des Wohngebäudes

Einzelhaus ..... 1 ☐ Gereihtes Haus ..... 3 ☐

Doppelhaushälfte ..... 2 ☐ Sonstiger Haustyp ..... 4 ☐

#### Überwiegend verwendeter Baustoff/Tragkonstruktion

Ziegel ..... 1 ☐ Stahl ..... 5 ☒

Kalksandstein ..... 2 ☐ Stahlbeton ..... 6 ☐

Porenbeton ..... 3 ☐ Holz ..... 7 ☐

Leichtbeton/Bims ..... 4 ☐ Sonstiges ..... 8 ☐

#### Vorwiegende Art der Beheizung

Fernheizung ..... 1 ☐ Etagenheizung ..... 4 ☐

Blockheizung ..... 2 ☐ Einzelraumheizung ..... 5 ☐

Zentralheizung ..... 3 ☐ Keine Heizung ..... 6 ☒

Bei allen Baumaßnahmen

Nur bei Errichtung eines neuen Gebäudes



## noch: 3 Angaben zum Gebäude

Verwendete Energie (Bitte jeweils eine Position ankreuzen.)

Heizung	Primär	Sekundär	Warmwasserbereitung	Primär	Sekundär
Keine .....	00 <input type="checkbox"/>	00 <input type="checkbox"/>	Keine .....	00 <input type="checkbox"/>	00 <input type="checkbox"/>
Öl .....	02 <input type="checkbox"/>	13 <input type="checkbox"/>	Öl .....	02 <input type="checkbox"/>	13 <input type="checkbox"/>
Gas .....	03 <input type="checkbox"/>	14 <input type="checkbox"/>	Gas .....	03 <input type="checkbox"/>	14 <input type="checkbox"/>
Strom .....	04 <input type="checkbox"/>	15 <input type="checkbox"/>	Strom .....	04 <input type="checkbox"/>	15 <input type="checkbox"/>
Fernwärme/ Fernkälte .....	05 <input type="checkbox"/>	16 <input type="checkbox"/>	Fernwärme/ Fernkälte .....	05 <input type="checkbox"/>	16 <input type="checkbox"/>
Geothermie .....	06 <input type="checkbox"/>	17 <input type="checkbox"/>	Geothermie .....	06 <input type="checkbox"/>	17 <input type="checkbox"/>
Umweltthermie (Luft/Wasser) ..	07 <input type="checkbox"/>	18 <input type="checkbox"/>	Umweltthermie (Luft/Wasser) ..	07 <input type="checkbox"/>	18 <input type="checkbox"/>
Solarthermie ....	08 <input type="checkbox"/>	19 <input type="checkbox"/>	Solarthermie ....	08 <input type="checkbox"/>	19 <input type="checkbox"/>
Holz .....	09 <input type="checkbox"/>	20 <input type="checkbox"/>	Holz .....	09 <input type="checkbox"/>	20 <input type="checkbox"/>
Biogas/ Biomethan .....	10 <input type="checkbox"/>	21 <input type="checkbox"/>	Biogas/ Biomethan .....	10 <input type="checkbox"/>	21 <input type="checkbox"/>
Sonst. Biomasse .....	11 <input type="checkbox"/>	22 <input type="checkbox"/>	Sonst. Biomasse .....	11 <input type="checkbox"/>	22 <input type="checkbox"/>
Sonst. Energie ..	12 <input type="checkbox"/>	23 <input type="checkbox"/>	Sonst. Energie ..	12 <input type="checkbox"/>	23 <input type="checkbox"/>

Falls „Sonstige Energie für Heizung“, bitte hier erläutern:

Falls „Sonstige Energie für Warmwasserbereitung“, bitte hier erläutern:

## Einsatz von Lüftungs- und Kühlungsanlagen

## Anlagen zur Lüftung

mit Wärmerückgewinnung .....	1 <input type="checkbox"/>
ohne Wärmerückgewinnung .....	2 <input type="checkbox"/>
keine Nutzung .....	3 <input type="checkbox"/>

## Anlagen zur Kühlung

elektrisch .....	1 <input type="checkbox"/>
thermisch .....	2 <input type="checkbox"/>
keine Nutzung .....	3 <input type="checkbox"/>

## Art der Erfüllung des GEG

Mehrfachnennungen möglich.

## Erneuerbare Energie (§ 71 ff.)

Holz, Bioöl, Biogas, Biomethan .....	01 <input type="checkbox"/>
Sonstige (z. B. Wärmepumpe, Umwelt-, Geo-, Solarthermie) .....	02 <input type="checkbox"/>
Kraft-Wärme-Kopplung (§ 71) .....	04 <input type="checkbox"/>
Wärmerückgewinnung (§ 68) .....	05 <input type="checkbox"/>
Sonstige Abwärme (§ 71) .....	06 <input type="checkbox"/>
Fernwärme (§ 71) ....	08 <input type="checkbox"/>
Gemeinschaftliche Wärmeversorgung (§ 107) z. B. Quartierslösung .....	09 <input type="checkbox"/>
Befrelung (§ 102) .....	11 <input type="checkbox"/>
Sonstiges .....	12 <input type="checkbox"/>

Falls „Sonstiges“, bitte hier erläutern:

## 4 Größe des Bauvorhabens 4

Werte ohne Kommastellen angeben.

Rauminhalt – Brutto in m³ (DIN 277) 01  3355Anzahl der Vollgeschosse (laut LBO) 02  1

neuer Zustand in vollen m²	alter Zustand in vollen m²
03 <input type="text"/> 5203	05 <input type="text"/> 4682
04 <input type="text"/> 0	06 <input type="text"/> 0

## Nutzfläche

(DIN 277; ohne Wohnfläche)

## Wohnfläche

(WoFIV) der Wohnungen

Anzahl der Wohnungen mit  
(Räume, einschließl. Küchen)

	neuer Zustand	alter Zustand
1 Raum .....	07 <input type="text"/>	15 <input type="text"/>
2 Räumen .....	08 <input type="text"/>	16 <input type="text"/>
3 Räumen .....	09 <input type="text"/>	17 <input type="text"/>
4 Räumen .....	10 <input type="text"/>	18 <input type="text"/>
5 Räumen .....	11 <input type="text"/>	19 <input type="text"/>
6 Räumen .....	12 <input type="text"/>	20 <input type="text"/>
7 Räumen oder mehr .....	13 <input type="text"/>	21 <input type="text"/>
Anzahl der Räume in Wohnungen mit 7 oder mehr Räumen .....	14 <input type="text"/>	22 <input type="text"/>

## 5 Veranschlagte Kosten des Bauwerks 5

bzw. der Baumaßnahme (Kostengruppe 300, 400 DIN 276)

Kosten in 1000 Euro (einschließlich MwSt) 23  75024  Straßenschlüssel

Nur bei Errichtung eines neuen Gebäudes

Nur Neubau

Bei allen Baumaßnahmen – bei Neubau ist nur der neue Zustand auszufüllen



## Statistik der Baufertigstellungen

Bitte lesen Sie vor dem Ausfüllen die dazugehörigen Erläuterungen.

BF

**10759592**

Identifikationsnummer

Bauscheinnummer/Aktenzeichen

### 1 Allgemeine Angaben **I** (Blockschrift)

#### Bauherr/Bauherrin

Name/Firma:

Hochsauerlandkreis

der Landrat

Anschrift:

Steinstraße 27

59872 Meschede

#### Anschrift des Baugrundstücks

Straße,

Steinwiese 3

Nummer:

Postleitzahl,

59872 Meschede

Ort:

#### Lage des Baugrundstücks

Gemeinde:

Meschede

Gemeindeteil:

Enste

#### Datum der Baugenehmigung

bzw. Genehmigungsfreistellung

Monat

Jahr

Datum der

Bezugsfertigstellung

Monat

Jahr

Haben sich seit Einreichung des

Erhebungsbogens für Baugenehmigung

Änderungen ergeben?

1

☐

Ja

Nein

2 ☐

Falls „Ja“, geben Sie die Änderungen an:

Füllen Sie den Fragebogen aus bei ...

... Neubau (für jedes Gebäude

1 Erhebungsbogen).

... Baumaßnahmen an einem

bestehenden Gebäude.

... Änderung des Nutzungsschwer-

punkts zwischen Wohnbau und

Nichtwohnbau (bitte zusätzlich

einen Abgangsbogen ausfüllen).

Information und Technik

Nordrhein-Westfalen

Statistisches Landesamt

S2 \* Bautätigkeit

Auf der Schulbreite 4

33098 Paderborn

Sie erreichen uns über

Telefon: 0211 9449 - 4664

Telefax: 0211 9449 - 4658

E-Mail: [bautatigkeit@it.nrw.de](mailto:bautatigkeit@it.nrw.de)

#### Ansprechpartner/-in für Rückfragen (freiwillige Angabe)

Dipl.-Ing. (Arch.) Thomas Pape

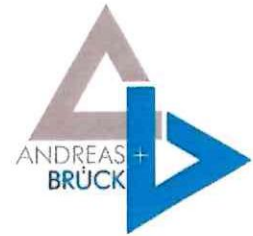
Name (z. B. Architekt/-in, Planverfasser/-in)

0231-84072-152 [t.pape@derwald.de](mailto:t.pape@derwald.de)

Telefon und/oder E-Mail

An die Gemeinde	Eingangsstempel der Gemeinde	An die untere Bauaufsichtsbehörde Stadt Meschede Technisches Rathaus Fachbereich 61 Planung und Bauordnung Sophienweg 3	Eingangsstempel der Bauaufsichtsbehörde
PLZ, Ort	PLZ, Ort 59872 Meschede		
Aktenzeichen	Aktzeichen		
<b>Antrag auf Abweichung, Ausnahme und Befreiung § 69 BauO NRW 2018</b>		<b>Verfahrensfreie Bauvorhaben § 62 BauO NRW 2018</b>	
<b>Bauherrschaft (§ 53 BauO NRW 2018)</b>			
Name, Vorname, Firma HOCHSAUERLANDKREIS DER LANDRAT			
Straße, Hausnummer Steinstraße 27			
PLZ, Ort 59872 Meschede			
vertreten durch: (§ 53 Absatz 3 BauO NRW 2018) Name, Vorname, Anschrift Frau Elisabeth Lichter (Gebäudemanagement) Steinstraße 27 59872 Meschede			
Telefon (mit Vorwahl) 0291 / 94 - 1552		Telefax -	
E-Mail elisabeth.lichter@hochsauerlandkreis.de			
<b>Bezeichnung des Vorhabens</b> Erweiterung der Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes Zentrum für Feuerschutz und Rettungswesen HSK			
<input type="checkbox"/> Abweichung <input checked="" type="checkbox"/> Befreiung <input type="checkbox"/> Ausnahme			
<b>Begründung mit Angabe der Vorschrift, von der eine Abweichung, Befreiung oder Ausnahme erteilt werden soll</b> Es wird die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr.116 "Gewerbegebiet Enste-Nord", hier die Überschreitung der südlichen Baugrenze, beantragt. In dem Fahrzeughallenanbau für das ZFR sollen von jeder Gebäudeseite zwei Feuerwehrfahrzeuge untergebracht werden. Die Mindest-Stellplatzbreiten für die Fahrzeuge ergeben das notwendige Hallenmaß, wodurch die Baugrenze maximal um ca.1,50 m überschritten würde. Die Baugrenzen wurden im B-Plan wg. des vorgeschriebenen 40 Meter Abstands zu BAB festgelegt. Auf Grund der bedeutenden hoheitlichen Aufgaben des ZFRs für die Allgemeinheit hat das Fernstraßen-Bundesamt gem. beiliegenden Bescheid vom 21.3.2023 eine Ausnahme für die Überschreitung in Aussicht gestellt. Durch die Überschreitung der südlichen Baugrenze ist das Wohl der Allgemeinheit nicht gefährdet. Es wird keine zusätzliche Beleuchtung in Richtung Autobahn geben.			
<b>Baugrundstück</b> Ort, Straße, Hausnummer, gegebenenfalls Ortsteil 59872 Meschede - Enste, Steinwiese 3			
Gemarkung(en) 051520 Meschede Land	Flur(e) 002	Flurstück(e) 667	
Ort, Datum Dortmund, 18.02.2025			
Für die Bauherrschaft:  <div style="text-align: right;"> <b>WFD DERWALD GmbH</b>  <b>Projektentwicklung</b>  44263 Dortmund, Walter-Bruch-Str.9 </div>			
Unterschrift*			

\*Angesichts des Wegfalls des gesetzlichen Schriftformerfordernisses müssen die Vordrucke nicht unterschrieben werden. Die Unterschriftsfelder tragen lediglich dem Umstand Rechnung, dass vielfach der Wunsch besteht, Anträge unterschreiben zu können, auch wenn dies nicht mehr gesetzlich vorgeschrieben ist.



WE KNOW HOW.

# BRANDSCHUTZKONZEPT

- Projekt:** Nr. 24-168  
Zentrum für Feuerschutz und Rettungswesen des HSK  
Hier: Erweiterung Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie  
Veränderung der Stellplatzanlagen  
Steinwiese 3  
59872 Meschede-Enste  
Anlage zur Baugenehmigung
- Bauherr:** HOCHSAUERLANDKREIS  
DER LANDRAT  
Steinstraße 27  
59872 Meschede
- Architekt:** WFD DERWALD Projektentwicklung GmbH & Co. KG  
Walter-Bruch-Str. 9  
44263 Dortmund
- Stand:** 1. Gesamtfortschreibung vom 20.02.2025  
ehemalige Projekt-Nr.: 14-004



## **Inhaltverzeichnis**

1	Vorbemerkungen	3
2	Schutzziel und Anwendungsbereich	5
3	Unterlagen	6
4	Orts- und Abstimmungstermine	7
5	Gesetzliche Bestimmungen	8
6	Abkürzungen	9
7	Allgemein zu Bauteilen gilt	9
8	Brandschutztechnische Angaben	10
8.1	Zu- und Durchfahrten und Flächen für die Feuerwehr	10
8.2	Löschwasserversorgung	10
8.3	Löschwasserrückhaltung	11
8.4	System der äußeren und inneren Abschottung	11
8.4.1	Tragende Konstruktion	11
8.4.2	Dämmungen / Bekleidungen und Oberflächen von Außenwänden	11
8.4.3	Trennwände	12
8.4.4	Gebäudeabschlusswände	12
8.4.5	Gebäudetrennwände	13
8.4.6	Decken	13
8.4.7	Dächer	13
8.4.8	Tragende Teile notwendiger Treppen / Treppenräume	14
8.4.9	Notwendige Flure	15
8.4.10	Aufzüge	15
8.5	Rettungswege, Sicherheitskennzeichnung	16
8.5.1	Rettungswege	16
8.5.2	Rettungswegauflängen	17
8.5.3	Zu Fluchttüren	17
8.5.4	Sicherheitskennzeichnung / Sicherheitsbeleuchtung	17
8.6	Höchstzulässige Zahl der Nutzer der baulichen Anlage	18
8.7	Haustechnische Anlagen	19
8.7.1	Allgemeine Anforderungen	19
8.7.2	Tragkonstruktion von haustechnischen Anlagen	19
8.7.3	Abnahmen von Prüfsachverständigen gemäß PrüfVO NRW	19
8.7.4	ELA-Anlage	19
8.7.5	Blitzschutzanlage	20
8.7.6	Gebäudefunk	20
8.7.7	Motorvorwärmung	20
8.7.8	Heizung	20

Anlage zur Baugenehmigung

8.8	Lüftungsanlagen	20
8.9	Rauch- und Wärmeabzugsanlagen	21
8.9.1	Rauchableitung Treppenträume	21
8.9.2	Rauchableitung Großgarage	21
8.9.3	Rauchableitung Aufzug	22
8.10	Alarmierungseinrichtungen	22
8.11	Geräte zur Brandbekämpfung	22
8.12	Sicherheits- bzw. Ersatzstromversorgung	23
8.13	Hydrantenpläne	23
8.14	Brandmeldeanlage	23
8.15	Feuerwehrplan, Flucht- und Rettungswegpläne	24
8.16	Betriebliche Maßnahmen	24
8.17	Abweichungen / Erleichterungen	25
8.18	Rechenverfahren zur Ermittlung der Brandschutzklasse	26
9	Zusammenfassung / Schlussbemerkung	26
10	Hinweise zu Brandschutzmaßnahmen während der Bauzeit	26
11	Technische Prüfverordnung	26
12	Anlagen	27

Anlage zur Baugenehmigung

## 1 Vorbemerkungen

Der Hochsauerlandkreis plant den Neubau eines Kreisfeuerwehrzentrums in 59872 Meschede-Enste, Steinwiese im Gewerbegebiet Enste-Nord.



Abbildung 1: Visualisierung / Vogelperspektive (aus altem Brandschutzkonzept Proj.-Nr. 14-004)



Das Kreisfeuerwehrezentrum besteht aus einem mehrgeschossigen Gebäudelängsriegel mit einer maximalen Gebäudeausdehnung von 65,08 m im 2. Obergeschoss bis 89,49 m im Untergeschoss und einer als eigenständiger Brandabschnitt abgetrennten Fahrzeughalle.

Bei dem mehrgeschossigen Gebäude wurden die folgenden Bereiche geplant:

- im 2. Obergeschoss:
  - o Kreisleitstelle mit Büro- und Verwaltungsräumen
  - o Ruheraumbereich mit Sozial- und Aufenthaltsräumen
- im 1. Obergeschoss:
  - o Technikbereich, zugehörig zur Leitstelle mit Zentrallager
  - o Multifunktionsbereich mit zwei durch eine Faltwand abtrennbaren Multifunktionsräumen
  - o Ausbildungsbereich mit vier Schlafräumen für Azubis
- im Erdgeschoss:
  - o Büro- und Verwaltungsbereich
  - o Cafeteria
  - o baulich abgesetztes Übungszimmer
- im Untergeschoss:
  - o Büro Schirrmeister mit Nebenräumen
  - o Fitness- und Atemschutzübungsraum
  - o Umkleide- und Technikräume
  - o Übungswohnung + Raum LS / Redundanz
  - o Fahrzeughalle mit Werkstatt und Waschhalle.

Anlage zur Baugenehmigung

*Eine 1. Gesamtfortschreibung des Brandschutzkonzeptes zu dem oben beschriebenen Bauvorhaben wird aufgrund der Erweiterung der Fahrzeughalle sowie dem Neubau eines baulich abgesetzten Unterstandes erforderlich. Da die Fahrzeughalle vom Gebäudelängsriegel durch eine Brandwand abgetrennt ist, wird keine neue Betrachtung des Gebäudelängsriegels erforderlich.*

*Die bestehende Fahrzeughalle wird südlich über die gesamte vorhandene Breite auf einer Länge von ca. 11 m erweitert, so dass insgesamt vier neue Stellplätze entstehen. Die Erweiterung bemisst sich in Summe auf ca. 375 m<sup>2</sup>.*

*Bei dem neuen Unterstand handelt es sich um einen stirnseitig offenen Carport, welcher zusätzliche Stellplätze für die Fahrzeuge bietet. Der Unterstand besitzt maximale Abmessungen von ca. 18,24 x 8,00 m bei einer daraus resultierenden Grundfläche von ca. 146 m<sup>2</sup> und wird westlich des Verwaltungsgebäudes im Außenbereich des Kreisfeuerwehrezentrums errichtet.*



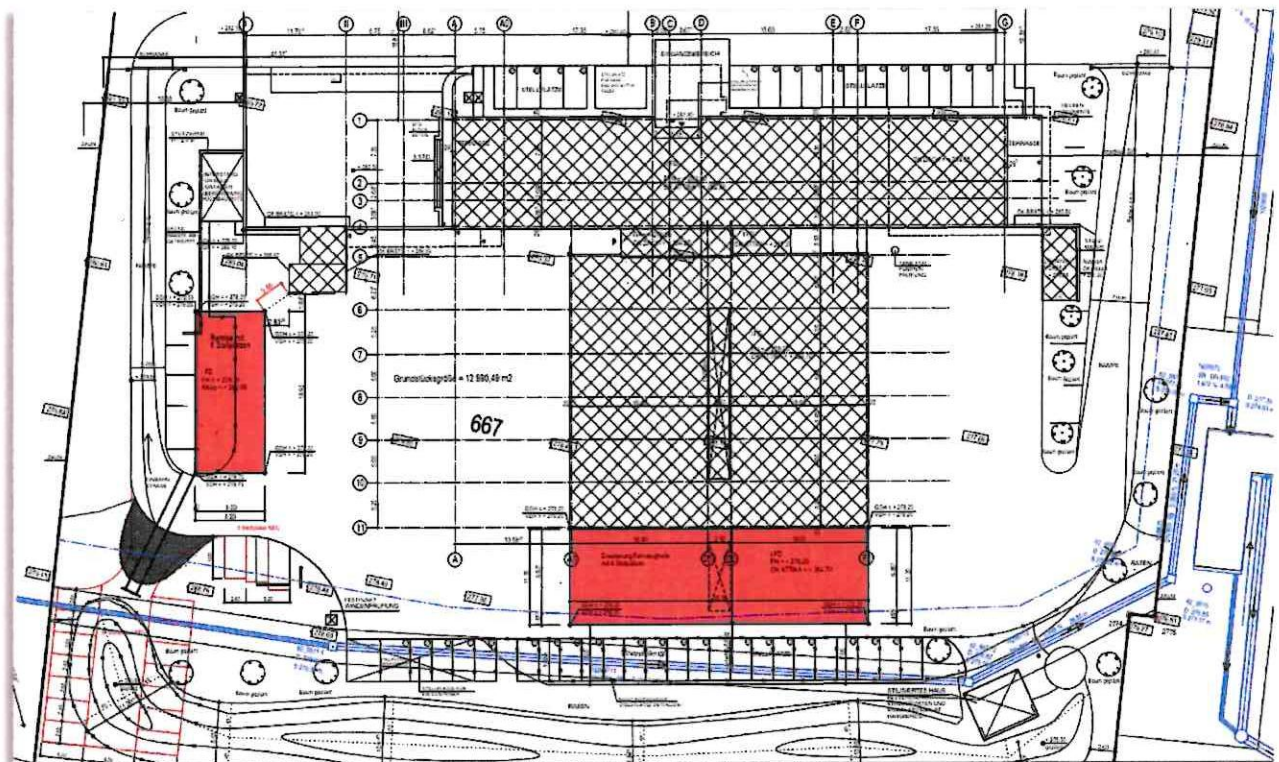


Abbildung 2: Lageplan aus Bauantragsunterlagen vom 20.02.2025

Anlage zur Baugenehmigung

Im Anschluss wird das durch den Unterzeichner erstellte und bereits genehmigte Brandschutzkonzept überarbeitet und aktualisiert. Das Brandschutzkonzept 14-004 vom 25.02.2014 sowie der 1. und 2. Nachtrag vom 27.07.2016 bzw. 25.01.2017 wurde mit allen Inhalten in die aktuelle Formatvorlage übertragen und werden nun in Verbindung mit der 1. Gesamtfortschreibung als Projektnummer 24-168 fortgeführt. Die aktuellen Änderungen werden nachfolgend in kursiver blauer Schrift dargestellt.

## 2 Schutzziel und Anwendungsbereich

Das Bauvorhaben fiel zuletzt unter die großen Sonderbauten gemäß § 68 Abs. 1 Satz 2 BauO NRW 2000. Aktuell fällt es unter § 50 BauO NRW 2018, wodurch mit den Bauvorlagen ein Brandschutzkonzept einzureichen ist, das die im § 9 BauPrüfVO angegebenen Punkte 1-18 enthält und die vier wesentlichen Schutzziele für bauliche Anlagen erfüllt:

1. Verhinderung eines Entstehungsbrandes
2. Begrenzung einer Brand- und Rauchausbreitung
3. Schaffung von Rettungswegen für Menschen + Tiere
4. Ermöglichung wirksamer Löscharbeiten.

Bei dem Bauvorhaben handelte es sich entsprechend der damaligen BauO NRW 2000 um ein Gebäude mittlerer Höhe → Höhe OK Fußboden des höchsten Aufenthaltsraumes < 7 m über dem Gelände. Die Fahrzeughalle stellte eine geschlossene, eingeschossige Mittelgarage dar, die jedoch streng genommen nicht mit einer klassischen Garage zu vergleichen ist.

Durch die geplante Erweiterung bemisst sich die Fahrzeughalle auf eine Grundfläche von > 1.000 m², weshalb nun eine Bewertung als Großgarage entsprechend § 122 (1) Nr. 3 SBauVO NRW und nicht mehr wie bisher als Mittelgarage erforderlich wird. Die Garage verfügt nur über einen äußerst geringen Zu- und



*Abfahrtsverkehr und wird zudem nicht öffentlich, sondern ausschließlich zum Abstellen der Einsatzfahrzeuge genutzt, wodurch diese weiterhin streng genommen nicht mit einer klassischen Garage zu vergleichen ist.*

*Bei dem Unterstand mit einer Grundfläche von ca. 146 m<sup>2</sup> handelt es sich formell um eine Mittelgarage im Sinne des § 122 (1) Nr. 2 SBauVO NRW.*

### Anlage zur Baugenehmigung

Bei der Cafeteria sowie dem Multifunktionsbereich können aufgrund der Grundfläche bei Veranstaltungen ohne Bestuhlung und der Zugrundelegung von 2 Personen / m<sup>2</sup> → theoretisch jeweils mehr als 200 Personen aufnehmen, so dass hier Versammlungsräume möglich wären. Entsprechend des 2. Nachtrages der Projekt-Nr.: 14-004 vom 25.01.2017 sind allerdings insbesondere in der Cafeteria weniger als 200 Sitzplätze an Tischen ausgeführt, weshalb es sich nicht um klassische Versammlungsräume handelt. Aus diesem Grunde stellt das Kreisfeuerwehrzentrum auch keine klassische Versammlungsstätte dar.

Aus brandschutztechnischer Sicht wurden in der ursprünglichen Konzeptionierung die Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen 2000 sowie die Sonderbauverordnung 2009 (Teil 1 + 5) angewandt.

*Bei der jetzigen Gesamtfortschreibung sind die derzeit gültige Landesbauordnung NRW 2018 sowie Teil 5 der Sonderbauverordnung 2016 anzuwenden.*

Für bauliche Anlagen und Räume besonderer Art oder Nutzung (Sonderbauten) können im Einzelfall zur Verwirklichung der allgemeinen bauordnungsrechtlichen Schutzziele besondere Anforderungen gestellt werden. Erleichterungen können im Einzelfall gestattet werden, soweit es der Einhaltung von Vorschriften wegen der besonderen Art oder Nutzung baulicher Anlagen und Räume oder wegen der besonderen Anforderungen nicht bedarf.

Anforderungen und Erleichterungen können sich insbesondere erstrecken auf

- den Brandschutz
- Brandschutzeinrichtungen und Brandschutzvorkehrungen.

### Zum Bestandsschutz

*Der Bestandsschutz verhindert, dass eine rechtmäßig errichtete bauliche Anlage rechtswidrig wird, auch wenn das öffentliche Recht sich später ändert.*

*Der Bestandsschutz erlischt jedoch, wenn an dem Gebäude Änderungen vorgenommen werden, die die Genehmigungsfrage neu aufwerfen. Bei baulichen Änderungen oder Nutzungsänderungen, die nur einen Teil des Gebäudes betreffen, ist zunächst nur für diese Maßnahmen die geltende Rechtslage zu beachten, soweit eine „isolierte Betrachtung“ möglich ist. Dies bedeutet, dass nur die Änderungen den aktuellen Bauvorschriften unterliegen.*

*Insbesondere bei bauaufsichtlichen Nebenbestimmungen ist das Gebot der Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf den Gebäudebestand und den Umfang des Eingriffs zu beachten sowie die vorhandene bauliche Substanz angemessen zu berücksichtigen.*

*Bei dem durch eine Brandwand abgetrennten Gebäudelängsriegel handelt es sich um ein genehmigtes und bauaufsichtlich abgenommenes Gebäude, so dass es einen grundsätzlichen Bestandsschutz genießt.*

## 3 Unterlagen

Folgende Unterlagen lagen dieser Bearbeitung zu Grunde:

Unterlagen	von
Bauantragspläne Ansichten, Grundrisse und Schnitte vom 13.02.2014	WFD DERWALD Projektentwicklung GmbH & Co. KG



Anlagenbeschreibungen vom 21./22.01.2014	WFD DERWALD Projektentwicklung GmbH & Co. KG
Überarbeitete Grundrisspläne vom 20.06.2016	WFD DERWALD Projektentwicklung GmbH & Co. KG
<i>Grundrisspläne Erweiterung Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie Veränderung der Stellplatzanlagen vom 20.02.2025</i>	<i>WFD DERWALD Projektentwicklung GmbH &amp; Co. KG</i>
<i>Brandschutzkonzept Proj.-Nr.: 14-004 „Neubau des Kreisfeuerwehrzentrums HSK“ vom 25.02.2014</i>	<i>Ingenieurbüro Andreas+Brück GmbH</i>
<i>1. Nachtrag zum Brandschutzkonzept Proj.-Nr. 14-004 vom 27.07.2016</i>	<i>Ingenieurbüro Andreas+Brück GmbH</i>
<i>2. Nachtrag zum Brandschutzkonzept Proj.-Nr. 14-004 vom 25.01.2017</i>	<i>Ingenieurbüro Andreas+Brück GmbH</i>

#### 4 Orts- und Abstimmungstermine

#### Anlage zur Baugenehmigung

Im Zuge des damaligen Bauvorhabens fand im Dezember 2013 ein 1. Abstimmungsgespräch mit

- Herrn Krause von der zuständigen Brandschutzdienststelle
- und Herrn Andreas, dem Aufsteller des damaligen Brandschutzkonzeptes vom Ingenieurbüro Andreas+Brück GmbH

statt, bei dem das Bauvorhaben anhand eines vorab gemailten Planes in seiner Ausführung besprochen wurde.

Weiterhin fand am 20.01.2014 ein Besprechungstermin im Haus der Landwirtschaft in Meschede mit

- Herrn Pape, dem Architekten,
- Frau Lichter, vom Hochsauerlandkreis FD 15,
- Herrn Dürwald, vom Hochsauerlandkreis FD 38,
- Herrn Krause, von der zuständigen Brandschutzdienststelle
- und Herrn Andreas, vom Ingenieurbüro Andreas+Brück GmbH

statt, bei dem die Gesamtplanung, insbesondere die brandschutztechnischen Belange, besprochen wurden.

Weitere telefonische Abstimmungsgespräche mit Herrn Krause und Herrn Andreas erfolgten am 10.02.2014, 14.02.2014 und am 24.02.2014

*Im Zuge der Erweiterung der Fahrzeughalle sowie dem Neubau des Unterstandes fand am 05.12.2024 ein Abstimmungstermin mit*

- *Herrn Pape, dem Architekten,*
- *Frau Lichter, vom Hochsauerlandkreis FD 15,*
- *Herrn Schlüter, vom Hochsauerlandkreis FD 38,*
- *Herrn Krause, von der zuständigen Brandschutzdienststelle, sowie*
- *Herrn Andreas und Herrn Krick, vom Ingenieurbüro Andreas+Brück GmbH*

*statt, bei dem die geplante Erweiterung, insbesondere die brandschutztechnischen Belange, besprochen wurden.*

## 5 Gesetzliche Bestimmungen

## Anlage zur Baugenehmigung

BauO NRW	Bauordnung für das Land NRW vom 01.06.2000 (alt)
<i>BauO NRW 2018</i>	<i>Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, Fassung 01.01.2024</i>
SBauVO 2009	Verordnung über den Bau und Betrieb von Sonderbauten vom 17.11.2009: Teil 1 – Versammlungsstätten Teil 5 – Garagen
<i>SBauVO 2016</i>	<i>Verordnung über den Bau und Betrieb von Sonderbauten vom 02.12.2016: Teil 5 - Garagen</i>
BauPrüfVO	Bauprüfverordnung vom 20.02.2000, <i>Stand 14.07.2021</i>
PrüfVO NRW	Technische Prüfverordnung vom 24.11.2009, <i>Fassung vom 13.04.2022</i>
FeuVO	Feuerungsverordnung, <i>Stand vom 01.08.2021</i>
LAR / MLAR 2005	Leitungsanlagenrichtlinie Fassung März 2000 / Muster-Leitungsanlagen-Richtlinie 2005
<i>MLAR</i>	<i>Muster-Leitungsanlagen-Richtlinie, Fassung 2020</i>
LüAR / MLüAR	Lüftungsanlagenrichtlinie Fassung Mai 2003 / Muster-Lüftungsanlagen-Richtlinie 2005
<i>M-LüAR</i>	<i>Muster-Lüftungsanlagen-Richtlinie, Fassung 2020</i>
DIN 4102	Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen → Teil 1-18
DIN 4066	Hinweisschilder für die Feuerwehr
DIN 4844 / DIN VDE 0108	Sicherheitskennzeichnung und Sicherheitsstromversorgung
DIN 14090	Flächen für die Feuerwehr auf Grundstücken
DIN 14095	Feuerwehrpläne für bauliche Anlagen
DIN 14675 / DIN VDE 0833	Vorschriften und Richtlinien für automatische Brandmeldeanlagen
DIN 18082	Feuerschutztüren
DIN 18091	Schacht-Schiebetüren für Fahrschächte mit Wänden der Feuerwiderstandsklasse F90
DIN 18095	Rauchschutztüren
TRGS 510	Lagerung von Gefahrstoffen in ortsbeweglichen Behältern
BGV	Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung am Arbeitsplatz
BetrSichV	Betriebssicherheitsverordnung
ASR	Arbeitsstätten-Richtlinie
ASR A1.3	Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung
ASR A2.2	Maßnahmen gegen Brände
ASR A2.3	Fluchtwege und Notausgänge, Flucht- und Rettungsplan



## 6 Abkürzungen

## Anlage zur Baugenehmigung

F 0 / F 30 / F 60 / F 90	Feuerwiderstandsklassen für Bauteile gemäß DIN 4102 Teil 2 F 0 → ohne Feuerwiderstand feuerhemmend (fh) = F 30 → 30 Minuten Feuerwiderstand hochfeuerhemmend (hfh) = F 60 → 60 Minuten Feuerwiderstand feuerbeständig (fb) = F 90 → 90 Minuten Feuerwiderstand
A	Ausführung in nichtbrennbaren Baustoffen
AB	Ausführung in den wesentlichen Teilen aus nichtbrennbaren Baustoffen
B1	Ausführung in schwerentflammbaren Baustoffen
B2	Ausführung in normalentflammbaren Baustoffen
DST	Dichtschließende Tür
DST + OT	Dichtschließende Tür + Obentürschließer
RST	Rauchschutztür gemäß DIN 18095
T 30-RS	Feuerschutztür mit 30 Minuten Feuerwiderstand und Rauchschutzfunktion
T 30 / T 90-RS	Feuerschutztür mit 30 / 90 Minuten Feuerwiderstand und Rauchschutzfunktion
abZ	allgemein bauaufsichtliche Zulassung
F	Feuerlöscher

## 7 Allgemein zu Bauteilen gilt

Alle Brandschutzbauteile, die nicht nach DIN 4102 T4 ausgeführt bzw. klassifiziert sind, müssen den Nachweis der Brauchbarkeit durch entsprechende Verwendbarkeitsnachweise erbringen!!

Feuerschutzabschlüsse dürfen nur in die raumabschließenden Bauteile eingebaut werden, für die sie eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung haben.

Der Einbau von Abschottungen in Wände und Decken muss in allen Einzelheiten dem allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassungsbescheid entsprechen.

Nach Fertigstellung und Abnahme der Brandschutzmaßnahmen müssen die ausführenden Fachfirmen dem Bauherrn / Architekten entsprechende Werksbescheinigungen und Fachunternehmerbescheinigungen aushändigen.

Sonstige Fachunternehmerbescheinigungen über die korrekte Ausführung von Bauteilen wie Wänden, Decken, Unterdecken usw., die nicht nach DIN 4102 ausgeführt bzw. klassifiziert sind, sind mit entsprechenden allgemein bauaufsichtlichen Prüfzeugnissen vorzulegen.

Bauteile, die einer regelmäßigen Wartung unterliegen, sind so anzuordnen, dass sie gut zugänglich sind.

Abschottungen / Kabelabschottungen sind laut Zulassungsbescheid mit einem dauerhaften Kennzeichnungsschild mit entsprechenden Einzelheiten zu kennzeichnen.

Baustoffe, die im Anlieferungszustand leichtentflammbar (B3) sind, dürfen grundsätzlich nicht verwendet werden, es sei denn, es handelt sich um Baustoffe (z.B. Folien für Oberflächen, Sperrschichten, Kleber), die ausschließlich im Verbund mit anderen Baustoffen verwendet werden und im eingebauten Zustand nicht mehr leichtentflammbar, sondern normalentflammbar = B2 sind.



## 8 Brandschutztechnische Angaben

### 8.1 Zu- und Durchfahrten und Flächen für die Feuerwehr

Anlage zur Baugenehmigung

Das geplante Kreisfeuerwehrzentrum liegt direkt an der Erschließungsstraße „Steinwiese“.

Da in dem Hauptgebäuderiegel zwei bauliche Rettungswege angelegt wurden und darüber hinaus Fenster und Balkone mit der tragbaren Steckleiter angeleitet werden können, wurden keine besonderen Aufstell- und Bewegungsflächen für Feuerwehrfahrzeuge erforderlich. Da das Grundstück sowieso durch Feuerwehrfahrzeuge des Kreisfeuerwehrzentrums befahren wird, wurden ausreichend befestigte Hof- und Fahrflächen sowie Zugangswege angelegt.

### 8.2 Löschwasserversorgung

Gemäß Arbeitsblatt W405 des DVGW bzw. § 1 FSHG war für das Bauvorhaben eine Löschwasserversorgung von mindestens  $96 \text{ m}^3$  je Stunde = 1.600 Liter/Min. für 2 Stunden zur Verfügung zu stellen.

In diesem Fall befinden sich gemäß Auskunft des Wasserversorgers Hydranten im Umkreis von 300 m, die eine Löschwasserversorgung von mindestens  $96 \text{ m}^3$  je Stunde = 1.600 Liter / Minute für 2 Stunden zur Verfügung stellen.

Im Bereich der Zufahrt auf das Grundstück wurden ein Über- und ein Unterflurhydrant angelegt.

*Durch die Erweiterung der Fahrzeughalle sowie dem Neubau des Unterstandes ergibt sich im Vergleich zum Bestandsgebäude kein erhöhter Löschwasserbedarf. Die Löschwasserversorgung ist ausreichend sichergestellt, vgl. nachfolgende Bescheinigung.*

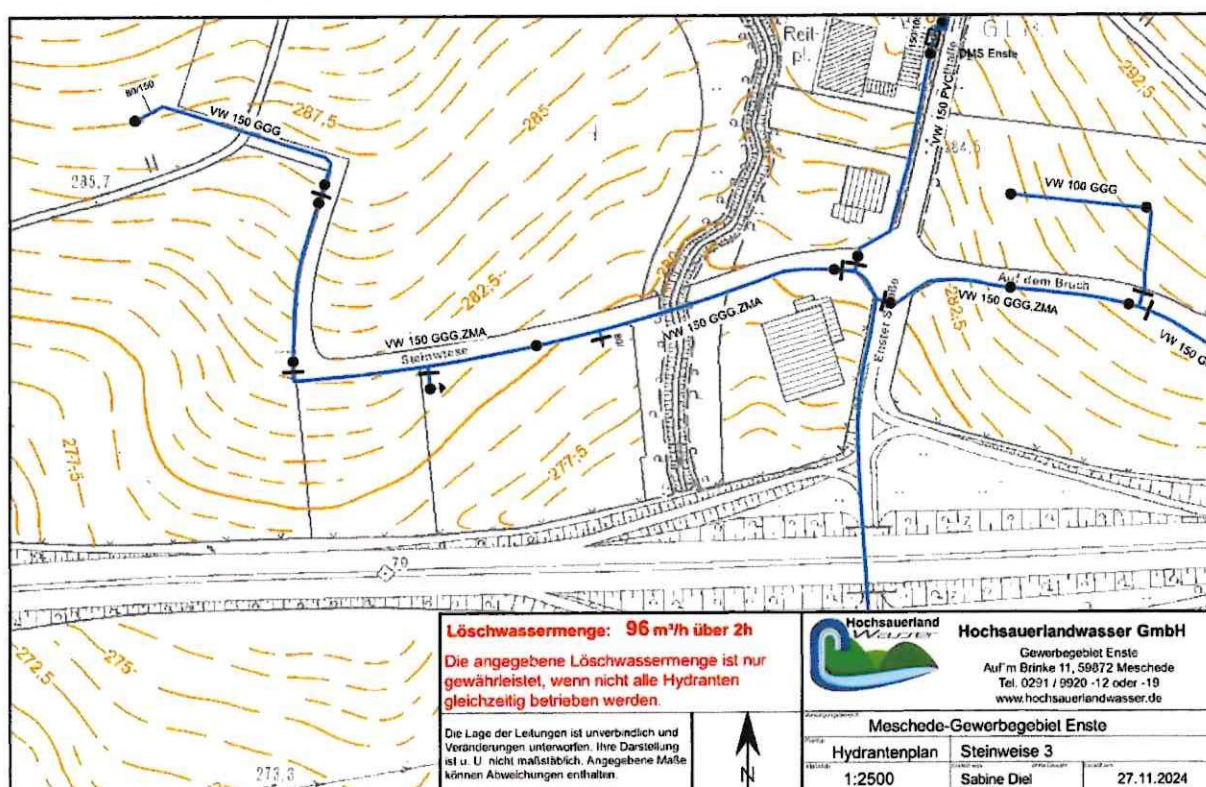


Abbildung 3: Löschwassernachweis vom 27.11.2024



### 8.3 Löschwasserrückhaltung

Eine Löschwasserrückhaltung wurde nicht erforderlich.

Anlage zur Baugenehmigung

### 8.4 System der äußeren und inneren Abschottung

Nachfolgend werden alle tragenden und raumabschließenden Bauteile aufgeführt, die für die Brand- und Rauchabschnittsbildung notwendig sind.

#### 8.4.1 Tragende Konstruktion

Die tragenden und aussteifenden Wände, Pfeiler und Stützen wurden im mehrgeschossigen Gebäudetrakt in F 90-AB ausgeführt.

Die eingeschossige Fahrzeughalle = Garage besitzt eine Tragkonstruktion in F 30. Ausgeführt wurde seinerzeit eine massive Stahlbetonkonstruktion, wodurch die Anforderungen erfüllt werden.

*Die Erweiterung der Fahrzeughalle erhält entsprechend des § 127 (2) Nr. 1 SBauVO eine Tragkonstruktion in F 30, welche zudem aus nichtbrennbaren Baustoffen besteht. Geplant ist eine Stahlbauweise, weshalb die tragenden und aussteifenden Elemente mit einem F 30-Brandschutzanstrich versehen werden. Die Stärke des F 30-Brandschutzanstriches richtet sich dabei nach dem U/A-Verhältnis der Stahlbauteile. Hier erfolgt ein Nachweis durch das ausführende Unternehmen.*

Im Bereich der Dachfläche der Fahrzeughalle (5 m-Streifen vor dem Treppenraum T1), die in F 90 ausgeführt wurde, ist eine tragende Konstruktion in F 90 erstellt. Die unteren Bekleidungen und Dämmschichten von der Decke / Dach wurden aus nichtbrennbaren Baustoffen (A) erstellt. Untere Bekleidungen aus Baustoffen der Baustoffklasse B 1 mit mineralischer Bindung sind zulässig, wenn sie mit der Decke oder dem Dach im unmittelbaren Verbund stehen, z. B. als verlorene Schalung.

*#Die tragenden Wände des Unterstandes werden entsprechend des § 127 (3) SBauVO NRW mindestens aus nichtbrennbaren Baustoffen (A-Baustoffe) errichtet. Geplant ist eine Ausführung in Stahlbauweise.*

#### 8.4.2 Dämmungen / Bekleidungen und Oberflächen von Außenwänden

Die Oberflächen von Außenwänden, Außenwandbekleidungen und Dämmstoffe in Außenwänden wurden aus mind. B1-Baustoffen (schwerentflammbar), im Bereich von Brandwänden aus nichtbrennbaren Baustoffen ausgeführt.

Bei der Ausführung von B1-Wärmedämmplatten (in der Regel → Polystyrolämmplatten) bei Außenwänden, die keine Brandwände sind, ist Folgendes zu beachten:

- bei dem Einbau von Dämmstärken > 10 cm sind bei Stürzen mind. 20 cm hohe Mineralfaser-Dämmstreifen mit 30 cm seitlichem Überstand anzuordnen
- alternativ hierzu kann alle 2 Etagen ein 20 cm hoher Mineralfaser-Dämmstreifen als umlaufender Brandschutzriegel ausgeführt werden.

Die Außenwände der Fahrzeughalle wurden ab der Brandwand aus gedämmten Iso-Wandpaneelen (Außen- und Innenblech mit B1-Hartschaumdämmung) ausgeführt.

*Die Außenwände der Erweiterung der Fahrzeughalle werden ebenfalls aus gedämmten Iso-Wandpaneelen (Außen- und Innenblech mit B1-Hartschaumdämmung) ausgeführt. Eine Anforderung von Außenwänden aus nichtbrennbaren Baustoffen besteht entsprechend § 128 (2) SBauVO nicht, da der abgetrennte und eigenständige Brandabschnitt allein der Garagennutzung dient.*



*Bekleidungen und Dämmschichten an Wänden sowie unter dem Dach des Unterstandes müssen aus mindestens schwerentflammenden Baustoffen (B1-Baustoffen) bestehen. Geplant sind auch hier Außenwände aus gedämmten Iso-Wandpaneelen mit einer B1-Hartschaumdämmung.*

#### 8.4.3 Trennwände

#### Anlage zur Baugenehmigung

Es wurden, wie auf den damaligen Brandschutzplänen dargestellt, die verschiedenen Bereiche / Räume der Geschosse durch Trennwände in F 90-AB unterteilt. Ferner sind die Technik- und die Serverräume durch Trennwände in F 90-AB abgetrennt. Türöffnungen in diesen Trennwänden sind mit T 30-RS Türen verschlossen.

Entsprechend des 1. Nachtrages vom 27.07.2016 wurde im 1. Obergeschoss im Haustechnikraum eine Klima- und Lüftungstechnik für den Serverraum installiert, welche ohne brandschutztechnische Abtrennung durch die konzipierte F 90-Wand zum Technikraum der Leitstelle mit Server durchgeführt wurde. Da die beiden Räume funktional zusammengehören, kann auf die F 90-Trennwand zwischen den beiden Räumen verzichtet werden.

*Durch die Erweiterung der Fahrzeughalle sowie dem Neubau des Unterstandes werden keine neuen Trennwände erforderlich.*

#### 8.4.4 Gebäudeabschlusswände

Gebäudeabschlusswände wurden aufgrund ausreichender Grenzabstände  $\geq 2,5$  m bzw. Abstände zu benachbarten Gebäuden von  $\geq 5$  m nicht erforderlich.

*Der neue Unterstand wird baulich abgesetzt im westlichen Außenbereich des Geländes errichtet und besitzt einen Abstand von ca. 3,46 m zum bestehenden Übungsturm, vgl. Abbildung 4. Trotz des Abstandes von  $< 5$  m soll der Unterstand ohne Gebäudeabschlusswand errichtet werden, was formell eine **Erleichterung zu § 30 (2) Nr. 1 BauO NRW 2018** darstellt. Bei dem Übungsturm handelt es sich um einen offenen nichtbrennbaren Treppenturm aus Stahl, welcher zudem eine vorgesetzte massive Wandscheibe besitzt, wodurch in den Bereichen keine Brandlasten vorhanden sind. Weiterhin wird der Übungsturm lediglich bei Schulungen oder Lehrgängen zu Ausbildungszwecken genutzt, sodass der Bereich keinen dauerhaften Aufenthaltsraum darstellt. Gegen die Erleichterung bestehen somit seitens des Unterzeichners keine Bedenken.*

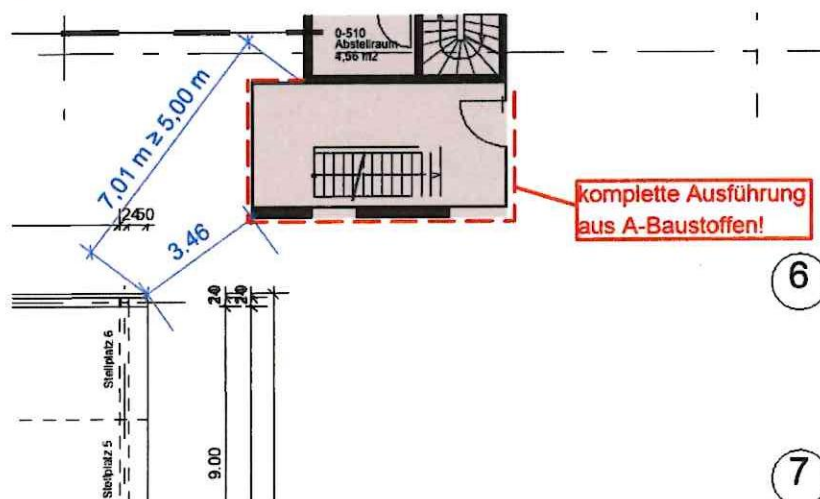


Abbildung 5: Abstandssituation Unterstand



Abbildung 4: Übungsturm im Bestand



#### 8.4.5 Gebäudetrennwände

#### Anlage zur Baugenehmigung

Die max. Gebäudeausdehnung beträgt zwischen 65,08 m im 2. OG bis 89,49 m im UG ohne Unterteilung durch eine Gebäudetrennwand. Die Gebäudeausdehnung ist in der Form nutzungsbedingt erforderlich und, da die Gesamtgrundfläche deutlich  $< 1.600 \text{ m}^2$  ist und die Geschosse durch die oben beschriebenen Trennwände kleinzellig unterteilt werden, aus brandschutztechnischer Sicht unbedenklich.

Die eingeschossige Fahrzeughalle ist durch eine Brandwand wie folgt vom Treppenraum T1 / Gebäudelängsriegel abgetrennt:

- Brandwand in der Achse 5 aus Mauerwerk / Stahlbeton in F 90-A Brandwandqualität bis unter die F 90-Dachfläche
- Zugangsbereich zur Fahrzeughalle als Schleuse mit F 90-A-Wänden und T 30-RS Türen
- Ausführung der Dachfläche als 5 m breiter Streifen in F 90.

#### 1. Abweichung von der BauO NRW § 32 → Gebäudeausdehnung > 40 m ohne Gebäudetrennwand.

Entsprechend des 1. Nachtrages vom 27.07.2016 wurden im Untergeschoss in der Brandwand in der Achse 5 zwei Türen eingebaut, welche als T 30-RS Türen anstatt als T 90-RS Türen ausgebildet wurden.

Auf T 90-RS Türen kann verzichtet werden, da die Räume Werkstatt und Waschhalle weiterhin durch massive Wände in der materiellen Qualität F 90-A zur Fahrzeughalle und zur Schleuse abgetrennt sind. Zur Schleuse sind T 30-RS Türen eingebaut worden, so dass in Verbindung mit den eingebauten neuen T 30-RS Türen die beiden Räume eine Art Schleuse und somit eine ausreichende Gebäudetrennung darstellen.

#### 8.4.6 Decken

Die Decken über dem UG bis 1. OG wurden aus Stahlbeton in mindestens F 90-AB ausgeführt.

*Im Bauvorhaben sind keine neuen Geschossdecken geplant.*

#### 8.4.7 Dächer

Die Dachflächen sind als harte Bedachung ausgeführt.

Die Flachdachbereiche, die an Wände mit Öffnungen anschließen, wurden im 5 m-Bereich vor den Öffnungen in Stahlbeton F 90-AB ausgeführt. Die Dachflächen sind von oben mit einer 5 cm starken Grobkiesschicht / bzw. > 3 cm Betonplattenbelag ausgeführt, um die brennbare Dachabdichtung / Dämmung von oben gegen Entflammen zu schützen.

Die Dachfläche der Fahrzeughalle erfolgt ab dem 5 m-F 90-Dachstreifen mit Folienabdeckung, B1-Wärmedämmung, Dampfsperre und Trapezblechen.

Das geplante Lichtband kann in der geplanten Größe aus z.B. Polycarbonat (nicht brennend abtropfend) ohne Bedenken eingebaut werden können.

*Das Dach der Erweiterung der Fahrzeughalle wird als harte Bedachung aus mind. B1-Baustoffen ausgeführt. Das geplante Lichtband kann wie auch im Bestand aus z.B. Polycarbonat (nicht brennend abtropfend) eingebaut werden.*

*Das Dach des Unterstandes wird aus Trapezblechen als harte Bedachung ausgeführt.*

**8.4.8 Tragende Teile notwendiger Treppen / Treppenräume****Anlage zur Baugenehmigung**

In dem mehrgeschossigen Gebäudelängsriegel wurden zwei notwendige Treppenräume wie folgt ausgeführt:

Notwendiger Treppenraum <b>T1</b>	Führung von 2. OG bis UG	
	Ausführung	Abweichung / Bemerkung
Ausgang	im Lichten mind. 1,2 m breite UG-Ausgangstür ins Freie	-
Treppenraumwände	Mauerwerk F 90-A Bauart Brandwand	-
Treppenlauf, Treppenpodeste	mind. 1,2 m im Lichten breite Treppenläufe und Podeste aus Stahlbeton in F 90-A	-
Türen zu notw. Fluren	RS	-
Tür zur Schleuse UG	T 30-RS	zur Brandabschnittstrennung zur Fahrzeughalle
Bekleidung, Putze, Dämmstoffe, Unterdecken und Einbauten	aus nichtbrennbaren Baustoffen	-
oberer Abschluss über dem Treppenraum	Dachdecke ohne Anforderung	-
Bodenbeläge	mind. B1-Baustoffe	-
Rauchableitungsöffnung	an oberster Stelle	Angabe siehe Kap. 8.9.1

Notwendiger Treppenraum <b>T2</b>	Führung von 2. OG bis UG	
	Ausführung	Abweichung / Bemerkung
Ausgang	im Lichten mind. 1,2 m breite UG-Ausgangstür ins Freie	-
Treppenraumwände	Mauerwerk F 90-A Bauart Brandwand	-
Treppenlauf, Treppenpodeste	mind. 1,2 m im Lichten breite Treppenläufe und Podeste aus Stahlbeton in F 90-A	-
Tür zu notw. Flur 1. OG	RS	-
sonstige Türen	T 30-RS	-
Bekleidung, Putze, Dämmstoffe, Unterdecken und Einbauten	aus nichtbrennbaren Baustoffen	-
oberer Abschluss über dem Treppenraum	Dachdecke ohne Anforderung	-
Bodenbeläge	mind. B1-Baustoffe	-
Rauchableitungsöffnung	an oberster Stelle	Angabe siehe Kap. 8.9.1

*Im Zuge des Bauvorhabens ergeben sich keine neuen notw. Treppenräume bzw. Änderungen an den bestehenden notw. Treppenräumen.*



#### 8.4.9 Notwendige Flure

#### Anlage zur Baugenehmigung

Die Flurbereiche vor dem Treppenraum T1, der Flur im 1. OG vor dem Treppenraum T2, der Flur vor den Azubi-Schlafräumen im 1. OG und der Flur im Schirrmeisterbereich im UG wurden als notwendige Flure wie folgt ausgeführt:

Bauteile	Ausführung	Abweichung / Bemerkung
Flurwände	F 30-AB, Lichtöffnungen $\geq 1,80$ m Einbauhöhe aus G 30-Brandschutzglas	-
Innentüren zu Aufenthaltsräumen	dicht schließend	-
Türen zu kleineren Abstellräumen	dicht schließend mit Obertürschließer	-
Türen zu Treppenträumen und zwischen dem Flur des Bereiches mit Azubischlafräumen und dem Flur vor dem Multifunktionsraum	RS	-
Türen zu Putzmittel- und den EUV Räumen	T 30-RS	-
Türen zu den Räumen Planspielraum, Zentrallager Akten LS + Büros	T 30-RS	-
Türen zu den Bereichen ohne notw. Flur im EG, 1. und 2. OG	T 30-RS	-
Tür zum Raum Zentrallager Rettungsdienst im EG	T 30-RS	-
Tür zum Aufrüstbereich im UG	T 30-RS	-
Bekleidung, Putze, Unterdecken, Dämmstoffe und Einbauten	aus nichtbrennbaren Baustoffen	die LAR und die LüAR sind zu beachten
Bodenbeläge	mind. B1 Baustoffe	-

#### Die Flure

- im Bereich der Leitstelle im 2. OG
- im Bereich der Ruheräume
- im Bereich der Räume im 1. OG, die zur Leitstelle gehören
- im EG des Büro- und Verwaltungsbereiches

wurden als nicht notwendige Flure im Sinne der Bauordnung betrachtet (Nutzfläche der Bereiche  $< 400 \text{ m}^2$ ), so dass dort keine besonderen brandschutztechnischen Anforderungen an die Flure und deren Bauteile gestellt wurden.

*Im Zuge des Bauvorhabens ergeben sich keine neuen notw. Flure bzw. Änderungen an den bestehenden notw. Fluren.*

#### 8.4.10 Aufzüge

In dem Kreisfeuerwehrzentrum wurde ein Aufzug wie folgt konzipiert:

- Aufzugsschachtwände aus Mauerwerk / Stahlbeton in F 90-AB
- Fahrschachttüren oder andere Abschlüsse in Schachtwänden sind so herzustellen, dass Feuer und Rauch nicht in andere Geschosse übertragen werden können. Die Schacht-Schiebetüren waren gemäß DIN 18091 konzipiert
- Rauchabzugsöffnung für den Fahrschacht (siehe Punkt 8.9.3)
- Hinweisschilder – Aufzug im Brandfall nicht benutzen - sind gut sichtbar vor den Aufzugstüren und in der Aufzugskabine anzubringen.

Der Aufzug wurde mit einer Brandfallsteuerung ausgestattet, die durch die automatische Brandmeldeanlage ausgelöst wird. Die Brandfallsteuerung stellt sicher, dass der Aufzug das Erdgeschoss oder das diesem nächstgelegene, nicht von der Brandmeldung betroffene Geschoss unmittelbar anfährt und dort mit geöffneten Türen außer Betrieb geht.

Anlage zur Baugenehmigung

## 8.5 Rettungswege, Sicherheitskennzeichnung

### 8.5.1 Rettungswege

Für jeden Nutzungsbereich mit Aufenthaltsräumen müssen in jedem Geschoss zwei Rettungswege vorhanden sein. Diese werden aus den nicht ebenerdigen Bereichen des Gebäudelängsriegels baulich durch die zwei Treppenträume sichergestellt. Darüber hinaus wurden Fenster und Balkone angelegt, die über das Rettungsgerät der Feuerwehr erreicht werden können. Aus den ebenerdigen Geschossen führen somit mindestens zwei Ausgänge ins Freie.



Abbildung 6: Visualisierungsansicht von oben



Abbildung 7: Visualisierungsansicht von unten

Folgende Rettungswege sind somit geplant:

Gebäudebereich	1. Rettungsweg	2. Rettungsweg	Bemerkungen
<b>2. OG</b>			
linker Bereich mit Ruhe- und sonstigen Räumen	Treppenraum T1 ins UG mit direktem Ausgang ins Freie	Treppenraum T2 ins UG mit direktem Ausgang ins Freie	zusätzliche anleierbare Fenster
rechter Bereich mit Leitstelle und zugehörigen Räumen	Treppenraum T2 ins UG mit direktem Ausgang ins Freie	Treppenraum T1 ins UG mit direktem Ausgang ins Freie	zusätzlich anleierbarer Balkon
<b>1. OG</b>			
linker Planspielbereich mit Azubi-Schlafräumen	Treppenraum T1 ins UG mit direktem Ausgang ins Freie	durch den Multifunktionsraum und den Treppenraum T2 ins UG mit direktem Ausgang ins Freie	zusätzlich anleierbarer Balkon / Terrasse
Bereich mit Multifunktionsräumen	Treppenraum T1 ins UG mit direktem Ausgang ins Freie	Treppenraum T2 ins UG mit direktem Ausgang ins Freie	die flexible Trennwand der Multifunktionsräume erhält eine Schlupftür, so dass jeder Raum über zwei Ausgangsmöglichkeiten verfügt
rechter Bereich mit Räumen zugehörig zur Leitstelle	Treppenraum T2 ins UG mit direktem Ausgang ins Freie	Treppenraum T1 ins UG mit direktem Ausgang ins Freie	zusätzliche anleierbare Fenster



EG			
Cafeteria	durch den Eingangsflur mit Ausgang ins Freie	durch direkte Ausgangstür ins Freie	-
rechter Büro- und Verwaltungsbereich	durch den Eingangsflur mit Ausgang ins Freie	Treppenraum T2 ins UG mit direktem Ausgang ins Freie	zusätzlich direkte Ausgangstür auf die Terrasse
UG			
Bereich mit Schlauchpflege	direkter Ausgang ins Freie	über den Flur zum direkten Ausgang ins Freie	zusätzlich anleitebarer Balkon / Terrasse
Bereich mit Werkstatt, Fitness Übungsraum	direkter Ausgang ins Freie	durch den Treppenraum T1 mit direktem Ausgang ins Freie	zusätzlich durch die zu öffnenden Tore
Fahrzeughalle inkl. der neuen Erweiterung	direkter Ausgang ins Freie	durch den Treppenraum T1 mit direktem Ausgang ins Freie	zusätzlich durch die zu öffnenden Tore
Unterstand	ausreichende Rettungswege durch die offene Bauweise über die offene Stirnseite direkt ins Freie		-

## Anlage zur Baugenehmigung

### 8.5.2 Rettungsweglauflängen

Die max. Rettungsweglauflängen zu den Treppenräumen bzw. Ausgängen ins Freie wird eingehalten.

*Die max. Rettungsweglauflänge zu einem notwendigen Treppenraum oder einem direkten Ausgang ins Freie von 30 m in einer geschlossenen Großgarage wird auch nach der Erweiterung der Fahrzeughalle in allen Bereichen eingehalten.*

*Der Unterstand kann über die offene Stirnseite innerhalb von wenigen Metern direkt ins Freie verlassen werden. Ein zweiter Rettungsweg wird nicht erforderlich, da der erste Rettungsweg entsprechend des § 134 (1) SBauVO in höchstens 15 m Entfernung erreichbar ist.*

### 8.5.3 Zu Fluchttüren

Die Hauptfluchttüren aus dem Gebäude sowie aus den Versammlungsräumen wurden mindestens 1,20 m breit und in Fluchtrichtung aufschlagend ausgeführt.

Entsprechend des 1. Nachtrages vom 27.07.2016 wurde die Aufschlagsrichtung der Türen in der Brandwand Achse 5 entgegen der Fluchtrichtung angeordnet, wogegen jedoch keine Bedenken bestehen, da sich hier nur ortskundige Personen und in der Regel nur ein bis zwei Personen in den Räumen aufhalten.

Die Türen, die aus sicherheitstechnischen Gründen verschlossen werden müssen und gleichzeitig Notausgänge darstellen, werden elektromagnetisch verschlossen. Diese Verriegelung wird im Brandfall durch die Brandmeldeanlage oder automatisch bei Stromausfall freigeschaltet, so dass die Türen dann als Rettungswege zur Verfügung stehen.

### 8.5.4 Sicherheitskennzeichnung / Sicherheitsbeleuchtung

Eine Kennzeichnung der Flucht- und Rettungswege erfolgte mit hinterleuchteten Piktogrammen und deren Versorgung über ein zentrales Sicherheitslichtgerät. Diese Sicherheitsleuchten zur Ausleuchtung der Flucht- und Rettungswege und der Versammlungsräume wurden in Bereitschaftsschaltung konzipiert.

In den Versammlungsbereichen (Cafeteria, Multifunktionsräume) sowie in den Fluchtwegen (Flure und Treppenräume) wurde somit eine Sicherheitsbeleuchtung konzipiert, die eine Mindestbeleuchtungsstärke von

1 Lux zusätzlich zur allgemeinen Beleuchtung gewährleistet und bei Störung der Stromversorgung wirksam wird.

Anlage zur Baugenehmigung

Die im Brandschutzplan angeordneten Piktogramme dienen der Darstellung der Rettungswege und Notausgangstüren und sind durch einen Fachplaner hinsichtlich der Positionierung, Anzahl und Größe zu planen.

Es wird darauf hingewiesen, dass in den Außenbereichen, zu denen notwendige Rettungswege geführt werden, ebenfalls eine Sicherheitsbeleuchtung zu installieren ist.

Folgende Schildgrößen sind gemäß ASR A1.3 / BGV A8 / DIN 4844 auszuführen:

Sichtweite L	Art	Schildgrößen quadratisch	Schildgrößen rechteckig
10 m	hinterleuchtet	50 x 50 mm	50 x 100 mm
15 m	hinterleuchtet	75 x 75 mm	75 x 150 mm
20 m	hinterleuchtet	100 x 100 mm	100 x 200 mm
25 m	hinterleuchtet	125 x 125 mm	125 x 250 mm
30 m	hinterleuchtet	150 x 150 mm	150 x 300 mm
35 m	hinterleuchtet	175 x 175 mm	175 x 350 mm
L	hinterleuchtet L = 200 x Schildhöhe	die genauen Herstellerangaben bzgl. der Erkennungsweiten in Bezug auf die Schildgrößen sind jedoch zu beachten	

## 8.6 Höchstzulässige Zahl der Nutzer der baulichen Anlage

Eine Beschränkung der höchstzulässigen Zahl der Nutzer war und ist nicht erforderlich.

Die Ausgangsbreiten der zweiflügeligen Türen aus dem Schulungs- bzw. Veranstaltungsraum sowie aus dem Treppenraum wurden jeweils > 1,2 m ausgeführt. Für die Versammlungsräume ist der Nachweis der höchstzulässigen Zahl der Nutzer = Personen zu erbringen, die sich in den Räumen befinden dürfen. Die größtmögliche Personenanzahl richtet sich nach der lichten Breite eines jeden Teiles von Rettungswegen. Die lichte Breite eines jeden Teiles von Rettungswegen wird mindestens 1,20 m betragen und je 1,20 m können 200 Personen angesetzt werden. Aus dem Multifunktionsbereich sowie aus der Cafeteria führen jeweils 2 Ausgänge, die mind. 1,2 m im Lichten ausgeführt werden. Die weiterführenden Rettungswege, Treppen und Ausgänge erhalten ebenfalls eine mind. 1,2 m lichte Breite.

Somit ergibt sich aufgrund der lichten Ausgangsbreiten folgende größtmögliche Personenanzahl je Versammlungsraum:

$2 \times 1,2 / 1,2 \times 200 = 400$  Personen > geplant. Eine Beschränkung der Zahl der Nutzer war bzw. ist also nicht erforderlich.



## 8.7 Haustechnische Anlagen

### Anlage zur Baugenehmigung

#### 8.7.1 Allgemeine Anforderungen

Die elektrischen Anlagen, Lüftung und Heizung müssen nach den anerkannten Regeln der Technik bzw. entsprechenden VDE-Vorschriften errichtet und gewartet werden.

Bei der Führung haustechnischer Anlagen und Betriebe (Rohrleitungen und Kabelbündel) durch raumabschließende Bauteile muss durch Vorkehrungen – Installationsschächte/-kanäle, Schotte usw. entsprechend der Feuerwiderstandsklasse des durchdrungenen Bauteils gemäß LAR / MLAR 2005 - eine Übertragung von Feuer und Rauch vermieden werden.

#### Allgemeine Anforderungen bei der Führung von Haustechnik durch raumabschließende Bauteile

Bauteile	Forderungen
Einzelkabeldurchführung	<b>ohne Anforderungen</b> Restöffnung mit Steinwolle > 1000° Schmelztemperatur oder mit Brandschutzmörtel / Beton schließen
Elektrokabelbündel durch raumabschließende F 30 / 90-Bauteile	S 30 / 90
Rohrleitungen A (außer Alu und Glas) bis 160 mm	<b>ohne Anforderungen</b> Restöffnung mit Steinwolle > 1000° Schmelztemperatur oder mit Brandschutzmörtel / Beton schließen
Rohrleitungen B1 / B2 durch raumabschließende F 30 / F 90-Bauteile	R 30 / 90
<b>Zu beachten in notwendigen Fluren</b>	
Elektrokabelführung im Flurunterdeckenbereich (Elektrokabel, die nicht der Flurversorgung dienen) oder Führung von brennbaren Rohrleitungen im Flurunterdeckenbereich	F 30-Unterdecke oder F 30-Bekleidung
Elektro-Messeinrichtungen und Verteiler	Bauteile aus nichtbrennbaren Baustoffen mit geschlossenen Oberflächen
<b>Zu beachten in notwendigen Treppenträumen</b>	
Elektrokabelführung im Treppenraum (Elektrokabel, die nicht der Treppenraumversorgung dienen) oder Führung von brennbaren Rohrleitungen im Treppenraum	F 30-Unterdecke oder F 30-Bekleidung
Elektro-Messeinrichtungen und Verteiler	F 30-A Bekleidungen / Verkastungen

#### 8.7.2 Tragkonstruktion von haustechnischen Anlagen

Haustechnische Anlagen, die über Unterdecken oder Installationskanäle mit Feuerwiderstandsklasse geführt werden, sind mit einer Tragkonstruktion gegen Herabfallen zu befestigen, die eine Feuerwiderstandsdauer von mindestens der der Unterdecke oder des Installationskanales hat.

Dies gilt ebenfalls für die Abhängungen von Lüftungsanlagen.

#### 8.7.3 Abnahmen von Prüfsachverständigen gemäß PrüfVO NRW

Haustechnische Anlagen, die gemäß PrüfVO NRW von Prüfsachverständigen abgenommen werden müssen, sollten im Vorfeld mit diesen abgestimmt werden, um später eine reibungslose Abnahme zu ermöglichen.

#### 8.7.4 ELA-Anlage

Eine ELA-Anlage wird aufgrund von Bauvorschriften nicht erforderlich, jedoch vorgesehen. Dabei beinhaltet die Elektroakustische Anlage die Erschließung aller Bereiche des Kreisfeuerwehrzentrums. Die ELA-Anlage wird im Technikraum der Leitstelle untergebracht. Die ELA-Anlage wird über eine Schnittstelle vom ELR, von der TK-Anlage und durch die Disponenten besprechbar sein.

#### 8.7.5 Blitzschutzanlage

#### Anlage zur Baugenehmigung

Das Gebäude erhielt eine Blitzschutzanlage. Die Anlage wurde nach den anerkannten Regeln der Technik bzw. den Vorgaben der VDE 0185 / DIN V VDE V 0185 installiert.

Alle von außen in das Gebäude eintretenden nachrichtentechnischen Leitungen und Starkstromleitungen wurden in den Blitzstrompotentialausgleich einbezogen. In den Unterverteilungen wurden Überspannungsableiter als „Mittelschutz“ des Typ C vorgesehen. Feinschutz für sicherheitsrelevante Technik und nachrichtentechnische Systeme wurden nach Anforderung der Systemlieferanten vorgesehen.

In den Gebäuden wurden Fundamenterder installiert. Der Fundamenterder wurde an die Hauptpotentialausgleichsschiene angeschlossen. Potentialausgleichsschienen wurden weiterhin in den:

- Elektroräumen
- Technikräumen
- Technikzentralen
- Aufzugsschächten

vorgesehen. Als Schutzmaßnahme wurde die RCD-Schutzschaltung weitestgehend als derzeit bester Personen- und Anlagenschutz vorgesehen.

*Die vorhandene Blitzschutzanlage wird entsprechend des neuen Hallenanbaus erweitert.*

#### 8.7.6 Gebädefunk

Auf den Einsatz einer Gebädefunkanlage wurde verzichtet. Diese ist auch aus brandschutztechnischer Sicht bzw. aufgrund von Bauvorschriften nicht erforderlich.

#### 8.7.7 Motorvorwärmung

Falls eine Vorrichtung zur Vorwärmung der Motoren der Einsatzfahrzeuge vorgesehen wird, ist die Anlage so zu konzipieren, dass sie bei einem Defekt automatisch abschaltet und dadurch teure Schäden an den Fahrzeugen vermieden werden.

#### 8.7.8 Heizung

Die Beheizung des Gebäudes erfolgt über eine Gas-Brennwertheizung, die in dem Raum Heizung / Lüftung untergebracht wird. Gemäß FeuVO besteht keine zwingende Anforderung den Raum durch F 90-AB-Wände abzutrennen. Die Tür genügt strenggenommen als dicht und selbstschließende Tür, der Raum wurde aber auf freiwilliger Basis durch massive Wände in F 90-AB mit T 30-RS Tür abgetrennt. In dem Raum Heizung / Lüftung wurde zusätzlich ein Lüftungsgerät aufgestellt, welches den UG-Bereich be- und entlüftet. Gegen die gemeinsame Aufstellung bestehen keine Bedenken, da die Technikleitungen brandschutztechnisch qualifiziert abgetrennt werden.

#### 8.8 Lüftungsanlagen

Gewisse Raumbereiche im Untergeschoss werden durch ein Lüftungsgerät be- und entlüftet. Hierzu wurde ein Lüftungsgerät im Raum Heizung / Lüftung installiert.

Eine detaillierte Planung und zeichnerische Darstellung lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Brandschutzkonzeptes noch nicht vor. Daher können nur allgemeine Angaben (siehe Tabelle) gemacht



**Brandschutzkonzept Nr. 24-168**  
**Erweiterung Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie**  
**Veränderung der Stellplatzanlagen, ZFR Meschede-Enste**

werden. Die Lüftungsleitungen / Lüftungsanlage sind gemäß Lüftungsanlagenrichtlinie LÜAR / MLÜAR auszuführen und durch einen TGA-Fachplaner zu konzipieren.

**Anlage zur Baugenehmigung**

**Allgemeine Anforderungen**

Bauteile	Forderungen
Lüftungsanlagen	A-Baustoffe
Mündungen von Außenluft- und Fortluftleitungen → Abstand zu Fenstern	≥ 2,5 m
Lüftungsanlage durch F 30- Flurwände	L 30 oder K 30 gemäß MLÜAR genügt Stahlblechkanal
Führung von Leitungen durch raumabschließende F 30-Bauteile	L 30 oder K 30 gemäß MLÜAR genügt Stahlblechkanal
Lüftungsanlage durch F 90-Decken, Trenn- oder Treppenraumwände	L 90 oder K 90
<b>Zuluftanlagen</b> Es muss durch die Lage der Außenluftöffnungen ausgeschlossen werden, dass das Ansaugen von Rauch möglich ist. Hierzu kann alternativ die Ansaugleitung mit Rauchmelder und einer Rauchschutzklappe versehen werden, die bei Auslösung die Ventilation abschaltet	Ansaugleitung mit Rauchmelder und Rauchschutzklappe

Werden für z.B. innenliegende WCs Entlüftungen notwendig, erfolgt eine Ausführung gemäß DIN 18017 Teil 3.

Falls Überströmöffnungen zu Fluren ausgeführt werden sollten, konnten diese mit entsprechender Feuerwiderstandsklasse + Kaltrauchsperr (z.B. ein System von Strulik mit abZ) im unteren Wandbereich (max. 50 cm mittig über OKF gemäß abZ) eingebaut werden.

## 8.9 Rauch- und Wärmeabzugsanlagen

*Rauch- und Wärmeabzugsanlagen dienen primär der Unterstützung der manuellen Brandbekämpfung durch die Feuerwehr. Das heißt, die Selbstrettung der Gebäudenutzer wird durch die Anforderungen an die Rettungswege etc. und nicht durch Rauchabzugseinrichtungen sichergestellt.*

### 8.9.1 Rauchableitung Treppenräume

Entsprechend des 2. Nachtrages vom 25.01.2017 erfolgte in den damaligen Brandschutzplänen eine Darstellung der Vorrichtung zum Öffnen der Rauchableitungsöffnungen im Bereich der Ausgänge aus den Treppenräumen sowie an den obersten Stellen. Da in dem Kreisfeuerwehrzentrum weniger als 200 Sitzplätze an Tischen, insbesondere in der Cafeteria, ausgeführt sind, handelt es sich bei den jeweiligen Räumen um keine klassischen Versammlungsräume. Aus dem Grunde stellt das Kreisfeuerwehrzentrum auch keine klassische Versammlungsstätte dar, so dass auf die oben genannten Forderung der Öffnungsvorrichtungen in jedem Geschoss verzichtet werden konnte.

Ansonsten wurden für sämtliche Bereiche inkl. der Versammlungsräume < 200 m<sup>2</sup> keine besonderen Rauchabzugsanlagen bzw. -öffnungen erforderlich. Es sind jedoch ausreichend Türen und Fenster angeordnet, über die eine Rauchableitung in Verbindung mit Hochleistungsdrucklüftern der Feuerwehr erfolgen kann.

### 8.9.2 Rauchableitung Großgarage

*Entsprechend des § 138 (4) SBauVO NRW müssen geschlossene Großgaragen für den Rauch- und Wärmeabzug*



1. Öffnungen ins Freie haben, die insgesamt mindestens 1.000 cm<sup>2</sup> je Einstellplatz groß, von keinem Einstellplatz mehr als 20 m entfernt und im Deckenbereich oder im oberen Drittel des Wandbereichs angeordnet sind, oder
2. maschinelle Rauch- und Wärmeabzugsanlagen haben, die sich bei Raucheinwirkung selbsttätig einschalten, mindestens für eine Stunde einer Temperatur von 300°C standhalten, deren elektrische Leitungsanlagen bei äußerer Brandeinwirkung für mindestens die gleiche Zeit funktionsfähig bleiben und die in der Stunde einen mindestens zehnfachen Luftwechsel gewährleisten; eine ausreichende Versorgung mit Zuluft muss vorhanden sein.

In der bestehenden Fahrzeughalle erfolgt die Rauchableitung über insgesamt 10 große Toröffnungen. Dieses Konzept wird durch 4 neue große Toröffnungen auch innerhalb der Erweiterung vorgesehen. Demnach wird die Anforderung der SBauVO NRW gemäß dem vorgenannten Punkt 1 erfüllt, da jeder Einstellplatz ein eigenes Tor besitzt bzw. erhält und die erforderliche Größe der Öffnungen von 1.000 cm<sup>2</sup> je Einstellplatz im oberen Drittel des Wandbereiches damit erfüllt wird.

### 8.9.3 Rauchableitung Aufzug

### Anlage zur Baugenehmigung

Für den Fahrtschacht des Aufzuges wurde eine Rauchabzugsöffnung von  $A_{\text{öff}} = 0,025 \times 1,80 \times 1,885 = 0,085$  m<sup>2</sup>, jedoch mindestens 0,10 m<sup>2</sup>, konzipiert

Die Fläche der Öffnungen für die Seildurchführung konnte auf den Entlüftungsquerschnitt angerechnet werden. Die Rauchabzugsöffnung konnte jedoch auch als automatisch öffnende Rauchabzugsklappe nach EnEV mit abZ ausgeführt werden.

### 8.10 Alarmierungseinrichtungen

Besondere Alarmierungseinrichtungen wurden aus brandschutztechnischer Sicht bzw. aufgrund von Bauvorschriften nicht erforderlich.

Es erfolgte jedoch eine Alarmierung flächendeckend nach DIN 0833 Teil 2 über Signalgeber der Brandmeldeanlage mit einem Signalton nach DIN 33404-3. Eine zusätzliche optische Alarmierung wurde konzipiert in:

- der Atemschutzübungsstrecke
- der Fahrzeughalle
- dem Kompressorraum.

Die Brandmeldeanlage wird entsprechend des Anbaues der Fahrzeughalle ebenfalls erweitert, siehe hierzu auch Kap. 8.14.

### 8.11 Geräte zur Brandbekämpfung

Zur Bekämpfung von Entstehungsbränden werden folgende Feuerlöscher gut sichtbar, leicht zugänglich und gleichmäßig verteilt angeordnet:

Bereich	Feuerlöscher mit den erforderlichen Löschmitteleinheiten (LE) ohne erhöhte Brandgefährdung
Ruhebereich inkl. Räume Aufenthalt und Multifunktion im 2. OG	12 LE
Bereich Leitstelle im 2. OG	24 LE
Bereich Azubi inkl. Planspielraum im 1. OG	24 LE

Multifunktionsbereich im 1. OG	18 LE
Bereich Leitstelle im 1. OG	18 LE
Cafeteria im EG	12 LE
Büro- und Verwaltungsbereich im EG	24 LE
UG-Gebäudelängsriegelbereich inkl. Technikräume	48 LE
Fahrzeughalle mit Werkstatt im UG	36 LE
<i>Erweiterung der Fahrzeughalle</i>	<i>18 LE</i>
<i>Unterstand</i>	<i>12 LE</i>
Die genaue Anzahl der Löscher ergibt sich aus dem Löschvermögen der gewählten Feuerlöscher (Pulver, Wasser, Schaum etc.) Feuerlöscher nach DIN EN 3 Löschmitteleinheiten LE → Feuerlöscherarten 6 LE → 21 A / 113 B ; 9 LE → 27 A / 144 B ; 10 LE → 34 A ; 12 LE → 43 A / 183 B ; 15 LE → 55 A / 233 B	

Zur Minderung von Folgeschäden sollten – sofern geeignet – Feuerlöscher mit Wasser, Wasser mit Zusätzen bzw. mit Schaum in Betracht gezogen werden.

## Anlage zur Baugenehmigung

### 8.12 Sicherheits- bzw. Ersatzstromversorgung

Ein Sicherheitslichtgerät versorgt die Sicherheitsbeleuchtung in den Versammlungsbereichen (Cafeteria, Multifunktionsräume) und in den Fluchtwegen. Das Sicherheitslichtgerät wird bei einem Stromausfall batteriegepuffert betrieben. Die Sicherheitsbeleuchtung wurde für einen mindestens 1-stündigen Betrieb ausgelegt.

Für den Not- und Katastrophenfall wurde eine Notstromversorgung in Form eines Notstrom-Dieselaggregats vorgesehen, um bei einem allgemeinen Stromausfall handlungsbereit zu bleiben bzw. eine Notversorgung in dem Gebäude zu gewährleisten. Hierüber werden auch die sicherheitsrelevanten technischen Einrichtungen im Notfall gespeist.

Die Sicherheits- bzw. Ersatzstromversorgung der Brandmeldeanlage übernimmt der Akku der Anlage.

Die entsprechenden DIN VDE-Vorschriften sowie die LAR / MLAR sind zu beachten.

### 8.13 Hydrantenpläne

Eine Darstellung der Hydranten zur Löschwasserversorgung erfolgt im Plan des Wasserversorgers (vgl. Kap. 8.2).

### 8.14 Brandmeldeanlage

Zum Eigenschutz sowie zur Kompensation der Abweichung wurde eine automatische Brandmeldeanlage vorgesehen. Die Brandmeldeanlage ist nach DIN 14675 und DIN VDE 0833 mit automatischen und nicht automatischen Brandmeldern ausgeführt und verfügt über eine flächendeckende Überwachung außer der WC-, Wasch- und Sozialräume.

Zu den Bereichen, die nach DIN 0833 Teil 2 (6.1.3.2) nicht überwacht werden müssen, zählt aufgrund der geringen Brandlasten auch die Atemschutzstrecke.

Die BMA muss über folgende Komponenten verfügen:

- die Brandmelderzentrale



- die Energieversorgung
- die automatischen Brandmelder → auf die Räume abgestimmte Rauch- und Wärmemelder
- die nicht automatischen Brandmelder → Druckknopfmelder Feuerwehr an allen Ausgängen = Notausgängen
- die akustischen Notsignalgeber
- die Übertragungseinrichtungen für Brandmeldung
- die Primär- und ggf. Sekundärleitungen.

### Anlage zur Baugenehmigung

Die Brandmelderzentrale wurde in einem eigenen Raum im EG-Eingangsbereich Windfang installiert. In dem EG-Zugangsbereich wurde das Feuerwehrbedienfeld (FBF) und das Feuerwehrranzeigetableau (FAT) sowie die BMZ installiert. Ein Feuerwehrranzeige- und Bedientableau (FABT) wurde auch in der Leitstelle als Paralleltableau vorgesehen. Ein Feuerwehrschränke mit Freischaltelement ist im Eingangsbereich installiert und wird durch eine Blitzleuchte gekennzeichnet.

Die Brandmeldeanlage war von einem anerkannten Planungsbüro zu planen und mit der zuständigen Brandschutzdienststelle abzustimmen.

*Da die Fahrzeughalle durch die geplante Erweiterung nicht mehr als Mittel- sondern nun als Großgarage zu betrachten ist, wird die bereits vorhandene Brandmeldeanlage entsprechend § 137 (1) SBauVO NRW nun auch formell notwendig.*

*Demnach ist die vorhandene Brandmeldeanlage entsprechend des Hallenanbaus zu erweitern, sodass auch weiterhin in der gesamten Fahrzeughalle eine Brandmeldeüberwachung vorhanden ist.*

*In dem baulich abgetrennten Unterstand wird keine Brandmeldeüberwachung erforderlich.*

## 8.15 Feuerwehrplan, Flucht- und Rettungswegpläne

Aufgrund der technischen Besonderheiten wurden Feuerwehrpläne nach DIN 14095 angefertigt und der Feuerwehr zur Verfügung gestellt.

Diese Feuerwehrpläne waren im Vorfeld mit der Feuerwehr / Brandschutzdienststelle abzustimmen.

Ferner wurden zur Orientierung der Gäste / Benutzer Flucht- und Rettungspläne angefertigt und in den Fluchtwegen aufgehängt.

*Die Feuerwehrpläne sowie die Flucht- und Rettungspläne sind nach Abschluss des Bauvorhabens an die neuen Grundrisse anzupassen.*

## 8.16 Betriebliche Maßnahmen

Den betrieblichen und organisatorischen Brandschutzmaßnahmen kommt allgemein eine wichtige Bedeutung zu, daher folgen einige Hinweise hierzu:

- Die Standorte der Feuerlöscher werden gemäß ASR A1.3 mit Schildern F005 „Feuerlöscher“ gekennzeichnet, damit das Auffinden der Feuerlöscher im Gefahrfall schnell möglich ist.
- An Stellen mit erhöhter Brandgefahr – insbesondere in Lager-, - Abstell- und Technikräumen – muss das Rauchen und der Umgang mit offenem Feuer durch dauerhafte und augenfällige Hinweise untersagt werden.



- Die Rettungswege, *insbesondere die notwendigen Flure und Treppenräume*, sowie die notwendigen Ausgänge ins Freie sind ständig freizuhalten. *Die erforderliche Breite von Rettungswegen darf durch Möbel und ähnliche Gegenstände nicht eingeengt werden.* **Anlage zur Baugenehmigung**
- Rauch- und Feuerschutztüren müssen selbstschließend sein und dürfen auch vorübergehend nicht festgestellt werden. Sie dürfen nur offen gehalten werden, wenn sie mit allgemein bauaufsichtlich zugelassenen Feststellanlagen ausgerüstet sind. Deshalb sollten die Rauch- und Feuerschutztüren mit Feststellanlagen ausgerüstet werden, die nutzungsbedingt oft begangen bzw. offen gehalten werden müssen.
- Elektrisch betriebene Geräte und Anlagen – insbesondere private Elektrogeräte - müssen den VDE-Bestimmungen entsprechen. Dies ist bei intakten Geräten, die das VDE-Zeichen tragen, gewährleistet. Die Benutzung schadhafter Elektrogeräte ist zu verbieten.
- Private Kaffeemaschinen und Wasserkocher sind auf einer nichtbrennbaren Unterlage (z.B. aus Metall, Glas oder Keramik) abzustellen. Weiterhin sollten sie einen Abstand von mind. 50 cm zu brennbaren Gegenständen einhalten.
- Bei späteren Reparaturarbeiten ist zu prüfen, ob Feuerarbeiten, wie z.B. Schweißen, Brennen, Schneiden, Löten, Trennschleifen und sonstige Arbeiten mit offenem Feuer nicht durch andere Arbeitsweisen ersetzt werden können. Sind Feuerarbeiten unvermeidbar, so dürfen sie nur mit schriftlicher Genehmigung der Betriebsleitung unter Wahrnehmung der gebotenen Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt werden.

### 8.17 Abweichungen / Erleichterungen

Bei dem Neubau des Kreisfeuerwehrzentrums ergab sich seinerzeit die folgende Abweichung von der Bauordnung:

#### 1. Vorhandene Abweichung von der BauO NRW § 32 → Gebäudeausdehnung > 40 m ohne Gebäudetrennwand

##### Begründung / Kompensationsmaßnahmen:

Aufgrund

- der Grundfläche von wesentlich kleiner 1.600 m<sup>2</sup>
- der Trennwandausführungen und Unterteilung in kleinere Brandzellen

wird die Zulässigkeit der Abweichung erbracht. Somit bestehen keine Bedenken gegen die Abweichungen und die Erleichterungen.

*Durch die Fortschreibung des Brandschutzkonzeptes ergibt sich die folgende Erleichterung:*

#### 2. Erleichterung von der BauO NRW § 30 → Ausführung ohne Gebäudeabschlusswand trotz eines Abstandes von < 5 m.

##### Begründung:

*Aufgrund der ausschließlich nichtbrennbaren Bauweise des Übungsturmes bestehen gegen die Errichtung des Unterstandes in einem Abstand von nur ca. 3,46 m keine Bedenken gegen die Erleichterung.*

#### 8.18 Rechenverfahren zur Ermittlung der Brandschutzklasse

Dieser Punkt ist hier nicht relevant.

Anlage zur Baugenehmigung

### 9 Zusammenfassung / Schlussbemerkung

Der hier betrachtete Neubau des Kreisfeuerwehrzentrums wurde aus der Sicht des vorbeugenden baulichen Brandschutzes betrachtet. Die Grundsatzanforderungen und Schutzziele der Bauordnung werden erfüllt.

Das Brandschutzkonzept wurde auf der vorgenannten Planungsgrundlage aufgestellt. Sollte sich im Nachhinein die Planung ändern wie z. B.

- die Lage und Art der raumabschließenden Bauteile,
- Führung der Rettungswege oder
- Art der Nutzung

verliert die Ausarbeitung ihre Gültigkeit und muss somit überarbeitet oder neu erstellt werden. Die Ausarbeitung hat nur Gültigkeit in Verbindung mit der Baugenehmigung und deren evtl. Nebenbestimmungen (Bauaufsicht, Brandschutzdienststelle). Versicherungs- und arbeitsschutztechnische Aspekte bleiben in dieser Ausarbeitung unberührt.

### 10 Hinweise zu Brandschutzmaßnahmen während der Bauzeit

Während der Bauzeit sind vorbeugende Brandschutzmaßnahmen betrieblicher Art zu treffen. Auf das jeweilige Merkblatt „Brandschutz bei Bauarbeiten“ der Bau-Berufsgenossenschaft und des VDS wird hingewiesen.

Brennbare Bauabfälle sind regelmäßig aus dem Bauvorhaben zu entfernen. Hierfür sind auf der Baustelle nichtbrennbare Container aufzustellen.

Bei Arbeiten mit hoher thermischer Energie – z.B. Schweißen, Abbrennen, Schneiden – sowie beim Umgang mit offener Flamme sind Brandschutzposten einzuteilen. Es sind geeignete Feuerlöschgeräte bereitzustellen. Nach Beendigung der Arbeiten mit hoher thermischer Energie sind Nachkontrollen durchzuführen. Auf die Unfallverhütungsvorschrift „Schweißen, Schneiden und verwandte Arbeitsverfahren“ (VBG 15) sowie die VDS 2021 wird hingewiesen.

Für alle am Bauvorhaben Beschäftigten müssen die erforderlichen Rettungswege bestehen bleiben und freigehalten werden.

Bei der Aufstellung von Bauunterkünften und anderen Behelfsbauten sind ausreichende Abstände einzuhalten.

### 11 Technische Prüfverordnung

Haustechnische Anlagen, die gemäß PrüfVO NRW von Prüfsachverständigen abgenommen werden müssen, sollten im Vorfeld mit diesen abgestimmt werden, um später eine reibungslose Abnahme zu ermöglichen.

Gemäß der Prüfverordnung NRW müssen folgende technische Anlagen und Einrichtungen vor der ersten Inbetriebnahme, nach wesentlicher Änderung und in regelmäßigen Abständen überprüft werden:



Prüfer und techn. Anlage/Einrichtung	Prüfung vor der ersten Inbetriebnahme und nach wesentlicher Änderung	Wiederkehrende Prüfung	Prüffristen in Jahren nicht mehr als
<b>Prüfungen durch staatlich anerkannte Sachverständige:</b>			
Lüftungstechnische Anlagen	X	X	3
Sicherheitsbeleuchtung- und Sicherheitsstromversorgungsanlagen	X	X	3
Brandmelde- und Alarmierungsanlagen	X	X	3
elektrische Anlagen	X	X	6
Natürliche Rauchabzugsanlagen	X	X	6

## 12 Anlagen

- [Brandschutzplan BR01 vom 20.02.2025](#)

Anlage zur Baugenehmigung



**Brandschutzkonzept Nr. 24-168**  
**Erweiterung Fahrzeughalle und Neubau eines Unterstandes sowie**  
**Veränderung der Stellplatzanlagen, ZFR Meschede-Enste**

**WE KNOW HOW.**

Unterschrift Entwurfsverfasser

Zur Kenntnisnahme

Hochsauerlandkreis  
 Der Landrat  
 Hochbau, Gebäudemanagement  
 Im Auftrag. *lichtel*

Entwurfsverfasser

Bauherr

Meschede, den 20.02.2025



Tobias Krick

B. Eng. // Projektbearbeiter  
 Telefon 0291. 95 27 08-24  
 E-Mail t.krick@andreas-brueck.de




Martin Andreas

Dipl.-Ing. // Geschäftsführer  
 Prüflingenieur für Brandschutz  
 Staatlich anerkannter Sachverständiger für die Prüfung des Brandschutzes  
 Staatlich anerkannter Sachverständiger für Schall- und Wärmeschutz  
 Fachplaner für Barrierefreiheit  
 Telefon 0291. 95 27 08-12  
 E-Mail m.andreas@andreas-brueck.de

**Ingenieurbüro Andreas+Brück GmbH**

Ittmecker Weg 15  
 59872 Meschede // Deutschland  
 Telefon 0291.952708-0  
[info@andreas-brueck.de](mailto:info@andreas-brueck.de)  
[www.andreas-brueck.de](http://www.andreas-brueck.de)

Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Henrik Brück, Dipl.-Ing. Martin Andreas, Philipp Wedeking M. Sc.  
 Handelsregister: Arnsberg HRB 3354  
 St.-Nr.: 334/5706/0906

**Geprüft!**

Meschede, 18. Sep. 2025  
 Kreis- und Hochschulstadt Meschede  
 Bauaufsichtsbehörde  
 Der Bürgermeister  
 Im Auftrag  
  
 (Struwe)  
 Technischer Angestellter